



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT


10 | 2011

STATISTISCHE MONATSHEFTE



Aus dem Inhalt:

Rheinland-Pfalz regional: Pirmasens
Haushalte und Familien 2010
40 Jahre BAföG



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Stadtverwaltung Pirmasens, Jan Erik Nord

Im Blickpunkt der Reihe "Rheinland-Pfalz regional" steht in dieser Ausgabe Pirmasens. Die ehemalige Schuhmetropole ist hierzulande mit rund 40 400 Einwohnern nach Zweibrücken die zweitkleinste Stadt unter den kreisfreien Städten.

A u t o r e n f o t o s : Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

10 | 2011

STATISTISCHE MONATSFESTE

64. Jahrgang

kurz + aktuell	867
Industrie ■ Bauhauptgewerbe ■ Bruttoinlandsprodukt ■ Insolvenzen Handel ■ Gastgewerbe ■ Tourismus ■ Landwirtschaft ■ Bevölkerung Einkommen ■ Soziales ■ Verkehr	
Verbraucherpreise	883
Rheinland-Pfalz in Karten: Durchschnittsalter der Bevölkerung 2010	884
40 Jahre Studierendenförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz	885
Haushalte und Familien 2010	896
Rheinland-Pfalz regional: Pirmasens	903
Daten zur Konjunktur	921
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	949
Neuerscheinungen	965

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2011

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Industrieaufträge im Juli leicht im Plus

Im Juli 2011 erhielt die rheinland-pfälzische Industrie preisbereinigt 0,7 Prozent mehr Aufträge als ein Jahr zuvor (Deutschland: +5,5 Prozent). Der Anstieg wurde maßgeblich von der Auslandsnachfrage beeinflusst, die um 2,9 Prozent anzog (Deutschland: +5,2 Prozent), während die Inlandsbestellungen um zwei Prozent zurückgingen (Deutschland: +5,8 Prozent).

Von den umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Industriezweigen meldeten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen den größten Zuwachs (+4 Prozent). Ursächlich hierfür war das Auslandsgeschäft (+6,1 Prozent); die Inlandsorder nahmen um 1,3 Prozent zu. Eine steigende Nachfrage registrierte auch der Maschinenbau (+2,4 Prozent); Grund hierfür waren vor allem die gestiegenen Auslandsorder (+3,1 Prozent). Die übrigen großen Wirtschaftszweige mussten teils deutliche Einbußen bei den Auftragseingängen hinnehmen, allen voran die Hersteller von Metallerzeugnissen (-6,5 Prozent), gefolgt von der Metallerzeugung und -bearbeitung (-4,5 Prozent) sowie der chemischen Industrie (-3,3 Prozent). Die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus unterschritten das Vorjahresniveau leicht um 0,7 Prozent.

Die Auftragslage der rheinland-pfälzischen Industrie verbesserte sich im Juli 2011 gegenüber dem Vormonat preisbereinigt um 4,9 Prozent

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Indikator	Monatswerte		Veränderung Juli 2011	
	Juli 2011	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat	
	2005=100			
Auftragseingänge (real)				
Industrie	99,6	0,7% ↑	4,9% ↑	
Inland	99,4	-2,0% ↓	5,9% ↑	
Ausland	99,8	2,9% ↑	4,1% ↑	
Chemie	77,9	-3,3% ↓	4,9% ↑	
Fahrzeugbau	109,2	4,1% ↑	18,8% ↑	
Maschinenbau	103,4	2,4% ↑	-7,4% ↓	
Metallerzeugnisse	101,5	-6,5% ↓	-2,3% ↓	
Bauhauptgewerbe	131,3	-0,3% ↓	-10,1% ↓	
Umsätze (real)				
Großhandel	100,1	-3,6% ↓	-6,1% ↓	
Einzelhandel (ohne Kfz)	104,6	-1,6% ↓	3,4% ↑	
Kfz-Handel	88,7	-3,2% ↓	0,2% ↑	
Gastgewerbe	110,0	5,0% ↑	0,9% ↑	

(Deutschland: -5,1 Prozent). Hierzu trugen sowohl die Inlandsorder mit +5,9 Prozent (Deutschland: +2,2 Prozent) als auch die Bestellungen aus dem Ausland mit +4,1 Prozent (Deutschland: -11 Prozent) bei. Einen deutlichen Anstieg der Bestellungen verzeichneten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+19 Prozent), nachdem die Order im Juni noch um zehn Prozent gesunken waren. Die Auslandsaufträge nahmen fast doppelt so stark zu (+24 Prozent) wie die Inlandsbestellungen (+12 Prozent). Deutlich gestiegen sind auch die Auftragseingänge in der Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus (+9 Prozent) sowie der chemischen Industrie (+4,9 Prozent). Teils deutliche Einbußen bei den Bestellungen verzeichneten dagegen der Maschinenbau (-7,4 Prozent), die Herstel-

lung von Metallerzeugnissen sowie die Metallerzeugung und -bearbeitung mit jeweils -2,3 Prozent.

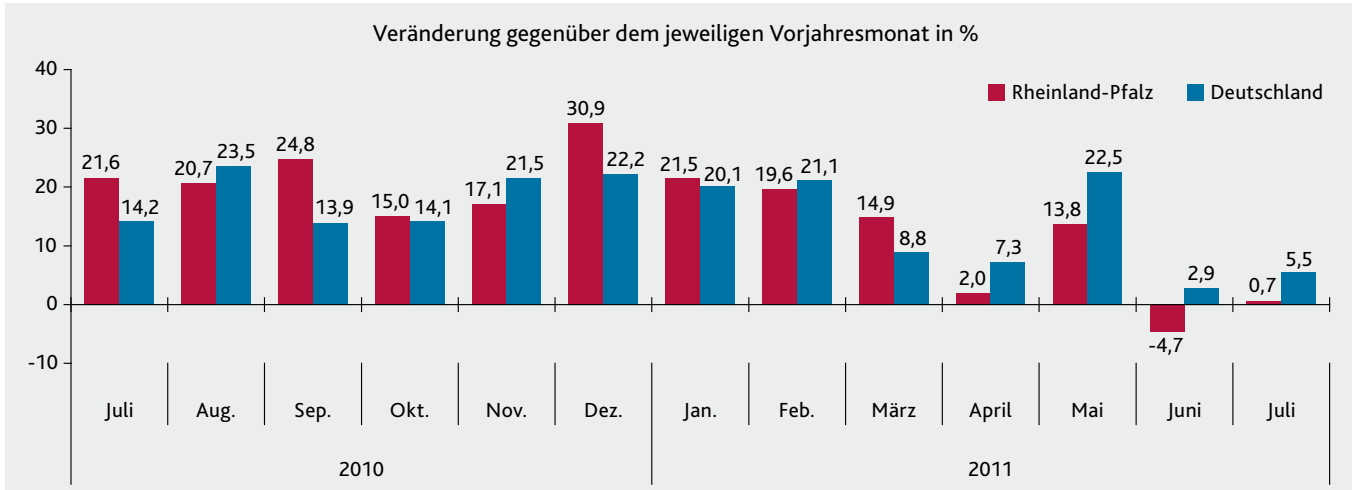
Güterausstoß im Juli merklich ausgeweitet

Im Juli 2011 stellte das verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz preisbereinigt 7,5 Prozent mehr Güter her als ein Jahr zuvor (Deutschland: +8,4 Prozent). Dabei kam der wesentliche Schub aus dem Investitionsgüter-

Hinweis

Weitere Informationen zur konjunkturellen Entwicklung in Rheinland-Pfalz erhalten Sie in diesem Heft ab Seite 921 sowie im Internet unter www.statistik.rlp.de/konjunktur-aktuell.

Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2010 und 2011 nach Monaten



sektor, der einen Produktionszuwachs von 14,5 Prozent verzeichnete (Deutschland: +13 Prozent). Der Ausstoß des Vorleistungsgütersektors stieg gegenüber dem Vorjahresmonat um zwei Prozent (Deutschland: +6,2 Prozent).

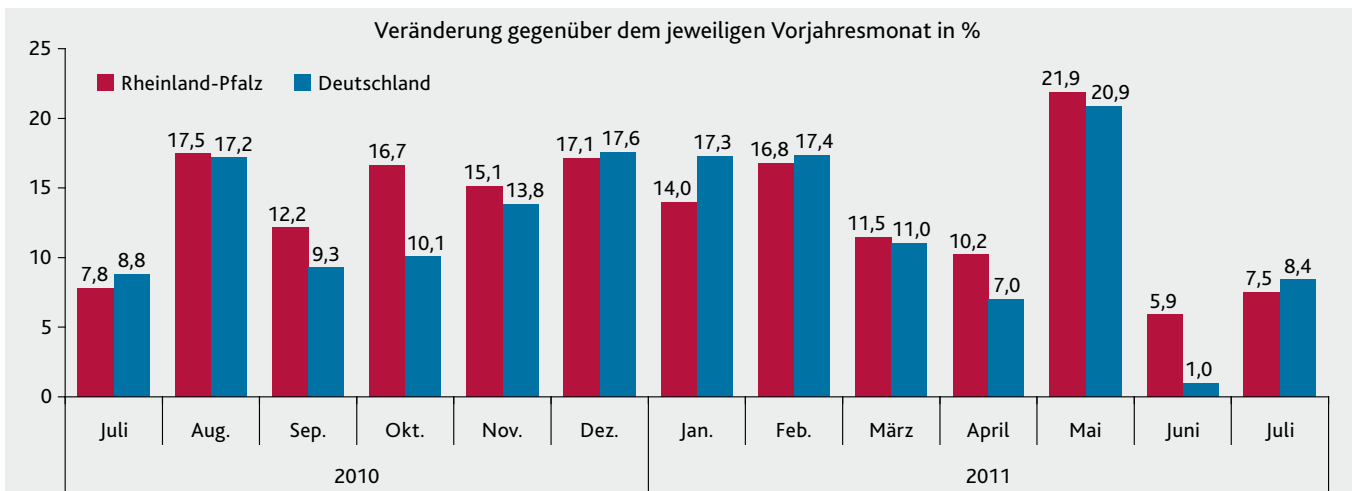
Die positive Entwicklung der rheinland-pfälzischen Industrieproduktion gegenüber Juli 2010 wurde vor allem vom Maschinenbau sowie von

der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen beeinflusst: Diese beiden Branchen, die bereits im Vormonat deutlich zugelegt hatten, weiteten ihr Produktionsvolumen erneut kräftig aus (+24,5 bzw. +17 Prozent). Einen höheren Güterausstoß meldeten auch die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren (+4,8 Prozent), gefolgt von der chemischen Industrie (+1,4 Prozent), den Herstellern von

Metallerzeugnissen (+1 Prozent) sowie von Glas, Glaswaren und Keramik (+0,1 Prozent). Die übrigen größeren Branchen büßten teils merklich an Produktionsleistung ein.

Das Produktionsniveau der rheinland-pfälzischen Industrie lag im Juli 2011 preisbereinigt um 1,5 Prozent über dem Stand des Vormonats (Deutschland: +1,5 Prozent). Der Zuwachs wurde im Wesentlichen

Index der Produktion im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2010 und 2011 nach Monaten



durch den erhöhten Produktionsausstoß im Vorleistungsgütersektor, der in Rheinland-Pfalz einen Umsatzanteil von rund 50 Prozent aufweist, beeinflusst (+2,9 Prozent; Deutschland: +1,8 Prozent). Demgegenüber büßte der Investitionsgütersektor (Umsatzanteil rund 25 Prozent) an Produktionskraft ein (-4,7 Prozent; Deutschland: +0,4 Prozent).

Im Vergleich zum Vormonat Juni stieg das Produktionsvolumen in einigen Wirtschaftszweigen teils kräftig an, wobei die chemische Industrie den höchsten Zuwachs verzeichnete (+8,9 Prozent). Es folgten die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren (+4,9 Prozent) sowie von Papier, Pappe und Waren daraus (+4,1 Prozent). Merkliche Zuwächse registrierten auch die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+2,4 Prozent) sowie von Nahrungs- und Futtermitteln (+1,8 Prozent). Rückgänge bei der Güterproduktion meldeten dagegen die Metallherzeugung und -bearbeitung (-15 Prozent), der Maschinenbau (-7,9 Prozent), die Hersteller von Glas, Glaswaren und Keramik (-4 Prozent) sowie von Metallherzeugnissen (-1,3 Prozent).

Industrieumsätze wuchsen bis Juli zweistellig

Mehr Beschäftigte als im Vorjahr

Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe erwirtschafteten in den ersten sieben Monaten des Jahres Umsätze in Höhe von 48,2 Milliarden Euro. Das waren 15 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum (Deutschland: +14

Umsätze von Januar bis Juli 2011 und Beschäftigte im Juli 2011 in der Industrie nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Prozent). Die Auslandsumsätze stiegen deutlich um 17 Prozent (Deutschland: +15 Prozent). Die Exportquote, also der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, lag damit unverändert bei 52,9 Prozent (Deutschland: 46,3 Prozent). Die Inlandserlöse zogen mit einem Plus von 13 Prozent ebenfalls kräftig an (Deutschland: +13 Prozent).

Im Juli 2011 zählte die rheinland-pfälzische Industrie 245 220 Beschäftigte, das waren rund 6 660 bzw. 2,8 Prozent mehr als im gleichen Vorjahresmonat (Deutschland: +3,2 Prozent).

Die Zahl der Arbeitsstunden stieg von Januar bis Juli 2011 um 4,9 Prozent (Deutschland: +4,8 Prozent).

Die zehn umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Industriezweige meldeten in den ersten sieben Monaten des Jahres teils bemerkenswerte Zuwächse. In der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie im Maschinenbau nahmen die Erlöse überdurchschnittlich um 31 bzw. 30 Prozent zu. Die Umsatzsteigerungen beruhten in diesen beiden Branchen vor allem auf den intensivierte Auslandsengeschäften (+49

bzw. +37 Prozent); auch die Inlandsumsätze zogen deutlich an (+12 bzw. +19 Prozent). Starke Zuwächse gab es auch bei der Metallherzeugung und -bearbeitung (+24 Prozent), gefolgt von der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (+17 Prozent), von pharmazeutischen Erzeugnissen (+15 Prozent) sowie von Nahrungs- und Futtermitteln (+14 Prozent).

Mit Ausnahme von zwei Branchen verbuchten die zehn stärksten Wirtschaftszweige gegenüber dem Vorjahresmonat teils deutliche Beschäftigungszuwächse. Im Maschinenbau sowie der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren fielen sie am höchsten aus (+5,9 bzw. +5,7 Prozent). Der Personalstand der Getränkehersteller sowie der Hersteller von Glas, Glaswaren, Keramik einschließlich Verarbeitung von Steinen und Erden lag demgegenüber geringfügig unter dem Vorjahresniveau (-0,6 bzw. -0,3 Prozent).

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe leicht gesunken

Die Auftragseingänge im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe sanken im Juli 2011 gegenüber dem Vorjahresmonat geringfügig um 0,3 Prozent. Damit verschlechterte sich die Auftragslage nach den kräftigen Zuwächsen um 15 bzw. 7,1 Prozent im Mai und Juni wieder leicht. Im Vergleich zum Juli 2010 stieg die Nachfrage im Hochbau um 8,2 Prozent. Im Tiefbau war dagegen ein Rückgang um 5,4 Prozent zu verzeichnen. Differenziert nach Bauart und Auftraggeber

Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Indikator	Monatswerte		Veränderung Juli 2011		
	Juli 2011		zum Vorjahresmonat	zum Vormonat	
	2005=100				
Auftragseingang	131,3	-0,3 %	↘	-10,1 %	↘
Hochbau insgesamt	112,4	8,2 %	↗	-16,3 %	↘
Wohnungsbau	112,0	3,5 %	↗	-14,3 %	↘
gewerblicher Hochbau	95,1	3,5 %	↗	-36,2 %	↘
öffentlicher Hochbau	140,0	17,7 %	↗	22,8 %	↗
Tiefbau insgesamt	148,7	-5,4 %	↘	-5,2 %	↘
gewerblicher Tiefbau	199,8	8,9 %	↗	-10,4 %	↘
öffentlicher Tiefbau	96,9	-17,6 %	↘	-32,3 %	↘
Straßenbau	164,2	-5,0 %	↘	13,0 %	↗
Baugewerblicher Umsatz	129,3	-0,6 %	↘	3,2 %	↗
Hochbau insgesamt	121,6	5,9 %	↗	0,8 %	↗
Wohnungsbau	140,5	22,6 %	↗	0,6 %	↗
gewerblicher Hochbau	121,8	9,4 %	↗	-5,8 %	↘
öffentlicher Hochbau	104,5	-13,2 %	↘	15,0 %	↗
Tiefbau insgesamt	136,9	-5,7 %	↘	5,3 %	↗
gewerblicher Tiefbau	163,7	6,1 %	↗	-0,2 %	↘
öffentlicher Tiefbau	105,1	-22,0 %	↘	4,9 %	↗
Straßenbau	147,9	-0,5 %	↘	7,8 %	↗

gab es ebenfalls deutliche Unterschiede. Im öffentlichen Hochbau wuchs die Nachfrage am stärksten (+18 Prozent). Klare Verbesserungen gab es außerdem im gewerblichen Tiefbau (+8,9 Prozent). Im öffentlichen Tiefbau (-18 Prozent) sowie im Straßenbau (-5 Prozent) sanken die Auftragseingänge dagegen kräftig. Bei der Einschätzung der Veränderungsdaten ist zu berücksichtigen, dass die Entwicklung im Bauhauptgewerbe häufig durch den Einfluss von Großaufträgen geprägt wird.

Im Vergleich zum Juni 2011 war die Nachfrage nach Bauleistungen stark rückläufig (-10 Prozent). Im Hochbau gingen 16 Prozent weniger Aufträge

ein, im Tiefbau lag das Minus bei 5,2 Prozent. Besonders betroffen waren der gewerbliche Hochbau (-36 Prozent) sowie der öffentliche Tiefbau (-32 Prozent). Gegen den allgemeinen Trend meldeten der öffentliche Hochbau (+23 Prozent) sowie der Straßenbau (+13 Prozent) deutliche Auftragszuwächse.

Gegenüber Juli 2010 sank der baugewerbliche Umsatz leicht um 0,6 Prozent auf knapp 245 Millionen Euro. Im Hochbau verbesserten sich die Umsätze auf 114 Millionen Euro (+5,9 Prozent), im Tiefbau kam es zu einem Rückgang um 5,7 Prozent auf rund 131 Millionen Euro. In der Gliederung nach Bauart und Auftraggeber

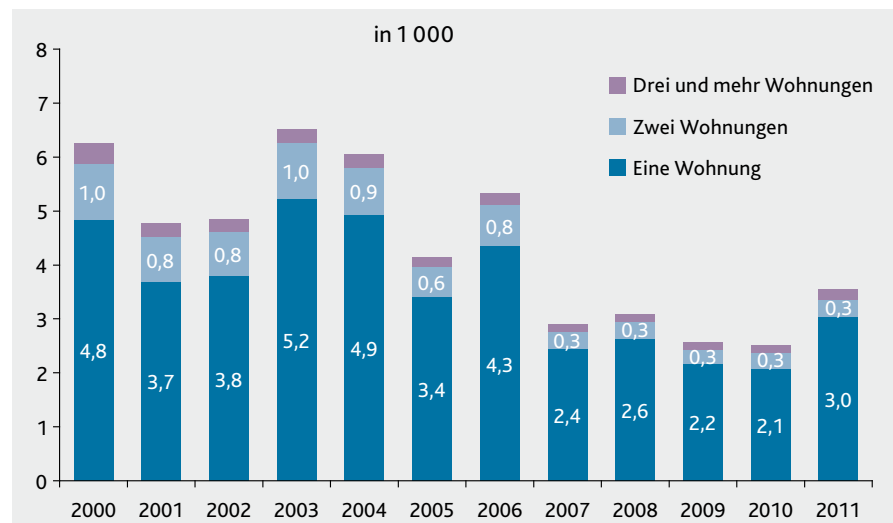
gab es vor allem im Wohnungsbau (+23 Prozent), aber auch im gewerblichen Hochbau (+9,4 Prozent) sowie im gewerblichen Tiefbau (+6,1 Prozent) Umsatzzuwächse. Erhebliche Umsatzeinbußen verzeichnete der öffentliche Bau: Der öffentliche Tiefbau hatte Einbußen von 22 Prozent zu verkraften, im öffentlichen Hochbau belief sich das Minus auf 13 Prozent.

Gegenüber dem Vormonat Juni stieg der Umsatz insgesamt dagegen um 3,2 Prozent. Der Hochbau verzeichnete einen Zuwachs von 0,8 Prozent; im Tiefbau belief sich das Plus sogar auf 5,3 Prozent. Die stärkste Verbesserung gab es im öffentlichen Hochbau (+15 Prozent) sowie im Straßenbau (+7,8 Prozent). Lediglich im gewerblichen Bau sanken die Umsätze: Während sich das Minus im gewerblichen Tiefbau auf 0,2 Prozent belief, wurden im gewerblichen Hochbau Einbußen von 5,8 Prozent registriert.

Deutlich mehr Baugenehmigungen im ersten Halbjahr

Die Zahl der genehmigten Wohngebäude und Wohnungen erreichte in den vergangenen beiden Jahren einen historischen Tiefstand. Unter anderem infolge günstiger gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen und verbesserter Förderbedingungen im Land stieg die Zahl der Baugenehmigungen im ersten Halbjahr 2011 wieder deutlich an. Die Bauämter in Rheinland-Pfalz genehmigten 3 557 Neubauvorhaben, das waren 42 Prozent mehr als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres (Deutschland:

Genehmigte Wohngebäude (Neubau) im 1. Halbjahr 2000–2011 nach Anzahl der Wohnungen



+29 Prozent). Die Zahl der genehmigten Wohnungen stieg von 3 620 auf 5 385, was einem Plus von 49 Prozent entspricht. Die genehmigte Wohnfläche lag um 50 Prozent höher als im Vorjahreszeitraum, die veranschlagten Baukosten kletterten um 51 Prozent auf 999 Millionen Euro.

Von den Genehmigungen neuer Wohngebäude entfielen 3 036 auf Einfamilienhäuser, 318 auf Zwei- und 203 auf Mehrfamilienhäuser. Gegenüber den ersten sechs Monaten des Jahres 2010 bedeutet dies bei den Einfamilienhäusern einen Anstieg der Baugenehmigungen um 46 Prozent. Die Zahl genehmigter Wohnungen in Mehrfamilienhäusern stieg um 77 Prozent auf 1 713.

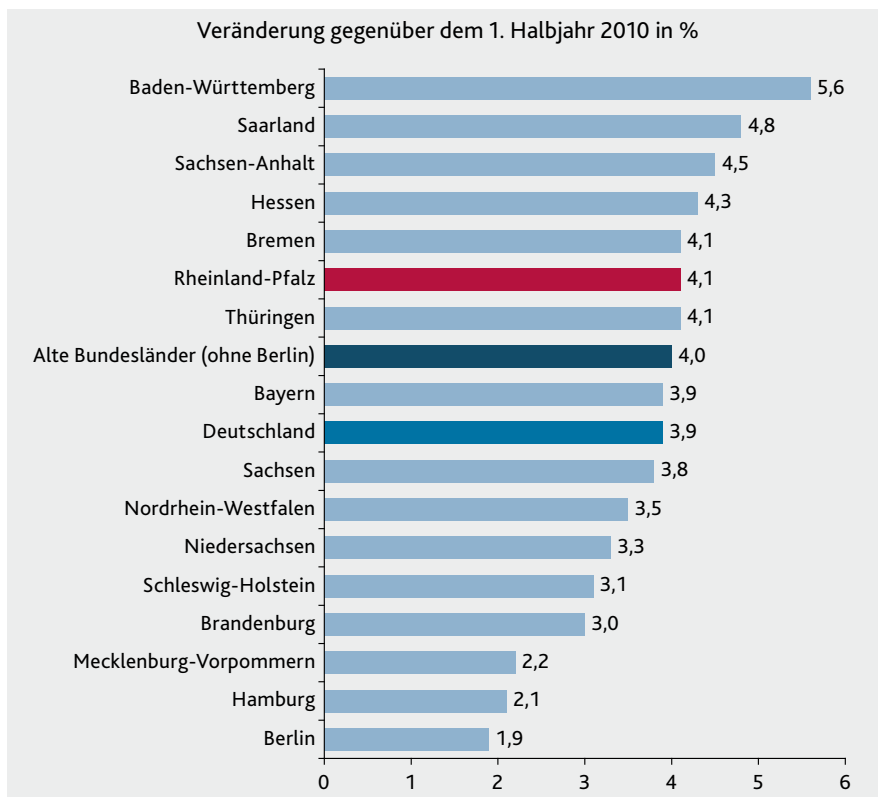
In den Landkreisen (2 913 Genehmigungen; +36,8 Prozent) wuchs die Zahl der Baugenehmigungen weniger stark als in den kreisfreien Städten (644 Genehmigungen; +71 Prozent). Bei der Zahl der genehmigten Woh-

nungen verzeichneten die kreisfreien Städte ebenfalls einen stärkeren Zuwachs (1 248 Genehmigungen; +64 Prozent) als die Landkreise (4 137 Genehmigungen; +45 Prozent).

Bruttoinlandsprodukt steigt im ersten Halbjahr um 4,1 Prozent

Das Bruttoinlandsprodukt ist in Rheinland-Pfalz im ersten Halbjahr 2011 erneut kräftig gestiegen. Nach einem Plus von 4,8 Prozent im Jahr 2010 nahm es im ersten Halbjahr 2011 gegenüber den ersten sechs Monaten 2010 preisbereinigt um 4,1 Prozent zu. Damit lag das Wachstum über dem Bundesdurchschnitt (+3,9 Prozent) und über dem Mittel der alten Länder ohne Berlin (+4 Prozent). In jeweiligen Preisen lag die Zuwachsrate in Rheinland-Pfalz bei fünf Prozent (Deutschland: 4,5 Prozent). Diese Angaben basieren auf einer vorläufigen Berechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt im 1. Halbjahr 2011 nach Ländern



Zu der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung im ersten Halbjahr 2011 trug wiederum die rheinland-pfälzische Industrie maßgeblich bei, auf die rund 24 Prozent der gesamten Wertschöpfung entfällt. Aber auch das Baugewerbe entwickelte sich im ersten Halbjahr günstig. Von den Dienstleistungsbranchen trugen im ersten Halbjahr vor allem die Bereiche „Unternehmensdienstleister“ sowie „Handel, Verkehr, Gastgewerbe“ zum Wachstum der rheinland-pfälzischen Wirtschaft bei. Geringere Wachstumsimpulse kamen aus den übrigen Dienstleistungsbereichen. Insgesamt tragen die Dienstleistungen rund 67 Prozent zur Wertschöpfung des Landes bei.

Weniger Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen

In den ersten sechs Monaten des Jahres 2011 mussten deutlich weniger rheinland-pfälzische Unternehmen einen Insolvenzantrag stellen als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ging gegenüber dem ersten Halbjahr 2010 dank guter Konjunkturlage um 8,8 Prozent auf 635 zurück. Dies ist der zweitniedrigste Stand seit dem Jahr 2002.

Die Zahl der von den Unternehmensinsolvenzen betroffenen Beschäftigten fiel mit 2 337 um 29 Prozent niedriger aus als im Vorjahreszeitraum. Die Summe der geltend

gemachten Gläubigerforderungen lag mit 276 Millionen Euro um knapp 64 Prozent unter dem hohen Vorjahreswert. Damit war jedes insolvente Unternehmen durchschnittlich mit fast 435 000 Euro verschuldet (Januar bis Juni 2010: 1,1 Millionen).

Die meisten Insolvenzanträge stellten Unternehmen aus dem Baugewerbe (142), aus dem Bereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen (110) sowie dem Gastgewerbe (84). Die günstige Gesamtentwicklung lässt sich auf die rückläufigen Zahlen im Bereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen sowie im verarbeitenden Gewerbe zurückführen.

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen war in den ersten sechs Monaten des Jahres 2011 niedriger als im Vorjahreszeitraum, stellte aber immer noch den zweithöchsten Wert seit Einführung der Verbraucherinsolvenzen dar. Es mussten 2 366 Personen Insolvenz beantragen, 4,7 Prozent weniger als von Januar bis Juni 2010. Die Summe der voraussichtlichen Forderungen belief sich aktuell auf 150 Millionen Euro, 3,9 Prozent weniger als im ersten Halbjahr 2010. Die durchschnittliche Verschuldung insolventer Verbraucher betrug damit rund 63 550 Euro (2010: 63 041 Euro).

Umsatz im Einzelhandel wächst, Beschäftigtenzahl steigt ebenfalls

Der rheinland-pfälzische Einzelhandel verzeichnete im ersten Halbjahr 2011 ein Umsatzwachstum gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Nach

Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen im 1. Halbjahr 2002–2011



vorläufigen Angaben lagen die Einzelhandelsumsätze in den ersten sechs Monaten nominal, also zu jeweiligen Preisen, um 3,5 Prozent über dem Vorjahreswert. Real, d. h. um Preisveränderungen bereinigt, waren die Umsätze 2,1 Prozent höher als im Vorjahreszeitraum. Deutschlandweit fiel das Ergebnis mit einem nominalen Umsatzplus von drei Prozent und einer realen Zunahme um 1,4 Prozent schlechter aus.

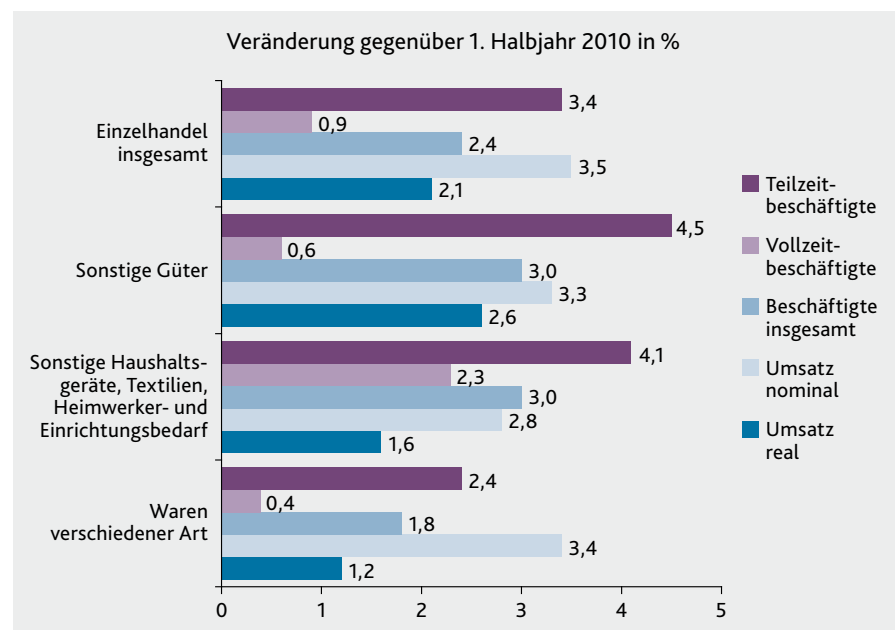
Der Umsatz im Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, zu dem Supermärkte, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte gehören, stieg in Rheinland-Pfalz im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nominal um 3,4 Prozent und real um 1,2 Prozent. Ähnlich verlief die Entwicklung im Handel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren. Dort erhöhte sich der nominale Umsatz um 3,9 Prozent; real war der Umsatz 1,3 Prozent höher als im Vorjahreszeitraum. Der Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kom-

munikationstechnik verzeichnete ein nominales Umsatzwachstum von 3,2 Prozent. Dass der Umsatzanstieg real mit 8,9 Prozent deutlich stärker ausfiel, ist auf den anhaltenden Preisverfall in diesem Handelssegment zurückzuführen. Im Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungs-

bedarf erhöhten sich die Umsätze nominal um 2,8 Prozent und real um 1,6 Prozent. Das stärkste Umsatzwachstum erreichte der Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren (nominal +14 Prozent, real +12 Prozent). Im Einzelhandel mit sonstigen Gütern, zu denen unter anderem Bekleidung, Schuhe und Lederwaren zählen, stieg der Umsatz nominal um 3,3 Prozent und real um 2,6 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Die positive Umsatzentwicklung wirkte sich auch auf die Beschäftigung aus. Die Gesamtzahl der Beschäftigten im Einzelhandel lag im ersten Halbjahr 2011 um 2,4 Prozent höher als im Vorjahreszeitraum. Während die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten um 3,4 Prozent zunahm, erhöhte sich die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 0,9 Prozent.

Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Einzelhandels im 1. Halbjahr 2011



Umsatzplus auch im Gastgewerbe

Das rheinland-pfälzische Gastgewerbe konnte im ersten Halbjahr 2011 ein deutliches Umsatzplus verbuchen. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Umsätze nominal um 8,2 Prozent über dem Vorjahreswert. Real erhöhten sie sich um 7,1 Prozent. Deutschlandweit fiel das Ergebnis mit einem nominalen Zuwachs von vier Prozent und einem realen Anstieg um 2,9 Prozent deutlich schwächer aus.

In der Gastronomie, in der etwa 60 Prozent der Gastgewerbeumsätze erwirtschaftet werden, stiegen die Umsatzzahlen nominal um 9,2 Prozent und real um 7,8 Prozent. Besonders hoch fiel das nominale Umsatzplus mit elf Prozent in der speisen-geprägten Gastronomie aus, zu der Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben zählen. Real lagen dort

die Umsätze um 9,3 Prozent über denen des Vorjahres. Im Teilbereich der getränkegeprägten Gastronomie, zu der Schankwirtschaften, Diskotheken und Bars gehören, blieb das Umsatzwachstum sowohl nominal (+3,1 Prozent) als auch real (+2,3 Prozent) deutlich dahinter zurück. Die Bilanz der Caterer und Erbringer sonstiger Verpflegungsdienstleistungen fiel mit einem nominalen Umsatzwachstum von 8,1 Prozent und einer realen Zunahme um 6,6 Prozent positiv aus. Im rheinland-pfälzischen Beherbergungsgewerbe lagen die Umsätze im ersten Halbjahr 2011 nominal um 6,6 Prozent und real um sechs Prozent über dem Vorjahreswert.

Die Gesamtzahl der Beschäftigten im Gastgewerbe erhöhte sich gegenüber dem ersten Halbjahr 2010 um 3,2 Prozent. Besonders deutlich fiel der Anstieg bei den Vollzeitbeschäftigten aus (+5,2 Prozent).

Die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten erhöhte sich um 1,9 Prozent.

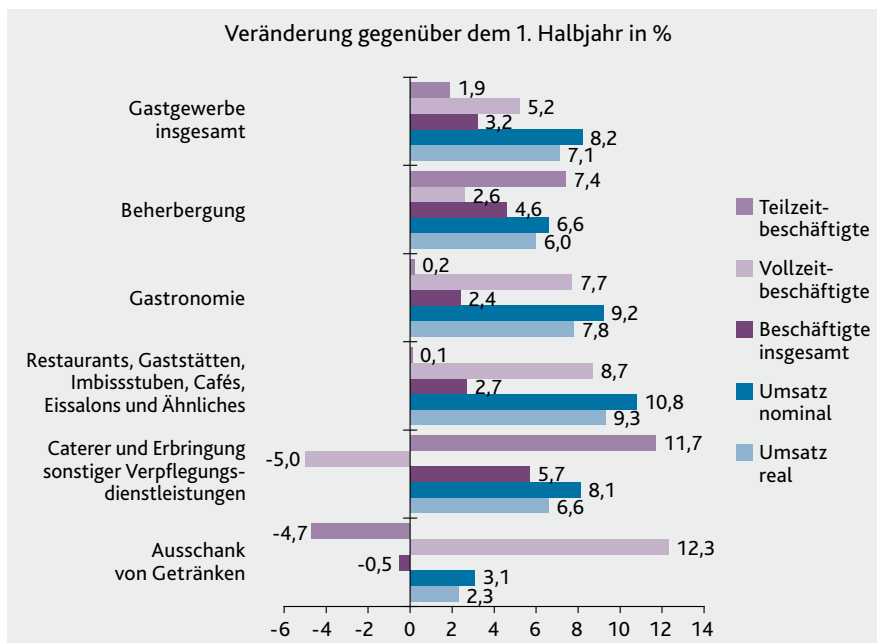
Tourismus weiter auf Wachstumskurs

Der rheinland-pfälzische Tourismus befindet sich weiterhin auf Wachstumskurs. Nach vorläufigen Berechnungen lag die Gästezahl im ersten Halbjahr 2011 mit knapp 3,6 Millionen um 6,8 Prozent über dem Wert des Vorjahreszeitraums. Die Anzahl der Übernachtungen erhöhte sich um 4,8 Prozent auf 9,4 Millionen. Damit wurde sowohl bei den Gäste- als auch bei den Übernachtungszahlen das beste Ergebnis der vergangenen zehn Jahre erreicht.

Zu dieser äußerst positiven Entwicklung leistete der Monat Juni einen entscheidenden Beitrag. In diesem Monat besuchten 879 600 Übernachtungsgäste Rheinland-Pfalz, zwölf Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Auch die Anzahl der Übernachtungen übertraf mit knapp 2,4 Millionen den Vorjahreswert um 14 Prozent. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass im Jahr 2011 die Feiertage Fronleichnam, Pfingsten und Christi Himmelfahrt, die gerne für Urlaubsreisen genutzt werden, in den Monat Juni fielen, während sie im Vorjahr teilweise im Mai lagen.

Gut 2,8 Millionen Übernachtungsgäste aus Deutschland besuchten im ersten Halbjahr 2011 Rheinland-Pfalz, das waren 7,6 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Übernachtungen inländischer Gäste

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe im 1. Halbjahr 2011

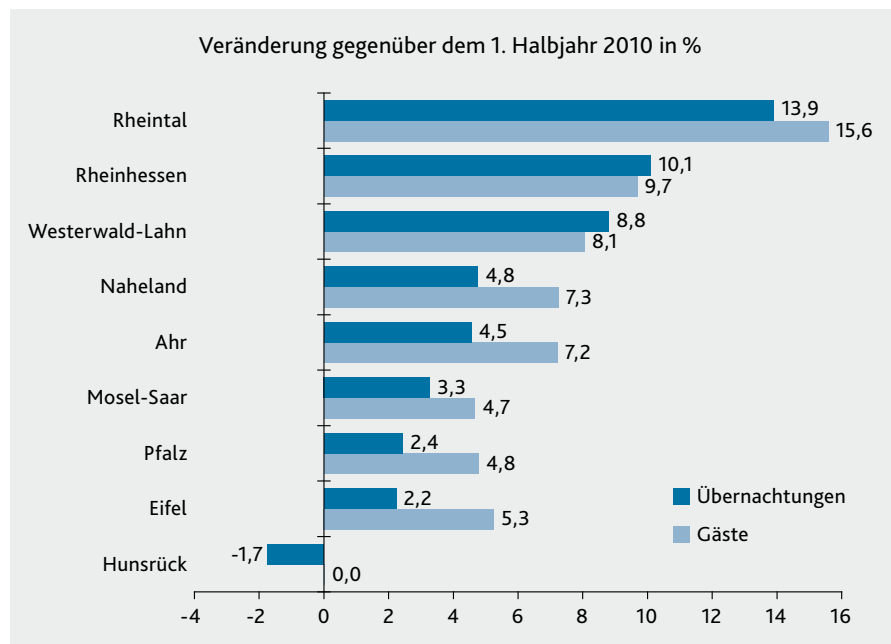


erhöhte sich um 5,6 Prozent auf knapp 7,5 Millionen. Auch Übernachtungsgäste aus dem Ausland trugen zur positiven Halbjahresbilanz des rheinland-pfälzischen Tourismus bei. Die Gästezahl stieg um 4,2 Prozent auf 768 000, während sich die Übernachtungszahl um 1,9 Prozent auf knapp zwei Millionen erhöhte.

Unter den Gästen aus dem Ausland bilden die Niederländerinnen und Niederländer mit Abstand die größte Gruppe, gefolgt von Gästen aus Belgien und den USA. Von diesen drei Gästegruppen sorgten lediglich die Belgierinnen und Belgier für eine Zunahme der Übernachtungszahlen und zwar um 4,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die Übernachtungen der Gäste aus den Niederlanden gingen um 0,7 Prozent und die der Gäste aus den USA um 7,5 Prozent zurück.

Das mit Abstand stärkste Gäste- und Übernachtungsplus verbuchten die Beherbergungsbetriebe im Rheintal (Gästekünfte: +16 Prozent, Übernachtungen: +14 Prozent). Dies dürfte in erster Linie auf die in Koblenz stattfindende Bundesgartenschau zurückzuführen sein, die seit Mitte April zahlreiche Gäste in die Region lockt. Auch in Rheinhessen entwickelte sich der Tourismus mit einem Gäste- und Übernachtungsplus von zehn Prozent sehr positiv, was unter anderem mit der durch die positive Wirtschaftsentwicklung gestiegenen Anzahl von Geschäftsreisenden zusammenhängen dürfte. Auch in den übrigen Tourismusregionen waren die Gästezahlen – mit Ausnahme der Region

Gäste und Übernachtungen im 1. Halbjahr 2011 nach Tourismusregionen



Hunsrück – höher als im Vorjahreszeitraum; bei den Übernachtungszahlen musste lediglich der Hunsrück einen Rückgang hinnehmen.

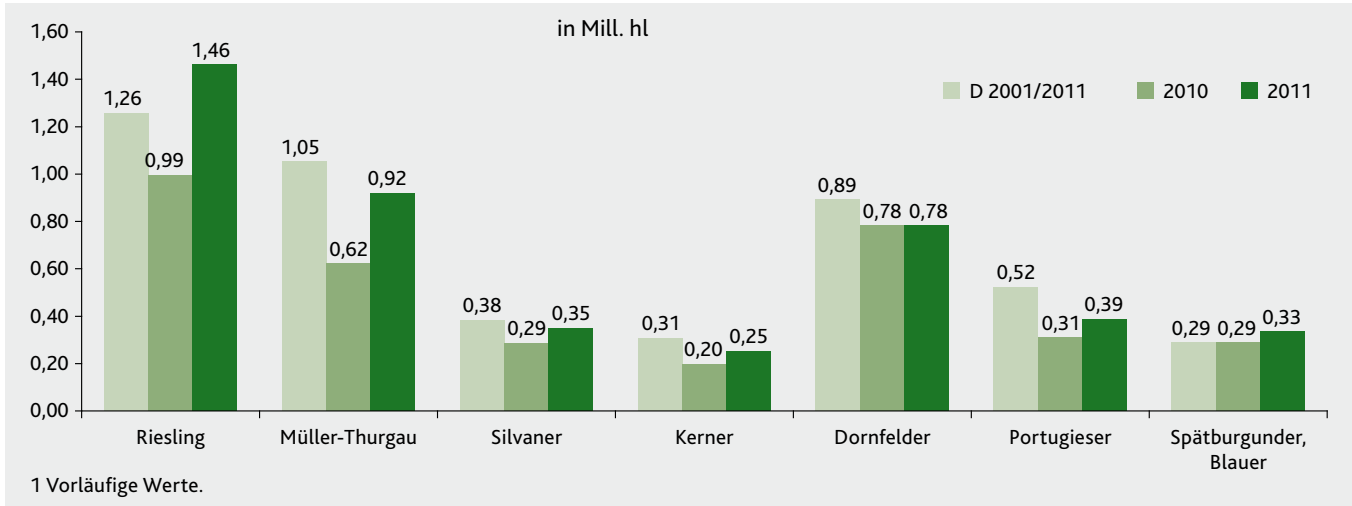
Am stärksten profitierten die Hotels von der positiven Tourismusentwicklung. Jedoch verbuchte auch die Mehrheit der übrigen Betriebsarten eine Zunahme der Übernachtungszahlen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verzeichneten lediglich Vorsorge- und Rehabilitationskliniken sowie Ferienwohnungen und Ferienhäuser leicht rückläufige Übernachtungszahlen.

Durchschnittliche Weinmosternte erwartet

Auf knapp sechs Millionen Hektoliter schätzten die Ernteberichtersteller Ende August die zu erwartende Erntemenge für Weinmost. Damit läge der diesjährige Ertrag um 1,7 Prozent

unter dem langjährigen Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2010. Gegenüber dem Vorjahr, in dem mit 4,6 Millionen Hektoliter die kleinste Erntemenge seit 25 Jahren eingebracht wurde, entspräche dies einer Zunahme von 29 Prozent.

Der diesjährige Witterungsverlauf führte zu einem deutlichen Vegetationsvorsprung, sodass die Lese früh beginnen konnte. Die Winzer hoffen auf einen guten Jahrgang 2011. Allerdings mussten aufgrund der Unbilden des Wetters regional deutliche Schäden in den Weinbergen hingenommen werden. Besonders gravierend wirkten sich vor allem die Spätfröste Anfang Mai aus. Aber auch regionale Hagelunwetter zogen die Reben in Mitleidenschaft. Die Meldungen der Berichtersteller zeigen deshalb große Unterschiede bezüglich der zu erwartenden Erträge auf.

Weinmosternte 2010 und 2011¹ nach Rebsorten

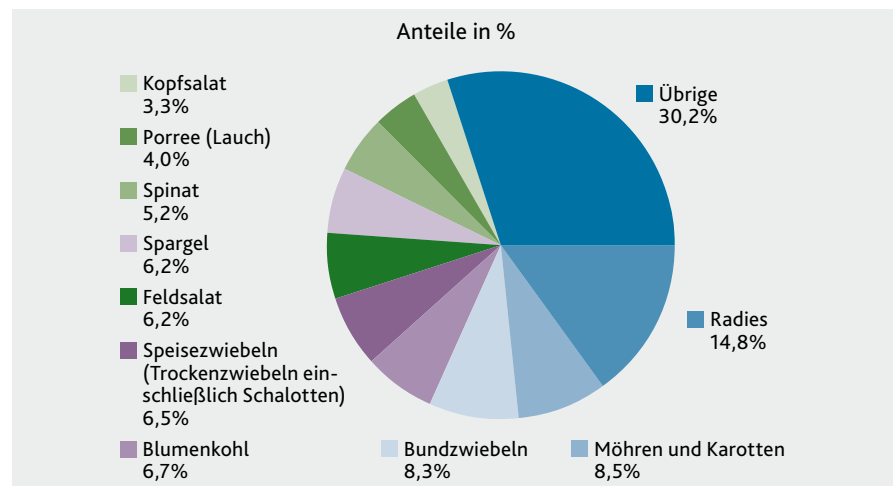
Besonders getroffen durch die ungünstigen Witterungsverhältnisse war die Pfalz. Für dieses Weinanbaugesamt wird mit knapp 2,1 Millionen Hektolitern eine Erntemenge geschätzt, die um mehr als acht Prozent unter dem langjährigen Mittelwert liegt. In Rheinhessen (2,5 Millionen Hektoliter) wird ebenfalls eine leicht unterdurchschnittliche Erntemenge erwartet. Demgegenüber dürfen die Winzer an der Mosel mit einer Erntemenge von 950 000 Hektolitern auf einen im Vergleich zum langjährigen Mittel um acht Prozent höheren Ertrag hoffen. Die Nahe weist mit 360 000 Hektolitern ein geschätztes Plus von sechs Prozent gegenüber dem langjährigen Mittel auf. Die an der Ahr und am Mittelrhein erwarteten Erntemengen wurden auf 47 000 bzw. 38 000 Hektoliter beziffert. Die weitere Ertragsentwicklung sowie die Qualität der zu erntenden Moste hängen im hohen Maße vom weiteren Witterungsverlauf ab.

Gemüseanbaufläche legte trotz EHEC-Krise leicht zu

Die Anbaufläche für die erwerbsmäßige Erzeugung von Freilandgemüse hat trotz der Absatzeinbrüche, die im Frühjahr 2010 infolge der EHEC-Krise zu verzeichnen waren, um knapp zwei Prozent zugelegt. Derzeit werden in Rheinland-Pfalz auf 18 500 Hektar über 40 verschiedene Gemüsearten angebaut. Hierin sind auch die Flä-

chen enthalten, die zwar mit Gemüse bestellt, aber nicht abgeerntet wurden. Im Jahre 2001 erstreckte sich die Gemüseanbau erst auf 14 000 Hektar. Neben Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen gehört Rheinland-Pfalz zu den wichtigsten Gemüseproduzenten. Die drei Bundesländer stellten im Jahr 2010 mehr als die Hälfte der deutschen Gemüseanbaufläche im Freiland.

Gemüseanbaufläche auf dem Freiland 2011 nach Arten



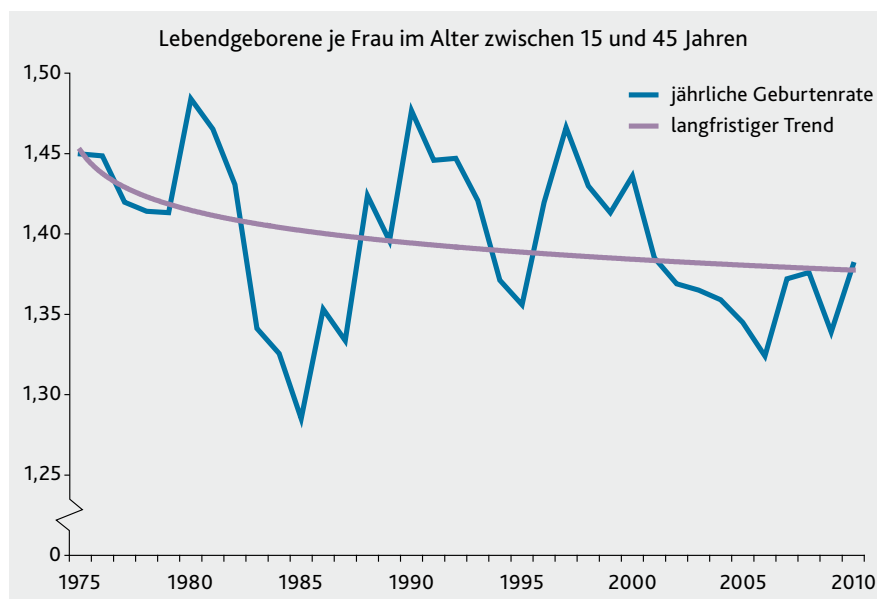
Das Spektrum der angebauten Gemüsearten reicht von Blumenkohl bis Zuckermais. Die Erzeugung wird allerdings von wenigen Gemüsearten dominiert: Der Anbau von sieben Gemüsearten beansprucht mehr als die Hälfte der Freilandflächen. Der größte Anteil entfiel wie in den zurückliegenden Jahren auf Radieschen. Sie wuchsen auf gut 2700 Hektar bzw. fast 15 Prozent der Anbaufläche. Möhren und Karotten (1600 Hektar) sowie Bundzwiebeln (1500 Hektar) beanspruchten 8,5 bzw. 8,3 Prozent der Anbaufläche. Auf mehr als 1000 Hektar brachten es zudem noch Blumenkohl (6,7 Prozent), Speisewiebeln (6,5 Prozent), Feldsalat und Spargel (jeweils 6,2 Prozent).

Im Rahmen der EHEC-Krise wurde unter anderem vor dem Verzehr von Salaten, Tomaten und Gurken gewarnt. Der erwerbsmäßige Anbau der beiden letztgenannten Gemüsearten ist in Rheinland-Pfalz nahezu bedeutungslos. Salate hingegen wurden 2011 auf nahezu 3500 Hektar angebaut. Die Fläche veränderte sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig.

Leichter Anstieg der Geburtenzahlen

Im vergangenen Jahr erblickten in Rheinland-Pfalz 31574 Kinder das Licht der Welt. Das war – trotz eines Anstiegs um 2,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr – die zweitniedrigste Zahl der Geburten in der Geschichte des Landes. Von Mitte der 50er- bis Ende der 60er-Jahre wurden jährlich mehr als doppelt so viele Kinder gebo-

Geburtenrate 1975–2010



ren. Im Jahr 2000 betrug die Zahl der Neugeborenen noch 37826.

Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau lag im Jahr 2010 bei 1,38. Seit Mitte der 70er-Jahre schwankt die Geburtenrate um einen Wert von 1,4, bei einem insgesamt leicht abnehmenden Trend.

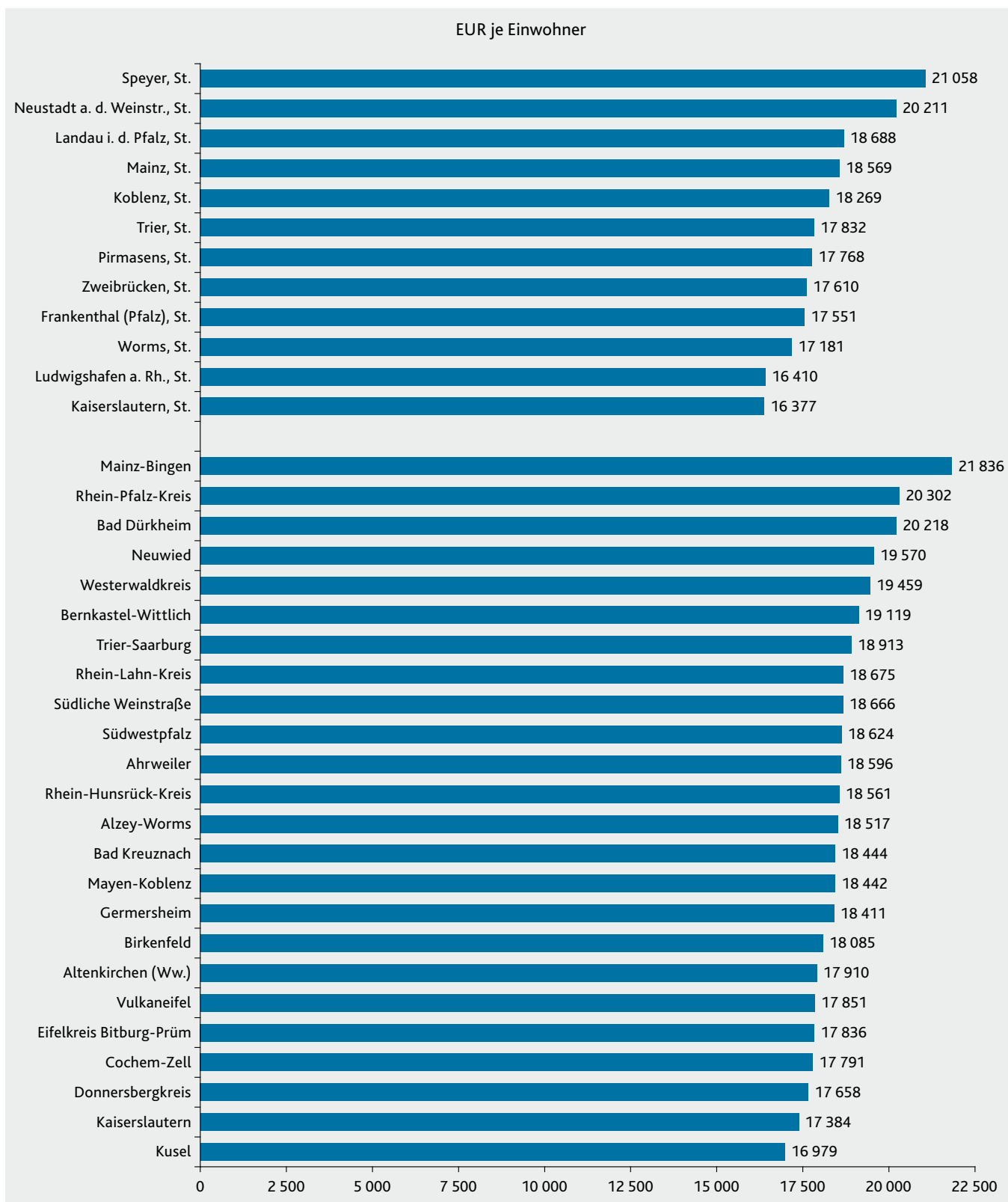
Die Zahl der geborenen Kinder wird nicht nur durch die Geburtenrate, sondern auch wesentlich durch die Altersstruktur der Bevölkerung bestimmt. Die Zahl junger Frauen, die den Jahrgängen angehören, auf die überwiegend die Geburten entfallen, ist in den vergangenen Jahren stetig zurückgegangen. Dieser Trend wird auch zukünftig anhalten, wie sich bereits aus der gegenwärtigen Bevölkerungsstruktur ablesen lässt. Der kleine Anstieg im vergangenen Jahr kann damit nur als eine Veränderung im Rahmen zufälliger Schwankungen angesehen werden.

Regionale Geburtenzahlen werden auf den Wohnort der Mutter bezogen. Unterschiede lassen sich im Wesentlichen durch die Gebietsgröße und die Altersstruktur erklären. Die kreis-spezifischen Geburtenraten liegen bei den kreisfreien Städten zwischen 1,18 (Mainz) und 1,66 (Neustadt an der Weinstraße) und bewegen sich bei den Landkreisen von 1,29 (Südwestpfalz) bis 1,49 (Landkreise Bad Kreuznach, Bernkastel-Wittlich und Westerwaldkreis).

Verfügbares Einkommen 2009 leicht gesunken

Im Jahr 2009 ist das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz trotz des starken Konjunkturreinbruchs nur leicht gesunken. Mit insgesamt 74,9 Milliarden Euro lag der Wert um rund 350 Millionen Euro bzw. 0,5 Prozent unter dem des Vorjahres. Der Pro-

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2008 nach Verwaltungsbezirken



Kopf-Wert blieb jedoch so gut wie unverändert, da die Einwohnerzahl des Landes ebenfalls um 0,5 Prozent zurückging. Im Landesdurchschnitt standen jedem Einwohner 18 637 Euro für Konsumzwecke oder zum Sparen zur Verfügung.

In den Landkreisen lag das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner höher als in den kreisfreien Städten. So verfügte jeder Einwohner der 24 Landkreise im Jahr 2009 durchschnittlich über 18 889 Euro, in den zwölf kreisfreien Städten waren es 17 896 Euro.

Im Vergleich zum Jahr 2000 fiel der Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens in den Landkreisen im Mittel stärker aus (+20 Prozent) als in den kreisfreien Städten (+16 Prozent). Beeinflusst wurde diese unterschiedliche Entwicklung nicht nur durch die Veränderung des verfügbaren Einkommens selbst, sondern auch durch die der Einwohnerzahl. So ist die Bevölkerung in der Gesamtheit der kreisfreien Städte im Zeitraum von 2000 bis 2009 – insbesondere durch deutliche Zunahmen in Mainz, Trier und Landau – gestiegen, während die Einwohnerzahl in der Summe der Landkreise zurückging.

Hohes Armutsrisiko bei Erwerbslosen, Alleinerziehenden und Geringqualifizierten

Jeder siebte Einwohner in Rheinland-Pfalz ist von Armut bedroht. Die Armutsgefährdungsquote für Rheinland-Pfalz liegt mit 15 Prozent leicht über dem Bundesdurchschnitt (14,5 Prozent). Sechs Bundesländer weisen niedrigere Quoten auf.

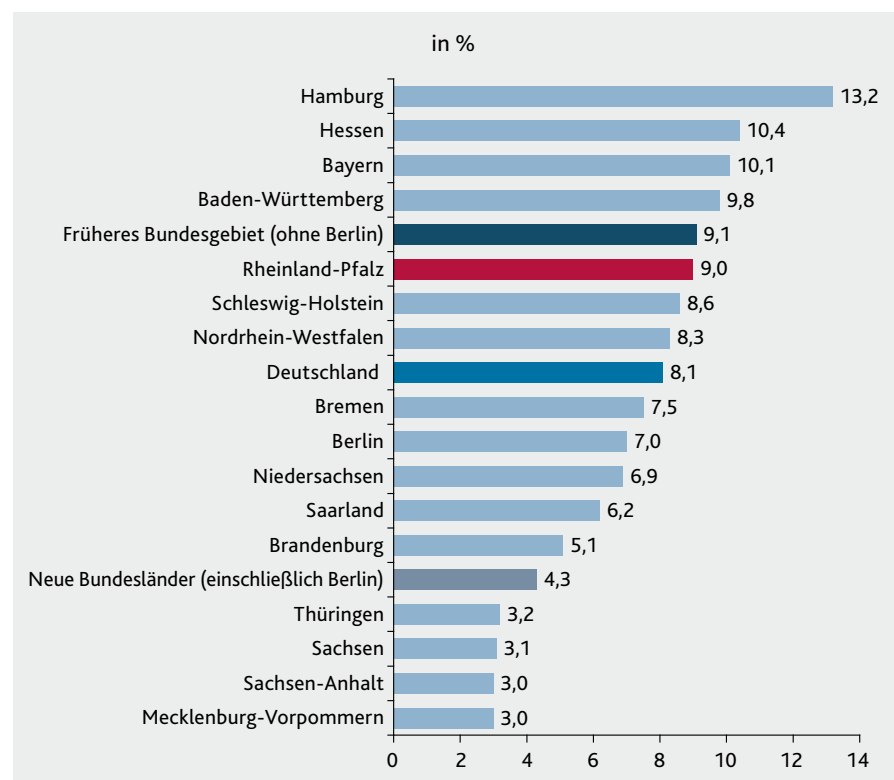
Gemäß EU-Konvention ist die Armutsgefährdungsquote definiert als Anteil der Personen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median) der jeweiligen Bevölkerung beträgt. Der 60-Prozent-Wert wird auch als Armutsgefährdungsschwelle bezeichnet. Unter Zugrundelegung des mittleren Einkommens im gesamten Bundesgebiet (Bundesmedian) liegt die Armutsgefährdungsschwelle für einen Ein-Personen-Haushalt bei 826 Euro. Für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren errechnet sich – unter Berücksichtigung der Kostenersparnis in einem Mehrpersonenhaushalt – eine Armutsgefährdungsschwelle in Höhe von 1735 Euro.

Differenziert nach verschiedenen Bevölkerungsgruppen ergibt sich in Rheinland-Pfalz folgendes Bild:

In erhöhtem Maß von Armut bedroht sind unter 18-Jährige (19 Prozent) sowie 18- bis unter 25-Jährige (20 Prozent), die sich noch überwiegend in der Ausbildung befinden dürften. Auch für 65-Jährige und Ältere liegt die Quote mit 16 Prozent über dem Durchschnitt.

Die Armutsgefährdungsquote der Frauen (16 Prozent) liegt gut zwei Prozentpunkte über der Quote der Männer (14 Prozent). Die geschlechtsspezifischen Differenzen sind bei den Jüngeren (18 bis unter 25 Jahre) und insbesondere den Älteren (65 Jahre und älter) besonders deutlich ausgeprägt.

Einkommensreichtumsquoten 2010 nach Ländern



In besonderem Maß armutsgefährdet sind Alleinerziehende (zumeist Frauen) und deren Kinder unter 18 Jahren. Von ihnen sind 40 Prozent von Armut bedroht. Bei Familien mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern liegt die Quote dagegen bei nur zehn Prozent.

Geringqualifizierte weisen mit 28 Prozent eine mehr als sechsmal so hohe Armutsrisikoquote auf wie Hochqualifizierte (4,3 Prozent).

Unter allen betrachteten Bevölkerungsgruppen sind Erwerbslose mit einer Quote von 53 Prozent am stärksten von Armut bedroht.

Auch Menschen mit Migrationshintergrund sind in erhöhtem Maß von Armut betroffen (27 Prozent).

Unter den Regionen weist die Bevölkerung in der Region Trier das geringste Armutsrisiko auf. Gemessen am Bundesmedian sind dort 14 Prozent der Bevölkerung von Armut bedroht. In der Rheinpfalz sind es 14 Prozent, in der Region Mittelrhein-Westerwald 14,5 Prozent, in der Westpfalz fast 16 Prozent sowie in der Region Rheinhessen-Nahe gut 16 Prozent.

Als Gegenstück zur Armutsgefährdungsquote ist die Einkommensreichumsquote anzusehen, die den Anteil der Personen in der Bevölkerung wiedergibt, deren Einkommen 200 Prozent des mittleren Einkommens übersteigt. Auf Basis des Bundesmedians beträgt die Einkommensreichumsquote in Rheinland-Pfalz neun Prozent; vier Bundesländer weisen eine höhere Quote auf.

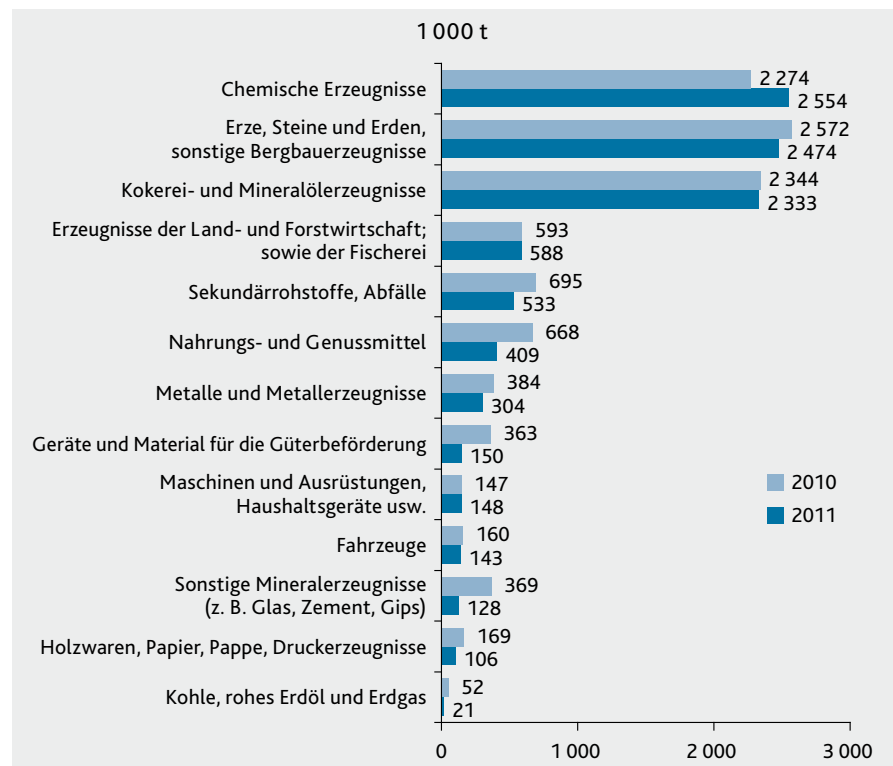
Güterumschlag in Binnenhäfen durch Havarie und Niedrigwasser beeinträchtigt

In den rheinland-pfälzischen Häfen wurde im ersten Halbjahr 2011 deutlich weniger Fracht umgeschlagen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Schiffs- bzw. Frachtführer meldeten für die ersten sechs Monate einen Güterumschlag von knapp 10,9 Millionen Tonnen, das waren 1,1 Millionen Tonnen bzw. 9,3 Prozent weniger als von Januar bis Juni 2010. Das Versandvolumen verringerte sich um 14 Prozent auf knapp 4,7 Millionen Tonnen, der Empfang von Gütern nahm um 5,5 Prozent auf 6,2 Millionen Tonnen ab. Verursacht wurde dies unter anderem durch den im Januar an der Loreley havarierten Gefahrguttanker

und die damit verbundene mehrwöchige Sperrung der Rheinschifffahrt. Darüber hinaus wurde der Güterumschlag auf rheinland-pfälzischen Binnenwasserstraßen phasenweise durch Niedrigwasser beeinträchtigt, sodass Schiffe nur noch einen Teil ihrer Laderäume befüllen konnten.

Auf die Güterabteilung „Chemische Erzeugnisse“ entfiel mit fast 2,6 Millionen Tonnen die höchste umgeschlagene Tonnage. Nahezu 2,5 Millionen Tonnen verzeichnete die Güterabteilung „Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse“, gefolgt von der Güterabteilung „Kokerei- und Mineralölerzeugnisse“ mit 2,3 Millionen Tonnen. Während die umgeschlagene Menge der Güterabteilung „Chemische Erzeugnisse“ einen deutlichen

Güterumschlag in Häfen im 1. Halbjahr 2010 und 2011 nach Güterabteilungen

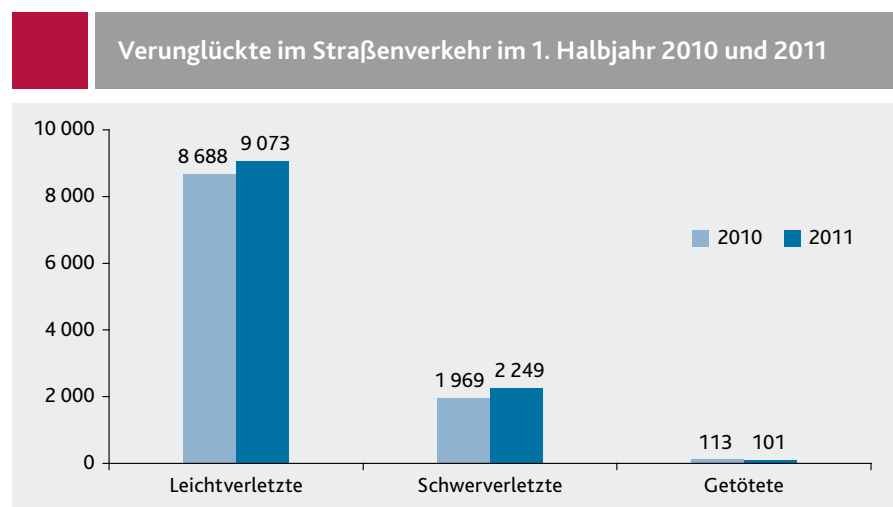


Zuwachs verzeichnete, blieben die Mengen bei allen anderen wichtigen Güterabteilungen hinter den Vorjahresergebnissen zurück.

Ludwigshafen als größter Binnenhafen des Landes wies im Zeitraum Januar bis Juni 2011 ein Umschlagsminus von 5,5 Prozent auf. Andere größere Häfen wie Mainz, Andernach, Bendorf, Wörth und Worms verzeichneten ebenfalls geringere Umschlagsmengen als in der ersten Jahreshälfte 2010.

Straßenverkehrsunfälle fordern weniger Todesopfer

Von Januar bis Juli 2011 wurden in Rheinland-Pfalz deutlich weniger Menschen bei Straßenverkehrsunfällen getötet als im gleichen Zeitraum



des Vorjahres. Es verloren 101 Menschen im Straßenverkehr ihr Leben, das waren zwölf weniger als in den ersten sieben Monaten 2010. Die Zahl der Schwerverletzten stieg dagegen um 14 Prozent auf 2 249 an. Leicht verletzt wurden 9 073 Personen, was

einem Anstieg von 4,4 Prozent entspricht.

Insgesamt registrierte die Polizei in den ersten sieben Monaten dieses Jahres 73 754 Straßenverkehrsunfälle, das waren 1,5 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Aus der amtlichen Statistik

Veröffentlichung der Statistischen Ämter zur Bildungssituation in den Ländern erschienen Bildung sichert Beschäftigungschancen

Hochqualifizierte haben in Rheinland-Pfalz zurzeit beste Beschäftigungschancen. Dies ist eines der Ergebnisse der zum sechsten Mal erscheinenden Veröffentlichung „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“. Der von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder herausgegebene Kennzahlenband ergänzt die OECD-Veröffentlichung „Education at a Glance – Bildung auf einen Blick“ und präsentiert die OECD-Indikatoren in komprimierter Form auf Ebene der Bundesländer.

Die „Internationalen Bildungsindikatoren im Ländervergleich“ liefern umfangreiche Informationen zu zentralen Aspekten des Bildungswesens von der frühkindlichen Bildung bis zum „lebenslangen Lernen“. So enthält die rund 150 Seiten umfassende Veröffentlichung Ergebnisse zu folgenden Themen:

- Schülerinnen und Schüler pro Lehrkraft und Klasse
- Altersstruktur der Lehrerinnen und Lehrer
- Studienanfängerquote
- Schwerpunkte der Hochschulausbildung
- Hochschulabsolventenquote
- Studierende pro Lehrkraft
- Teilnahme am „lebenslangen Lernen“
- Bildungsstand der Bevölkerung
- Ausgaben pro Bildungsteilnehmerin und -teilnehmer

Die „Internationalen Bildungsindikatoren im Ländervergleich“ können unter www.statistik.rlp.de kostenfrei als PDF-Datei (3 MB) heruntergeladen werden.

Studie über die nachhaltige Entwicklung in der Großregion erschienen

In Zeiten des immer enger zusammenwachsenden Europas gewinnen vergleichbare Daten über die europäischen Großregionen zunehmend an Bedeutung. Vor diesem Hintergrund haben die Statistischen Ämter der Großregion »Saarland – Lothringen – Luxemburg – Rheinland-Pfalz – Wallonie« zusammen mit dem Institut Universitaire International Luxembourg (IUIL) eine Studie zur Nachhaltigen Entwicklung erstellt. Im Rahmen der durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung EF-RE (Programm INTERREG IV-A) finanzierten Studie wurden 30 Nachhaltigkeitsindikatoren für die Großregion analysiert. Die Indikatoren richten sich an der Methodik von EUROSTAT aus. Sie erlauben einen Vergleich der Teilregionen der Großregion untereinander und der Großregion insgesamt mit den entsprechenden Nationalstaaten und der EU-27.

Rheinland-Pfalz in der Großregion

- Rheinland-Pfalz erfüllte mit 72,1 Prozent als einzige der fünf Teilregionen bereits im Jahr 2008 das vom Europäischen Rat in Lissabon für 2010 festgelegte Ziel einer Erwerbstätigenquote der Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren von mindestens 70 Prozent.
- Im Jahr 2009 verzeichnete Rheinland-Pfalz mit 10,7 Prozent die geringste Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen unter 25 Jahren. Die Jugendarbeitslosigkeit in der Großregion insgesamt lag demgegenüber bei 19,6 Prozent.
- Das Ziel der EU-Nachhaltigkeitsstrategie, bis zum Jahr 2010 den Anteil der Elektrizitätserzeugung aus erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch auf 21 Prozent zu steigern, wurde 2007 weder in Rheinland-Pfalz noch in der Großregion insgesamt erreicht. Rheinland-Pfalz steigerte diesen Anteil von 1998 bis 2007 von 4,2 Prozent auf 12,9 Prozent (Großregion: 8,5 Prozent).

Die EU-Zielmarke, zwölf Prozent des Bruttoendenergieverbrauchs bis zum Jahr 2010 durch erneuerbare Energien abzudecken, hat Rheinland-Pfalz im Jahr 2007 mit 11,8 Prozent fast erreicht; im Durchschnitt der Großregion liegt dieser Anteil erst bei 6,5 Prozent.

- Der Anteil der Flächen mit ökologischer Landwirtschaft an der landwirtschaftlich genutzten Fläche insgesamt lag in Rheinland-Pfalz 2007 bei 3,6 Prozent und damit um 0,9 Prozentpunkte über dem Wert der Großregion insgesamt.

Die Studie zu den Nachhaltigkeitsindikatoren in der Großregion, die in deutscher und französischer Sprache verfasst ist, steht im gemeinsamen Statistik-Portal der Großregion unter www.grossregion.lu zum Download bereit. Es handelt sich um die zweite Veröffentlichung, die von den Statistischen Ämtern der Großregion »Saarland – Lothringen – Luxemburg – Rheinland-Pfalz – Wallonie« zusammen mit dem Institut Universitaire International Luxembourg (IUIL) im Rahmen des Projekts INTERREG IV-A »Harmonisierte statistische Indikatoren« realisiert wurde. Im Jahr 2010 wurde eine Studie zum Thema Weiterbildung in der Großregion herausgegeben. Die dritte und letzte Arbeit im Rahmen dieses Programms befasst sich mit den Grenzgängern in der Großregion und soll Ende 2011 vorgestellt werden.

Verbraucherpreise im September 2011

Der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz lag im September 2011 um 2,5 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Das war der höchste Wert seit September 2008.

Mit einem Anstieg von 11,1 Prozent trugen vor allem die Energiepreise zu dieser Entwicklung bei. Kraftstoffe verteuerten sich gegenüber September 2010 um 13 Prozent, Haushaltsenergie (Strom, Gas und andere Brennstoffe) um zehn Prozent. Aufgrund der gestiegenen Energiepreise erhöhten sich auch die Indizes für die Hauptgruppe Verkehr (+4,6 Prozent) sowie für Waren und Dienstleistungen rund ums Wohnen (+3,2 Prozent) überdurchschnittlich.

Für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke war eine Teuerung von durchschnittlich 2,4 Prozent festzu-

stellen. Erneut waren es Speisefette und -öle (+13,9 Prozent), die zu dieser Entwicklung beitrugen. Alkoholfreie Getränke verteuerten sich um 4,9 Prozent. Sinkende Preise waren dagegen bei frischem Obst und Gemüse sowie frischem Fisch (-7,5 Prozent) zu verzeichnen. Besonders deutlich waren die Preisrückgänge bei Kartoffeln (-18,1 Prozent) und Tomaten (-28,1 Prozent).

Gegenüber dem Vormonat blieb der Verbraucherpreisindex im September 2011 trotz unterschiedlicher Entwicklungen in den Hauptgruppen insgesamt unverändert. Saisonbedingt stiegen die Preise für Bekleidung und Schuhe um 2,5 Prozent, während mit dem Ende der Urlaubszeit die Preise für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen um 2,8 Prozent nachgaben.

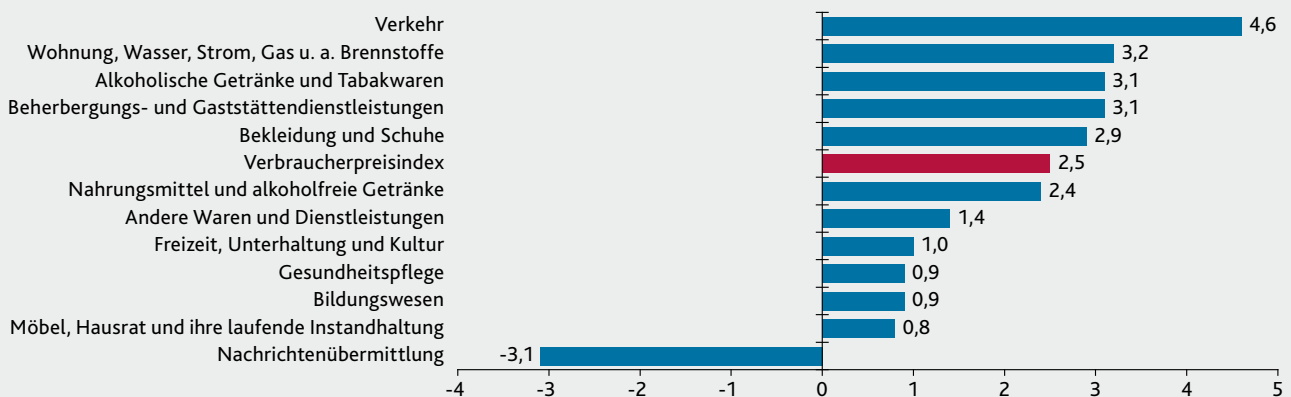
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

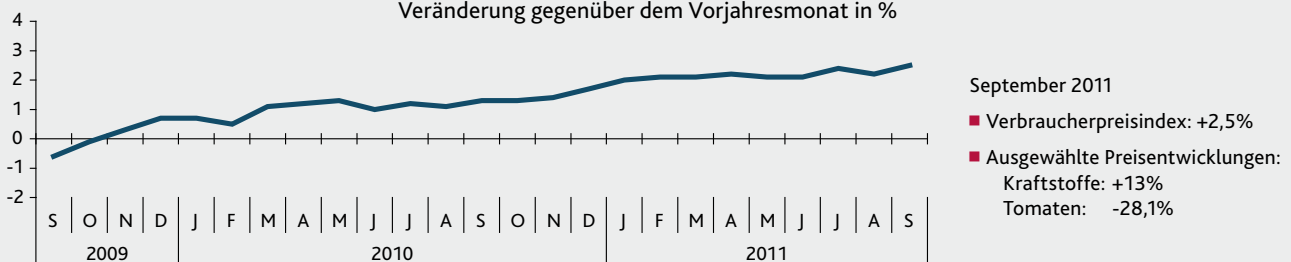
Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im September 2011

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber September 2010 in %



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %

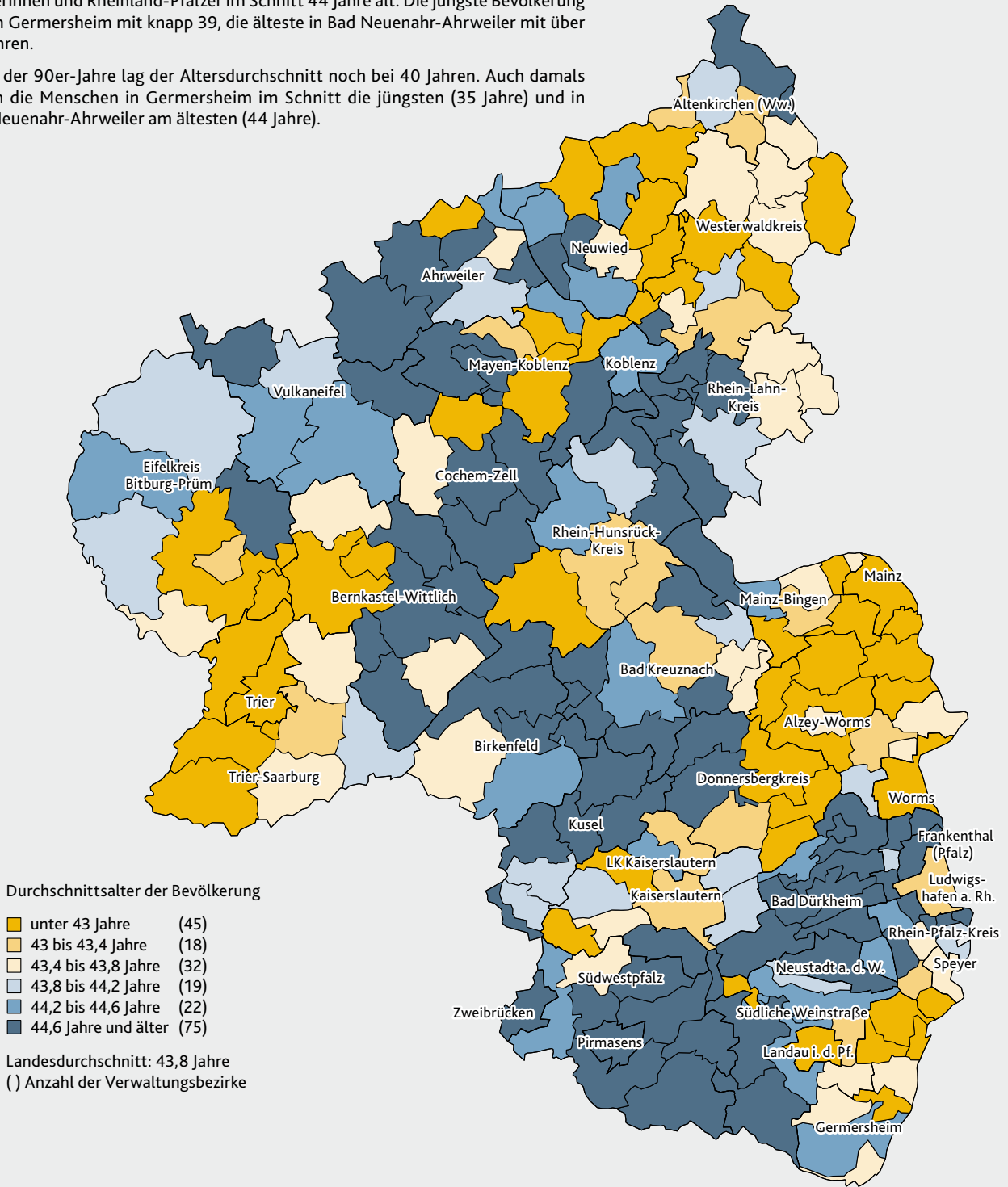


Durchschnittsalter der Bevölkerung 2010 nach Verwaltungsbezirken

Altersdurchschnitt liegt bei 44 Jahren

Die Bevölkerung in Rheinland-Pfalz wird älter. Im Jahr 2010 waren die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer im Schnitt 44 Jahre alt. Die jüngste Bevölkerung lebt in Germersheim mit knapp 39, die älteste in Bad Neuenahr-Ahrweiler mit über 49 Jahren.

Mitte der 90er-Jahre lag der Altersdurchschnitt noch bei 40 Jahren. Auch damals waren die Menschen in Germersheim im Schnitt die jüngsten (35 Jahre) und in Bad Neuenahr-Ahrweiler am ältesten (44 Jahre).



40 Jahre Studierendenförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

Zahl der Geförderten in den letzten zehn Jahren deutlich gestiegen



Von Bettina Link

Eine gute Ausbildung ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die individuellen Entfaltungsmöglichkeiten und den späteren beruflichen Erfolg. Vor dem Hintergrund rückläufiger Bevölkerungszahlen wird es zudem auch aus volkswirtschaftlicher Sicht immer wichtiger, die vorhandenen Begabungen jedes Einzelnen zu fördern und möglichst viele junge Menschen zu qualifizierten Bildungsabschlüssen zu führen. Der Zugang zu weiterführenden Bildungsangeboten, insbesondere zur Hochschulausbildung, sollte daher allen Jugendlichen entsprechend ihrer Eignung und Neigung möglich sein und nicht durch finanzielle Hürden beschränkt werden. Zur Förderung der Chancengleichheit wurde bereits vor vier Jahrzehnten das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) verabschiedet. Diese bedarfsabhängige Ausbildungsförderung sichert seither auch Kindern aus finanziell schlechter gestellten Familien die Chance auf höhere Bildungsabschlüsse.

BAföG im Jahr 1971 eingeführt

Rechtsanspruch auf Ausbildungsförderung

Mit der Verabschiedung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) durch die sozial-liberale Koalition im Jahr 1971 wurde erstmals ein Rechtsanspruch auf eine individuelle Ausbildungsförderung geschaffen. Ziel dieser bedarfsabhängig gestalteten Förderung ist bis heute die bessere Ausschöpfung der gesellschaftlichen Bildungsreserven und die Erhöhung der beruflichen Chancengleichheit – auch für Personen aus einkommensschwächeren Haushalten.

Das BAföG löste viele der bis in die 70er-Jahre parallel existierenden Förderprogramme

von Bund und Ländern ab, deren Vergabe vor allem leistungsabhängig erfolgte, wie etwa das seit 1957 existierende „Honnefer Model“.

Das BAföG wurde in erster Linie für Jugendliche und junge Erwachsene geschaffen, die einen höheren Bildungsabschluss oder einen ersten berufsqualifizierenden (Studien-) Abschluss anstreben. Die Förderung erstreckt sich dabei seit ihrer Einführung sowohl auf Studierende als auch auf Schülerinnen und Schüler bestimmter Bildungsgänge, wobei Letztere seit Beginn der 80er-Jahre deutlich strengeren Anspruchskriterien unterliegen.

BAföG löst leistungsabhängige Förderprogramme ab

Förderung für die Erstausbildung

Förderung der beruflichen Weiterqualifizierung durch AFBG

Nicht gefördert werden Ausbildungen im Dualen System und darauf aufbauende Bildungsgänge, die der beruflichen Weiterqualifizierung dienen, wie beispielsweise die Meisterfortbildung. Hierfür stehen jedoch mit der Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) und den 1996 eingeführten Förderleistungen nach dem „Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz“ (AFBG) alternative Fördermöglichkeiten zur Verfügung.

Zahl der Geförderten steigt

Fast 28 000 Studierende gefördert

Die Zahl der in Rheinland-Pfalz durch das BAföG Geförderten lag im Jahr 2010 bei insgesamt 41 628. Gut zwei Drittel der BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger waren Studierende (27 824). Das übrige Drittel besuchte berufsbildende oder allgemeinbildende Schulen (13 801). Daneben wurden drei Personen an Fernunterrichtsinstituten gefördert. Nicht bei allen Leistungsbeziehenden erstreckte sich die Förderung auf das gesamte Jahr. Im Durchschnitt wurden monatlich 8 098 Schülerinnen und Schüler und 17 745 Studierende gefördert.

Neuer Höchststand bei geförderten Studierenden

Die Zahl der insgesamt Geförderten erreichte im vergangenen Jahr einen neuen Höchststand seit der Rückführung der Schülerförderung zu Beginn der 80er-Jahre. Allein innerhalb der letzten zehn Jahre haben sich die Gefördertenzahlen sowohl im Schul- als auch im Hochschulbereich nahezu verdoppelt (zusammen +96 Prozent).

Mehr junge Menschen mit Hochschulreife

Ursächlich hierfür ist zum einen die steigende Zahl junger Menschen, die die Schule mit der Studienberechtigung verlassen und somit ein Hochschulstudium aufnehmen können. Sie erhöhte sich zwischen 2000 und 2010 – ebenso wie die Zahl der tatsächlichen Studienbeginner – um mehr als 50 Prozent.

Die wichtigsten Änderungen des BAföG

1971

- Einführung des BAföG als rückzahlungsfreier Vollzuschuss
- Ablösung verschiedener leistungsabhängiger Förderprogramme durch einen einkommens- und vermögensabhängigen Rechtsanspruch auf individuelle Ausbildungsförderung

1974

- Schrittweise Einführung eines Darlehensanteils

1983

- Einschränkung der Förderung schulischer Bildungsgänge
- Vollständige Umstellung der BAföG-Leistungen für Studierende auf Darlehen

1990

- Umstellung der Leistungen für Studierende auf eine je hälftige Auszahlung als rückzahlungsfreier Zuschuss und als unverzinsliches Darlehen

1991

- Einführung des BAföG in den fünf neuen Bundesländern

2001

- Begrenzung der Darlehensschuld auf maximal 10 000 Euro
- Aufhebung der Anrechnung des Kindergeldes auf das Einkommen
- Ausweitung des Förderungsanspruchs auf das Studium in Ausland

2008

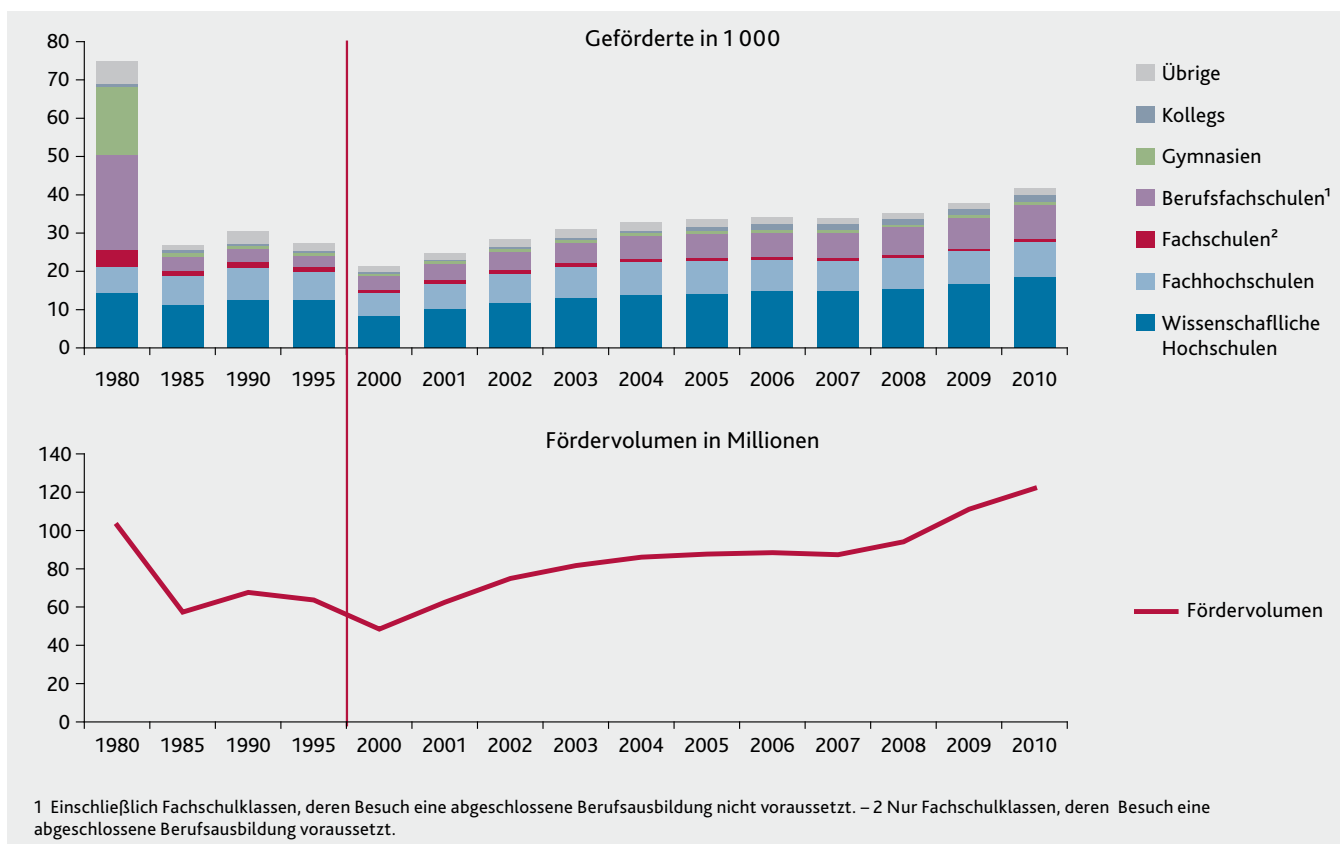
- Anhebung der Bedarfssätze und Freibeträge
- Verbesserung der Förderungsbedingungen für Studierende mit Kindern und für Ausländerinnen und Ausländer

2010

- Größere Anhebung der Bedarfssätze und der Freibeträge rückwirkend zum 1. Oktober 2010 durch das 23. BAföG-Änderungsgesetz
- Streichung des leistungsabhängigen Darlehensersatzes
- Erhöhung der Altersgrenze für Masterstudierende auf 35 Jahre
- Einführung des leistungsabhängigen Deutschlandstipendiums

G1

Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz 1980–2010 nach Ausbildungsstätten sowie Fördervolumen



Verbesserte Förderbedingungen

Zum anderen spiegelt der Anstieg der Zahl der Geförderten auch die seit 2001 vollzogenen Verbesserungen der Förderungsbedingungen wider – vor allem jene, die durch das 2001 verabschiedete Ausbildungsförderungsreformgesetz (AföRG) ermöglicht wurden. Insbesondere die seitdem erfolgten Erhöhungen der Bedarfssätze und Freibeträge führten wieder zu einer merklichen Ausweitung des in den Vorjahren deutlich geschrumpften Kreises der Förderungsberechtigten.

Studierendenförderquote steigt auf 24 Prozent

Die Anpassungen des BAföG schlugen sich auch in der Förderquote nieder, die den Anteil der geförderten Studierenden an allen Studierenden (ohne Verwaltungsfachhochschulen) wiedergibt. Diese schwankte seit Bestehen des BAföG erheblich. Wurde zu

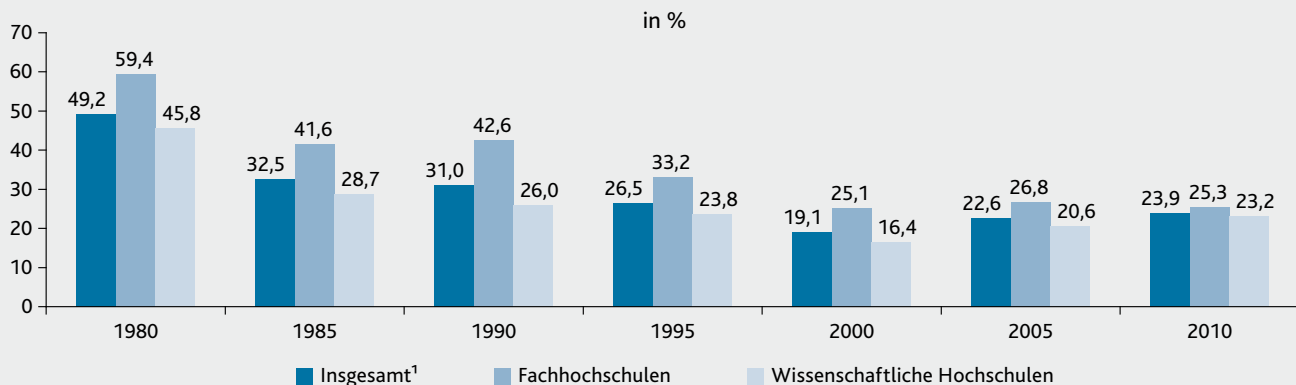
Beginn der 80er-Jahre noch fast die Hälfte der Studierenden mittels BAföG gefördert, so waren es zehn Jahre später noch 31 Prozent und im Jahr 2000 nur noch 19 Prozent. Mittlerweile liegt die Förderquote wieder bei 24 Prozent.

An den einzelnen Hochschularten verlief die Entwicklung unterschiedlich, was im Ergebnis zu einer Angleichung der Werte führte. So kamen bis in die 90er-Jahre noch vier von zehn Fachhochschülern in den Genuss der Ausbildungsförderung, im Jahr 2000 traf dies, wie auch im Jahr 2010, nur noch auf ein Viertel zu. Für Studierende wissenschaftlicher Hochschulen fiel die Förderquote von 26 Prozent im Jahr 1990 auf 16 Prozent im Jahr 2000. Derzeit liegt sie wieder bei 23 Prozent.

Rückgang der Förderquote an Fachhochschulen

G 2

Quote der nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz geförderten Studierenden 1980–2010



¹ Durchschnittlich je Monat geförderte Studierende / (Studierende wissenschaftlicher Hochschulen im 1. bis 10. Semester plus 0,5 * Studierende im 11. und 12. Semester plus Studierende im 1. bis 8. Semester an Fachhochschulen [ohne Verwaltungsfachhochschulen])

Mehrheit der Geförderten an Hochschulen

Studierende als Hauptzielgruppe des BAföG

Die mit Abstand meisten Geförderten besuchten im Jahr 2010 eine wissenschaftliche Hochschule oder eine Fachhochschule (67 Prozent). Die Studierenden bilden seit der Einschränkung der Anspruchskriterien für Schülerinnen und Schüler im Jahr 1983 die Hauptzielgruppe der Ausbildungsförderung nach dem BAföG.

Ein Fünftel der Geförderten an einer Berufsfachschule

Eine schulische Ausbildung an einer Berufsfachschule absolvierten 21,5 Prozent der Geförderten. Insgesamt 4,3 Prozent erhielten die Förderung für den Besuch eines Kollegs, also für das Nachholen eines allgemeinbildenden Schulabschlusses. Relativ geringe Anteile entfielen auf Auszubildende an Fachschulen (1,9 Prozent), Gymnasien (1,5 Prozent) und an den übrigen Ausbildungsstätten (4,1 Prozent).

Bedarfssätze zum Jahr 2010 erhöht

Förderung erfolgt bedarfsabhängig

Die Studienförderung im Sinne des BAföG erfolgt bedarfsabhängig. Unter Bedarf versteht das BAföG den Geldbetrag, den Auszubildende nach Ansicht des Gesetzgebers benötigen, um ihren Lebensunterhalt und

ihre Ausbildung bestreiten zu können. Der Bedarf wird jedoch nicht anhand der tatsächlich anfallenden Kosten, sondern auf Basis von Pauschalen ermittelt. Die Höhe dieser Pauschalen ist abhängig von der Art der Ausbildung und der Unterbringung. Darüber hinaus werden Zuschläge gewährt, wenn sich die bzw. der Geförderte selbst kranken- und pflegeversichern muss, hohe Unterbringungskosten hat oder wenn eigene Kinder unter zehn Jahren im Haushalt leben.

Die Bedarfssätze sind nach dem Gesetz alle zwei Jahre zu überprüfen und gegebenenfalls neu festzusetzen, um sie unter anderem der Einkommens- und Vermögensentwicklung sowie geänderten Lebenshaltungskosten anzupassen. Die letzten Anpassungen erfolgten durch die BAföG-Novellen der Jahre 2001, 2008 und 2010. Derzeit liegt der Höchstsatz für außerhalb des Elternhauses lebende Studierende ohne Kinder unter Berücksichtigung aller Zuschüsse bei 670 Euro im Monat.

Die Höhe der tatsächlich bewilligten Leistungen richtet sich allerdings nicht allein nach dem ermittelten Bedarf, sondern auch nach der finanziellen Leistungsfähigkeit

Zweijährliche Prüfung der Bedarfssätze

Förderhöhe abhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit

der Auszubildenden beziehungsweise ihrer Eltern oder Ehepartner. Überschreitet das Vermögen oder das Einkommen der Auszubildenden bzw. ihrer nächsten Angehörigen die gesetzlich festgelegten Freibeträge, wird dieser Betrag von dem ermittelten Förderbedarf abgezogen. Unberücksichtigt bleiben hierbei seit 2001 das Kindergeld und seit diesem Jahr leistungsabhängig vergebene Stipendien bis zu einem Betrag von 300 Euro monatlich. Die Hinzuverdienstgrenze für Studierende beträgt derzeit 4 800 Euro pro Jahr. Einkommen bis zu dieser Höhe werden nicht auf die Förderung angerechnet. Verdienen die Studierenden mehr, reduziert dieses Einkommen jedoch den Förderbetrag.

Schülerförderung rückzahlungsfrei

Die ermittelte Fördersumme wird für Schülerinnen und Schüler rückzahlungsfrei gewährt. Studierende erhalten die Leistung seit 1990 zur einen Hälfte als zinsloses Darlehen und zur anderen Hälfte als rückzahlungsfreien Zuschuss.

Fast jeder Zweite erhält vollen Förderbetrag

Nicht nur die Zahl der Geförderten und die Förderquote hängen entscheidend von der Höhe der gesetzlich festgelegten Bedarfsätze und Freibeträge ab. Auch der Anteil jener, die mit dem Höchstbetrag gefördert werden, also nicht über anrechnungsfähiges Vermögen oder Einkommen verfügen, wird dadurch bestimmt. Die diesbezüglich über die Jahre durch den Gesetzgeber vorgenommenen Anpassungen schlugen sich auch in den schwankenden Anteilen derjenigen nieder, die den Höchstbetrag erhielten. Im Jahr 2010 betrug ihr Anteil 47 Prozent.

Seit Bestehen des BAföG war der Anteil der Vollgeförderten bei den Schülerinnen und Schülern stets höher als bei den Studierenden. Im Jahr 2010 bekamen zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler, aber nur

Durchschnittlich 428 Euro monatlich für Studierende

T 1

Eckdaten zu Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz 1980–2010

Jahr	Geförderte ¹ Anzahl	Davon		Durchschnittlich je Monat Geförderte Anzahl	Förder- volumen 1 000 EUR	Davon Darlehen %	Durchschnitts- förderbetrag je Monat pro Kopf EUR
		Frauen %	Voll- geförderte				
Schülerinnen und Schüler							
1980	53 532	56,8	51,0	33 422	57 245	0,0	143
1985	8 010	58,0	44,5	4 613	12 819	-	232
1990	9 427	50,8	42,2	5 081	15 877	-	260
1995	7 510	51,7	49,2	4 349	13 204	-	253
2000	6 916	56,6	42,8	4 017	11 808	-	245
2005	10 870	57,3	60,9	6 331	21 680	-	285
2010	13 801	58,6	66,6	8 098	30 855	-	318
Studierende							
1980	21 224	39,5	41,8	15 027	45 357	32,5	252
1985	18 846	38,1	36,8	13 315	44 598	96,5	279
1990	21 079	39,8	30,1	14 046	51 716	82,2	307
1995	19 805	47,0	29,6	13 667	50 437	48,7	307
2000	14 318	54,3	28,2	9 180	36 630	48,6	332
2005	22 792	56,8	33,3	14 996	65 944	49,5	366
2010	27 824	57,8	37,1	17 745	91 194	49,3	428

¹ Ohne Geförderte an Fernunterrichtsinstituten, die weder den Schülerinnen und Schülern noch den Studierenden zugeordnet werden (2010: 3 Personen).

37 Prozent der Studierenden die Höchstförderung. Die durchschnittliche monatliche Förderhöhe betrug bei den Schülerinnen und Schülern 318 Euro; bei den Studierenden waren es 428 Euro.

BAföG:

Eine von mehreren Finanzierungsquellen

Sozialerhebung dokumentiert Lebensbedingungen von Studierenden

Für die meisten Studierenden ist das BAföG eine von mehreren Finanzierungsquellen. Hierauf verweisen auch die Zahlen der „19. Sozialerhebung“ des Deutschen Studentenwerkes¹ – einer umfassenden Dokumentation der sozioökonomischen Lebensbedingungen von Studierenden, die seit 1951 regelmäßig im Abstand von drei Jahren veröffentlicht wird. Die Auswertungen der Sozialerhebung basieren auf verschiedenen Datenquellen mit unterschiedlicher Qualität. So fließen Daten der amtlichen Statistik (unter anderem des Mikrozensus, der Studierendenstatistik und der Bevölkerungsstatistik) und des Hochschulinformationssystems (Studienanfängerbefragungen) mit ein. Zudem werden auch Daten aus einer eigenen Erhebung verwendet. Für diese Erhebung wurden im Jahr 2009 auf freiwilliger Basis gut 51 000 Studierende an deutschen Hochschulen angeschrieben. Der verwertbare Rücklauf betrug 16 370. Abweichungen zur Grundgesamtheit wurden mittels Gewichtungen der Einzelfälle korrigiert.

Trotz der möglicherweise vorhandenen Verzerrungen in den Auswertungen können die Ergebnisse der Sozialerhebung aufschlussreiche Hinweise zur Situation der Studierenden in Deutschland liefern.

¹ Bundesministerium für Bildung und Forschung: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2009. 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch HIS, Bonn, Berlin 2010.

Die letzten vorliegenden Auswertungen für das Jahr 2009 kommen zu dem Ergebnis, dass den Studierenden in Deutschland im Durchschnitt monatlich 812 Euro zur Verfügung stehen. Dieser Betrag liegt deutlich über dem BAföG-Höchstsatz. Allerdings bestreiten auch lediglich ein Prozent der Studierenden ihren Lebensunterhalt ausschließlich aus Förderleistungen nach dem BAföG. So gaben im Jahr 2009 insgesamt 79 Prozent der Befragten an, von den Eltern finanziell unterstützt zu werden und 65 Prozent arbeiteten neben dem Studium. Für viele Studierende tragen die Leistungen nach dem BAföG allerdings wesentlich zur Ausbildungsfinanzierung bei. Immerhin 18 Prozent der Befragten gaben an, ihren Lebensunterhalt mindestens zur Hälfte über die BAföG-Leistungen zu finanzieren. Acht von zehn Leistungsempfängerinnen und -empfängern waren der Meinung, dass sie ohne BAföG nicht hätten studieren können.

Acht von zehn Studierenden finanziell von den Eltern unterstützt

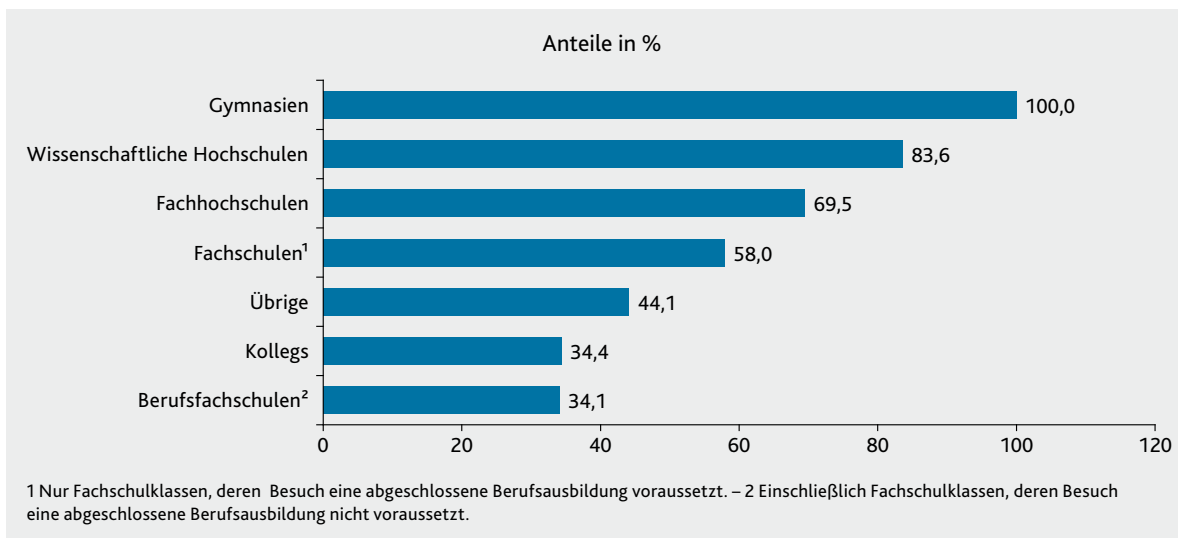
Drei von zehn geförderten Fachhochschulern leben im Elternhaus

Zwei Drittel der Geförderten des Jahres 2010 lebten während der Ausbildung nicht bei den Eltern (66 Prozent). Dabei gab es deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Bildungsstätten. So wohnten entsprechend der Anspruchskriterien alle geförderten Gymnasiasten nicht mehr im Elternhaus. Auch geförderte Studierende an wissenschaftlichen Hochschulen (84 Prozent) und Fachhochschüler (69,5 Prozent) lebten häufig in einer eigenen Unterkunft. Seltener war dies bei Schülerinnen und Schülern an Fachschulen, die eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzten (58 Prozent) sowie bei jenen an Berufsfachschulen (34 Prozent) der Fall.

Studierende an wissenschaftlichen Hochschulen leben seltener im Elternhaus

G 3

Anteil der auswärts wohnenden Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz 2010 nach Ausbildungsstätten



Verbesserte Förderkriterien für Ausländerinnen und Ausländer

Ausbildungsförderung für Nichtdeutsche mit Bleibeperspektive

Unter bestimmten Voraussetzungen besteht auch für ausländische Schülerinnen und Schüler sowie Studierende die Möglichkeit, BAföG-Leistungen in Anspruch zu nehmen. Die Anspruchskriterien dieser Personengruppe wurden zuletzt durch die 2008 in Kraft getretene 22. BAföG-Novelle deutlich verbessert. So wurde die Förderung auch auf geduldete Ausländerinnen und Ausländer ausgeweitet, die sich seit mindestens vier Jahren rechtmäßig, geduldet oder gestattet in Deutschland aufhalten. Seit der Reform können grundsätzlich alle ausländischen Auszubildenden gefördert werden, die in Deutschland leben und eine dauerhafte Bleibeperspektive haben. Die zuvor geforderte Mindestverweildauer der Eltern wurde gestrichen.

BAföG-Leistungen für gut 2700 Ausländerinnen und Ausländer

Von allen Geförderten des Jahres 2010 besaßen 6,5 Prozent nicht die deutsche Staatsangehörigkeit (2 718). Das waren 0,7 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2000. Die meisten ausländischen Leistungsempfängerinnen

und -empfänger des Jahres 2010 stammten aus dem europäischen Ausland (78 Prozent). Weitere 19 Prozent stammten aus nicht europäischen Ländern, 1,5 Prozent waren heimatlos und 1,1 Prozent asylberechtigte Ausländer. Am stärksten vertreten waren mit einem Anteil von 35,5 Prozent türkische Auszubildende, gefolgt von italienischen (5,8 Prozent) und russischen (5,2 Prozent) Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern. Insgesamt fanden sich unter den geförderten Schülerinnen und Schülern mit einem Anteil von 9,1 Prozent mehr Ausländerinnen und Ausländern als unter den Studierenden (5,3 Prozent).

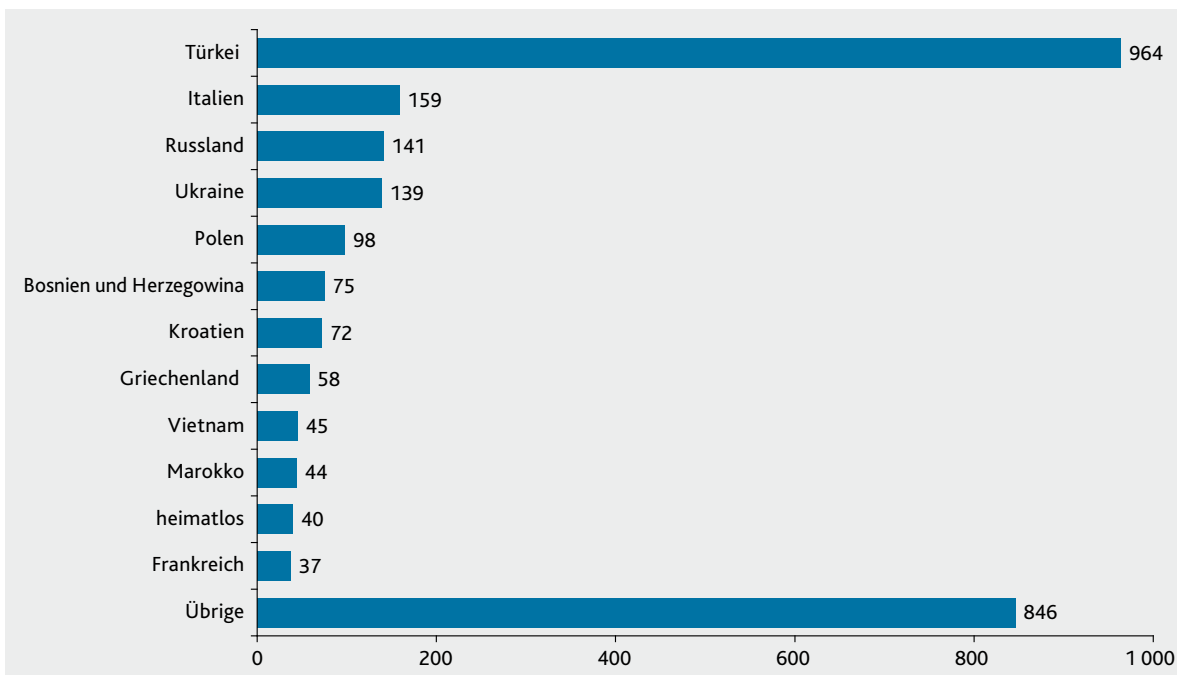
Leistungen auch für das Studium im Ausland

Das BAföG wird nicht nur für das Studium an deutschen Hochschulen gezahlt. So wurde bereits im Jahr 2001 die Möglichkeit geschaffen, ein in Deutschland begonnenes Studium im Ausland weiterzuführen. Seit dem Jahr 2008 kann sogar für ein vollständig in der Europäischen Union oder in der Schweiz durchgeführtes Studium eine Förderung nach dem BAföG gewährt werden.

Fast 40 000 Studierende im Ausland unterstützt

G 4

Nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz Geförderte ohne deutsche Staatsangehörigkeit 2010 nach Land der Staatsangehörigkeit



Die Daten der BAföG-Statistik liefern keine Informationen zur regionalen Herkunft der im Ausland Geförderten. So wird bei Studierenden beispielsweise nicht das Bundesland erfasst, in dem die Hochschulzugangsberechtigung erworben wurde. Auswertungen zu den Geförderten im Ausland können daher nicht speziell für ein Bundesland erstellt werden, sondern beziehen sich immer auf ganz Deutschland. Im Jahr 2010 wurden von den bundesweit 916 295 geförderten Studierenden 39 810 im Ausland unterstützt. Das entspricht einem Anteil von 4,3 Prozent.

Am häufigsten absolvierten diese Studierenden eine Ausbildung oder einen Ausbildungsabschnitt in den Niederlanden (20 Prozent), in Großbritannien (13 Prozent), in Österreich (zwölf Prozent), Spanien (7,7 Prozent) oder in Frankreich (6,9 Prozent).

Die meisten Geförderten in Ländern der EU

Die überwiegende Mehrheit der im Ausland geförderten Studierenden besuchte eine Hochschule in der Europäischen Union

(75 Prozent). Die Zahl der Studierenden im EU-Ausland hat sich von 2001 bis 2010 versechsfacht und liegt derzeit bei 30 000. Der Anteil der studentischen Geförderten in EU-Ländern an allen studentischen Geförderten stieg um 4,1 Prozentpunkte auf nun 5,1 Prozent.

Darüber hinaus erhielten von den bundesweit 323 808 geförderten Schülerinnen und Schülern 2 582 Leistungen für eine Ausbildung im Ausland (0,8 Prozent). Die meisten von ihnen lernten an einer Schule in den USA (55 Prozent).

Die Hälfte der im Ausland geförderten Schülerinnen und Schüler in den USA

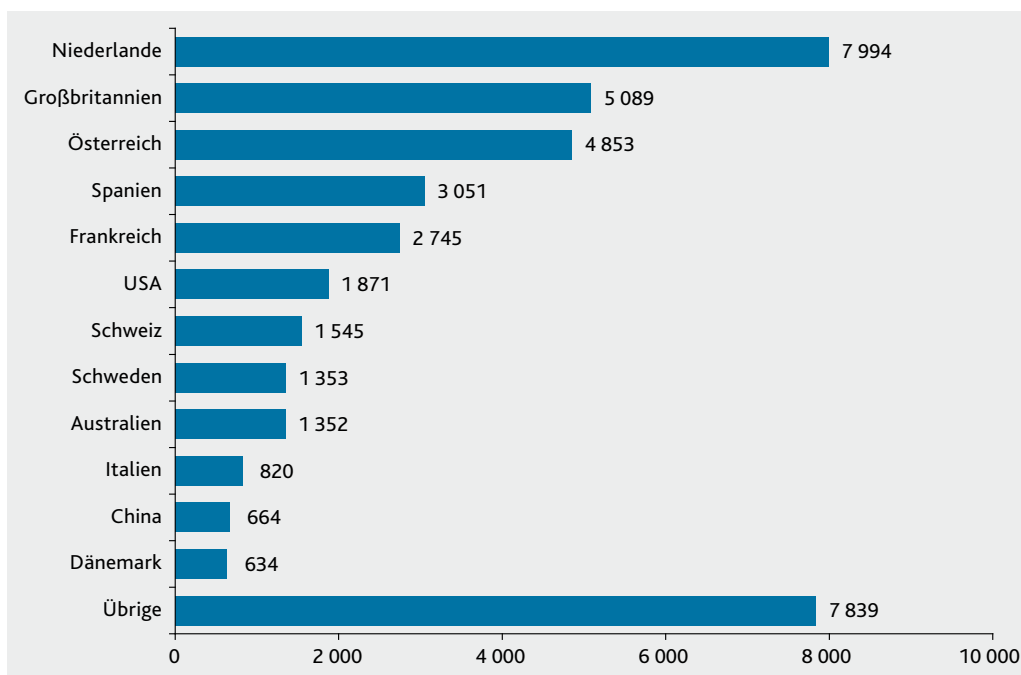
Frauenanteil gestiegen

Der Anteil der Frauen an den Geförderten ist seit Einführung des BAföG deutlich gestiegen. Während zunächst mehr Männer als Frauen gefördert wurden, stellen Frauen seit Ende der 90er-Jahre die Mehrheit. Der mittlerweile bei 58 Prozent liegende Frau-

Gut 58 Prozent der Geförderten sind Frauen

G 5

Nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz geförderte Studierende aus Deutschland im Ausland 2010 nach Land der Ausbildungsstätte



enanteil spiegelt die gestiegene Bildungsbe teiligung junger Frauen in der Gesellschaft wider. Inzwischen erreichen Frauen höhere Studienberechtigtenquoten und höhere Studienanfängerquoten als ihre männlichen Altersgenossen.

Zwischen den einzelnen Bildungsgängen variierte die Geschlechterverteilung der Geförderten. Am höchsten war der Frauenanteil in Berufsfachschulen (65 Prozent), wissenschaftlichen Hochschulen (64 Prozent) und Gymnasien (63 Prozent), geringer in Fachhochschulen (46 Prozent) und Fachschulen (29 Prozent).

Mehrzahl der Geförderten ist unter 25

Altersgrenze für Masterstudierende bei 35

Grundsätzlich werden Leistungen nach dem BAföG nur für die Erstausbildung gewährt. Gefördert werden können Ausbildungen, die vor Vollendung des 30. Lebensjahres begonnen werden. Für Masterstudiengänge gilt die Altersgrenze von 35 Jahren. Aus-

nahmen gibt es unter anderem für Absolventen des zweiten Bildungswegs und für Personen, die aus familiären Gründen an einer früheren Aufnahme der Ausbildung gehindert wurden.

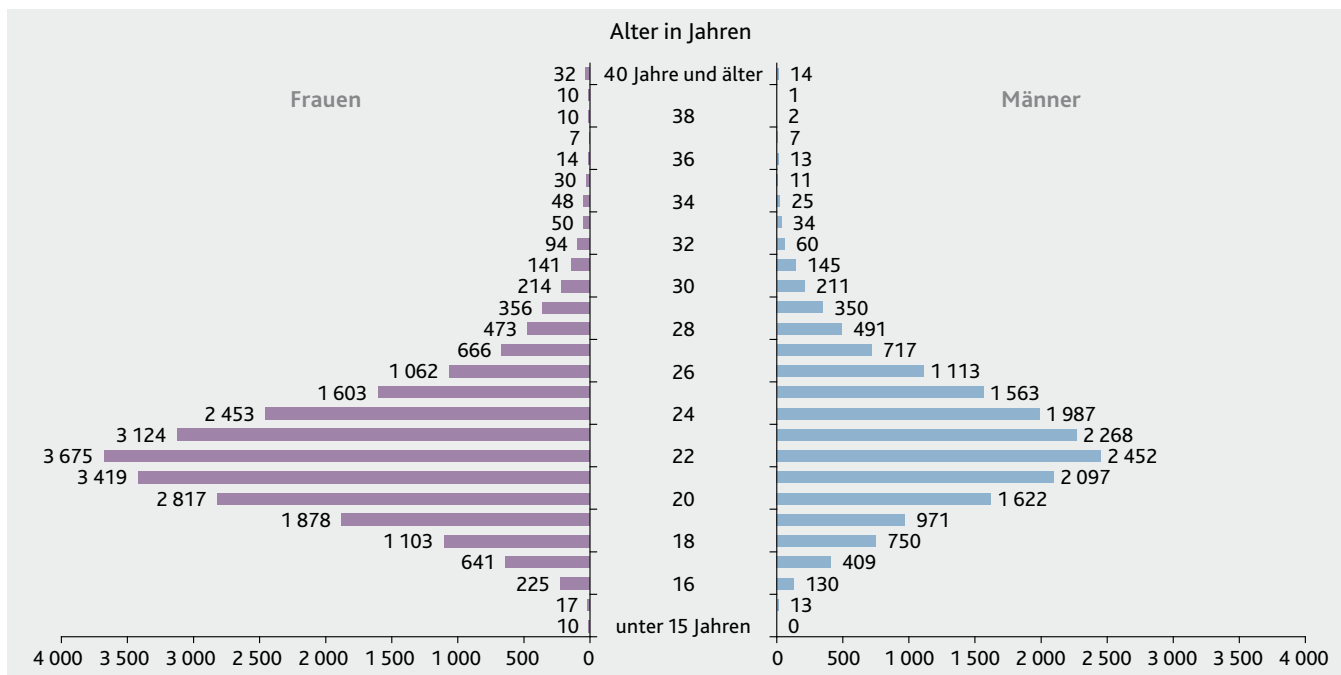
Im Jahr 2010 waren 86 Prozent der geförderten Schülerinnen und Schüler unter 25 Jahre alt. Bei den Studierenden lag dieser Anteil aus naheliegenden Gründen etwas niedriger (73 Prozent). Im Durchschnitt waren die weiblichen geförderten Studierenden etwa ein halbes Jahr jünger als die männlichen. Da dieser Unterschied vor allem durch die Ableistung des Wehr- oder Zivildienstes bedingt ist, kann davon ausgegangen werden, dass sich das Durchschnittsalter der weiblichen und männlichen Geförderten in den nächsten Jahren angleichen wird.

Wenige Geförderte mit Kindern

Seit dem Jahr 2009 erhalten die BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger einen

G 6

Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen Bundesausbildungsförderungsgesetz 2010 nach Alter und Geschlecht



Fast 1 200 Personen erhielten Kinderbetreuungszuschuss

Zuschuss in Höhe von 113 Euro pro Monat, wenn ein eigenes Kind unter zehn Jahren mit im Haushalt lebt, sowie 85 Euro für jedes weitere Kind. Diese Förderung beinhaltet keinen Darlehensanteil und muss daher nicht zurückgezahlt werden. Im Jahr 2010 fielen nur wenige Geförderte unter diese Regelung. Lediglich 1184 Personen erhielten den Zuschlag für die Erziehung eines oder mehrerer eigener Kinder. Das waren 2,8 Prozent der Geförderten.

Mehr als 122 Millionen Euro Fördervolumen

91 Millionen für die Studierendförderung

Das BAföG wird seit dem Jahr 1990 zu 65 Prozent vom Bund und zu 35 Prozent von den Ländern finanziert. Für die Förderung in Rheinland-Pfalz wendeten Bund und Land im Jahr 2010 insgesamt mehr als 122 Mil-

lionen Euro auf. Drei Viertel der Zahlungen gingen an Studierende (91 Millionen), an Schülerinnen und Schüler wurden 31 Millionen ausgezahlt.

Insgesamt stieg das Fördervolumen gegenüber dem Jahr 2009 um 11 Millionen Euro (+9,8 Prozent). Gegenüber dem Jahr 2000 war ein Zuwachs von 74 Millionen zu verzeichnen (+152 Prozent).

In Form von Zuschüssen wurden im vergangenen Jahr 77 Millionen Euro ausgezahlt (63 Prozent), 45 Millionen Euro flossen als Darlehen.

Soziale Herkunft beeinflusst Wahrscheinlichkeit der Aufnahme eines Studiums

Wie die Zahlen der „19. Sozialerhebung“ zeigen, hängt die Wahrscheinlichkeit eines Kindes zu studieren auch heute noch entscheidend von seiner Herkunft ab. Im Jahr 2007 nahmen 71 Prozent der Kinder, deren Vater² über einen Hochschulabschluss ver-

2 Genau genommen wird in der Studie nicht der Vater, sondern die sogenannte „Familienbezugsperson“ betrachtet. Dies ist in Familienhaushalten in der Regel zwar der Vater, in Alleinerziehendenhaushalten in der Regel allerdings die Mutter. Aus sprachlichen Gründen wird im Text auf die Verwendung des Begriffes „Familienbezugsperson“ verzichtet.

fügte, selbst ein Studium auf. Demgegenüber schafften von hundert Kindern nicht-akademisch gebildeter Väter nur 24 den Sprung an die Hochschule.

Ursächlich hierfür ist ein Selektionsprozess, der lange vor der Entscheidung für ein Hochschulstudium einsetzt und von Kindern aus Familien ohne akademische Vorbildung offenbar weniger erfolgreich durchlaufen wird. Die erste Hürde bildet der Wechsel von der Grundschule auf weiterführende Schulen, die zur Hochschulzugangsberechtigung führen. Weitere Schwellen sind der Übergang in die gymnasiale Oberstufe und das Erlangen der Hochschulzugangsberechtigung. Nachdem die jungen Menschen schließlich die Studienberechtigung erlangt haben, entscheidet sich dann nur ein Teil von ihnen für die Aufnahme eines Studiums. Die letzte Hürde stellt folglich die Umsetzung der Studienberechtigung dar. Auch hier gibt es Unterschiede zwischen Kindern, die aus Akademikerhaushalten stammen und jenen, deren Eltern nicht über eine akademische Bildung verfügen. Nach den Ergebnissen der letzten „Sozialerhebung“ nahmen zum Jahr 2007 insgesamt 88 Prozent der Studienberechtigten aus Akademikerfamilien ein Studium auf, bei Jugendlichen aus

Nichtakademikerfamilien waren es lediglich 53 Prozent.

Fazit

Bereits seit 40 Jahren tragen die Leistungen nach dem BAföG dazu bei, Kindern aus sozial schwächeren Haushalten den Zugang zu höherer Bildung zu erleichtern und die Chancengleichheit zu fördern.

Die Steuerungsmöglichkeiten durch das BAföG sind allerdings begrenzt, insbesondere weil die finanzielle Unterstützung erst relativ spät in die Bildungsverläufe derer eingreift, die gefördert werden sollen. Eine wichtige Bedeutung hat das BAföG vor allem für jene jungen Menschen, die die ersten Hürden des Bildungswesens bereits genommen haben. Ihnen kann es den Weg zum Hochschulabschluss erleichtern bzw. ermöglichen.

Die Förderung der Chancengleichheit in früheren Bildungsphasen erfordert allerdings alternative Handlungsansätze.

Bettina Link, Diplom-Soziologin,
Mag. rer. publ. leitet das Referat
Bildung.

Haushalte und Familien 2010

Durchschnittlich 2,1 Personen in jedem Haushalt



Von Christine Schomaker

Immer mehr Menschen leben in Lebensgemeinschaften, als allein-erziehende Elternteile oder als Alleinstehende, d. h. ohne Ehe- oder Lebenspartner/in und ohne Kinder im eigenen Haushalt. Bei den Familien gewinnen alternative Formen des Zusammenlebens zunehmend an Bedeutung, die Zahl der traditionellen Familien geht zurück. Anhand der Zahlen von 2000 und 2010 werden in diesem Beitrag die Strukturen und Entwicklungen der Haushalte und Familien sowie Änderungen der Lebensverhältnisse verdeutlicht.

Die Datengrundlage ist der Mikrosensus. Seit 1957 liefert die größte jährliche Haushaltsbefragung in Deutschland und Europa differenzierte Daten über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt. Die Ein-Prozent-Stichprobenerhebung, in die in Rheinland-Pfalz jährlich rund 18 000 Haushalte einbezogen werden, gibt unter anderem Aufschluss über die Zahl und die Zusammensetzung der Haushalte sowie der Familien.

Privathaushalte werden immer kleiner

Im Jahr 2010 wohnten in Rheinland-Pfalz gut 4 Millionen Menschen. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung am Haupt- und Nebenwohnsitz lebt in einem Privathaushalt. Als (Privat-)Haushalt zählt jede zusammenwohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaft (Mehrpersonenhaushalte) sowie Personen, die allein wohnen und wirtschaften (Einpersonenhaushalte).

Mit gut 43 000 Personen bewohnte lediglich ein kleiner Teil der Bevölkerung 2010

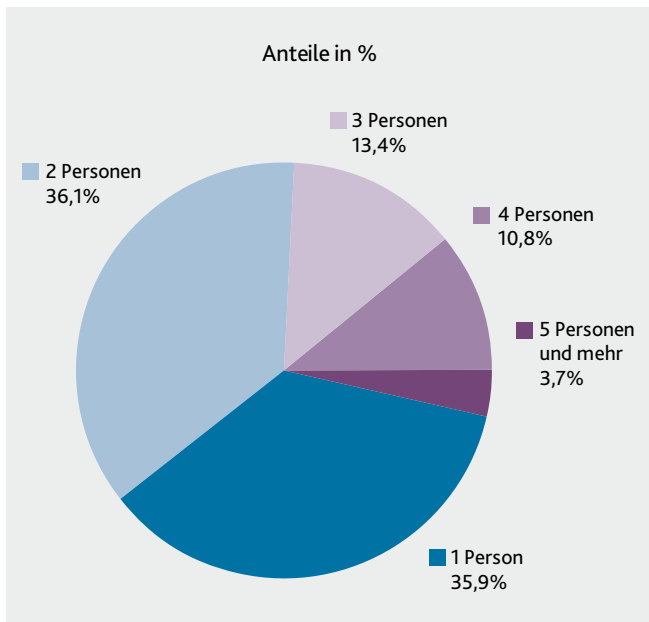
eine sogenannte Gemeinschaftsunterkunft. Hierzu zählen beispielsweise Altersheime und Altenpflegeheime sowie ähnliche Einrichtungen.

Trotz rückläufiger Entwicklung der rheinland-pfälzischen Bevölkerung zwischen 2000 und 2010 stieg die Zahl der Privathaushalte in diesem Zeitraum um 3,2 Prozent auf rund 1,9 Millionen. Folglich wohnen in den Haushalten immer weniger Menschen. Ein rheinland-pfälzischer Haushalt bestand im Jahr 2010 durchschnittlich aus 2,1 Personen, 2000 waren es noch 2,2 Personen.

Der Trend zu kleineren Haushalten hält an

G 1

Haushalte 2010 nach Haushaltsgröße



Die Zusammensetzung der Haushalte in Rheinland-Pfalz hat sich im letzten Jahrzehnt deutlich verändert. So trugen zum Zuwachs der Haushalte insgesamt insbesondere die Ein- und Zweipersonenhaushalte bei, deren Zahl zwischen 2000 und 2010 um jeweils zehn Prozent gestiegen ist. Insgesamt stellen die Ein- und Zweipersonenhaushalte im Jahr 2010 jeweils rund 36 Prozent aller Haushalte. Der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen lag bei 28 Prozent.

Zu den Alleinstehenden zählen im Mikrozensus alle Personen, die ohne Ehe- oder Lebenspartner und ohne Kinder leben. Alleinlebende sind ledige, verheiratet getrennt lebende, geschiedene und verwitwete Personen, die in einem Einpersonenhaushalt leben.

Fast ein Drittel der Bevölkerung ab 65 Jahren lebt allein

Noch immer ist das Alleinleben unter der Bevölkerung mit fortgeschrittenem Alter am weitesten verbreitet. Dabei handelt es sich vielfach um ältere Menschen, die z. B. nach dem Tod des Partners allein in einem

Haushalt leben und nicht – wie dies in früheren Zeiten noch durchaus üblich war – mit Kindern oder Enkeln unter einem Dach wohnen. Rund 30 Prozent der Seniorinnen und Senioren ab 65 Jahren lebte 2010 allein. Im Zuge der demografischen Entwicklung nimmt der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe stetig zu. Vor allem die Zahl der allein lebenden Frauen steigt im Alter – unter anderem bedingt durch die höhere Lebenserwartung der Frauen – stark an.

Lediglich 20 Prozent der 20- bis unter 35-jährigen lebten und wirtschafteten 2010 allein. Noch geringer ist der Anteil der Alleinlebenden bei der Gruppe der 35- bis unter 65-jährigen; viele Menschen dieser Altersgruppe lebten mit einem Partner und/oder Kind(ern) zusammen.

Erfassung von Familien im Mikrozensus

Seit seiner erstmaligen Erhebung im Jahr 1957 orientierte sich der Mikrozensus bei der Erfassung familialer Beziehungen am traditionellen Familienkonzept. Mit der Einführung des unterjährigen Mikrozensus im Jahr 2005 wurde das traditionelle Familienkonzept auf das Lebensformenkonzept umgestellt. Der Mikrozensus liefert so unter anderem die Datengrundlage für die Festlegung von Kindergeld- und BAföG-Sätzen.

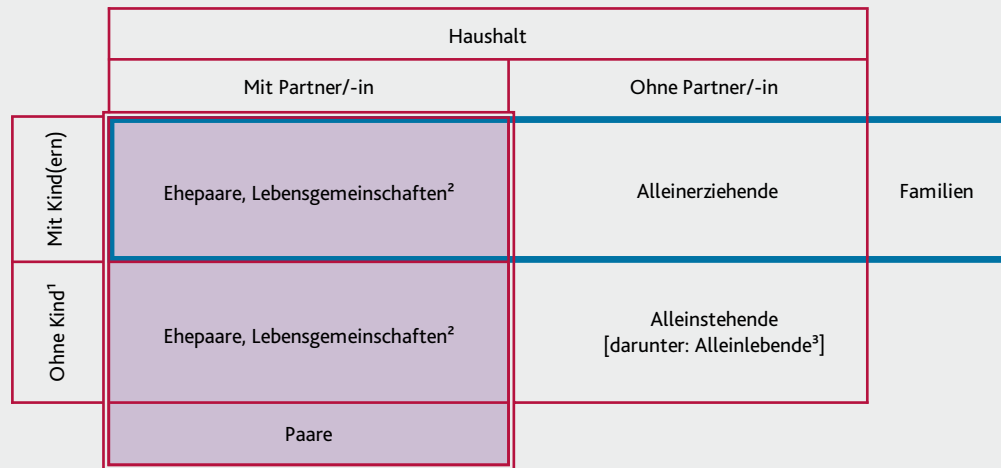
Mit dem Wechsel wurden alternative Lebensformen wie nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften in die Berichterstattung integriert. Ausgehend davon gehören zu den Familien nun alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, d. h. Ehepaare mit ledigen Kindern, (nichteheliche und gleichgeschlechtliche) Lebensgemeinschaften mit ledigen Kindern und Alleinerziehende mit ledigen Kindern.

Familienverbände, die über den Kernhaushalt hinausgehen (wie getrennt wohnende Eltern oder nicht im Haushalt lebende Geschwister), können nicht erfasst werden.

Im Jahr 2005 wurde im Mikrozensus erstmals allen Haushaltsmitgliedern ohne Ehepartner/in im Haushalt die Frage nach einer Lebenspartnerschaft gestellt. Damit können ab dem Mikrozensus 2005 erstmals mehrere Lebensgemeinschaften in einem Haushalt erhoben werden.

G 2

Systematik der Familien und Lebensformen im Mikrosensus



1 Als Kinder zählen ledige Personen (ohne Altersbegrenzung) mit mindestens einem Elternteil und ohne Lebenspartner/-in bzw. eigene ledige Kinder im Haushalt. – 2 Nichteheliche (gemischtgeschlechtliche) und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften. – 3 Einpersonenhaushalte.

Immer seltener leben mehrere Generationen in einem Haushalt zusammen

Immer weniger Mehrgenerationenhaushalte

War das Leben in einer Großfamilie, sei es in einem Haushalt mit drei Generationen oder in einem Zweigenerationenhaushalt mit mehreren Kindern, Mitte des letzten Jahrhunderts noch eine durchaus übliche Form des Zusammenlebens, so ist dies heute eher selten geworden.

Im Jahr 2010 war lediglich jeder dritte Haushalt ein Mehrgenerationenhaushalt¹. In 31 Prozent der Haushalte lebten zwei Generationen unter einem Dach, nur 0,5 Prozent der Haushalte umfasste drei und mehr Generationen. Die Mehrgenerationenhaushalte waren somit fast ausschließlich Zweigenerationenhaushalte.

Auch in Rheinland-Pfalz immer mehr alternative Familienformen

Im Jahr 2010 lebten 51 Prozent der rheinland-pfälzischen Bevölkerung als Elternteil

oder Kind in einer Familie. Nicht zu den Familien zählen Ehepaare ohne Kinder, nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder sowie Alleinstehende. Durch die im Jahr 2005 veränderte Erfassung von Familien (siehe Textkasten „Erfassung von Familien im Mikrosensus“) kann der Mikrosensus besser soziale Entwicklungen abbilden und wird zugleich dem geänderten Verständnis von Familie gerecht. Familien nehmen in der politischen Diskussion einen besonderen Stellenwert ein. Nach Artikel 6, Absatz 1 des Grundgesetzes stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Übereinstimmend wird in Deutschland auch das Zusammenleben mit Kindern generell als besonders schutzbedürftig betrachtet.

Im Jahr 2010 lebten in Rheinland-Pfalz insgesamt 597 400 Familien mit rund 987 000 ledigen Kindern jeden Alters. Im Vergleich zum Jahr 2000 nahm die Zahl der Familien damit um 8,4 Prozent ab.

¹ Haushalte mit geradlinig Verwandten und ggf. weiteren Personen im Haushalt

Der Mikrozensus

Als repräsentative Haushaltsstichprobe liefert der Mikrozensus ein differenziertes Bild über die Strukturen und Veränderungen der Lebens- und Arbeitssituation der Bevölkerung.

Der „kleine Zensus“ stellt als 1-Prozent-Stichprobe permanent sozioökonomische Strukturdaten bereit, die ansonsten nur über Volkszählungen gewonnen werden könnten. Seit 1996 beinhaltet der Mikrozensus sämtliche Erhebungsmerkmale der Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union und liefert damit Ergebnisse zum europaweiten Vergleich der Strukturen und Entwicklungen auf den europäischen Arbeitsmärkten.

Der Mikrozensus bietet eine breit gefächerte Datenbasis für Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit und hat damit einen wesentlichen Anteil am System der amtlichen Statistik. Durch die Vielfalt der Merkmalskombinationen auf Personenebene und durch die Abbildung des Haushalts- und Familienzusammenhangs bietet er ein großes Potenzial an statistischen Informationen. So erfasst der Mikrozensus jährlich unter anderem Angaben zu Erwerbstätigkeit, Bildung usw. In vierjährigen Abständen werden themenspezifische Zusatzerhebungen, u. a. zum Arbeitsweg der Erwerbstätigen, Wohnsituation oder Krankenversicherung durchgeführt.

In Rheinland-Pfalz sind jedes Jahr etwa 18 000 Haushalte mit rund 40 000 Personen in die Erhebung einbezogen, bundesweit sind es rund 390 000 Haushalte mit etwa 830 000 Personen. Die Erhebung der Daten für den Mikrozensus erfolgt grundsätzlich über persönliche Befragungen durch Interviewerinnen und Interviewer (in Rheinland-Pfalz rund 200). Seit 2005 werden flächendeckend Laptops als zentrales Erhebungsinstrument eingesetzt.

Wie bei jeder Stichprobenerhebung können auch hier Zufallsfehler entstehen. Bei stark besetzten Merkmalen ist dieser Fehler nur von geringer Bedeutung. Um auf die eingeschränkte Aussagekraft hinzuweisen, werden Ergebnisse mit einer hochgerechneten Besetzung von unter 10 000 Personen in veröffentlichten Tabellen geklammert und Ergebnisse unter 5 000 nicht veröffentlicht.

Im Rahmen der Hochrechnung erfolgt eine Anpassung an Eckwerte der laufenden Bevölkerungsfortschreibung und des Ausländerzentralregisters. Die Entwicklung von Haushalten und der Lebensformen der Bevölkerung folgt im Allgemeinen langfristigen gesellschaftlichen Trends, die üblicherweise keine großen Sprünge im Zeitverlauf aufweisen. Im vorliegenden Aufsatz werden daher ausschließlich Jahresdurchschnittswerte präsentiert.

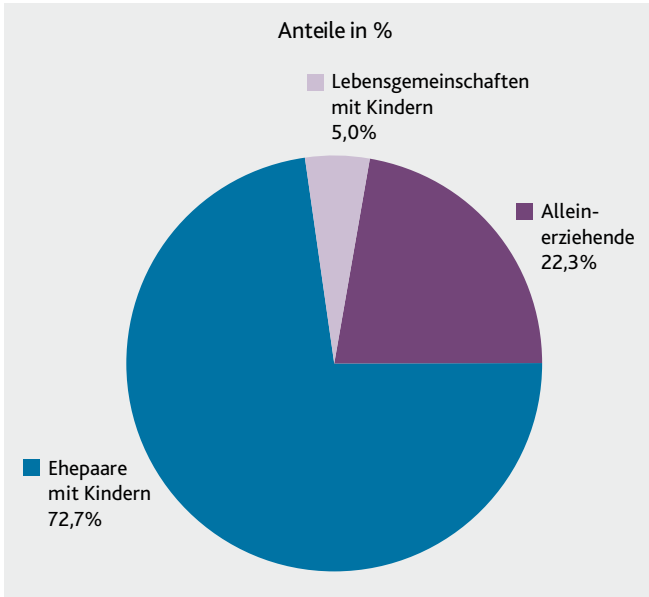
Grundlage für die Auswahl der zu befragenden Haushalte sind immer noch die Ergebnisse der Volkszählung 1987. Darüber hinaus werden aber Veränderungen des Gebäudebestandes infolge von Abrissen, Neubauten und Umbauten durch die Heranziehung der Bautätigkeitsstatistik laufend berücksichtigt.

Das aktuelle Gesetz, das 2005 in Kraft trat, ist bis einschließlich 2012 gültig. Für den Mikrozensus nach 2012 wird der registergestützte Zensus 2011 von hoher Bedeutung sein: Mit den Ergebnissen des Zensus wird man für den Mikrozensus eine neue Stichprobenauswahl durchführen können.

Von den Ergebnissen des Mikrozensus wird ein hohes Maß an Genauigkeit und Zuverlässigkeit erwartet. Dabei ist die Einhaltung des Auswahlplans von grundlegender Bedeutung, d. h. alle zufällig ausgewählten Einheiten sind auch zu berücksichtigen. Um die Zahl der Ausfälle so klein wie möglich halten zu können, ist für den Mikrozensus grundsätzlich Auskunftspflicht vorgesehen.

G 3

Familien 2010



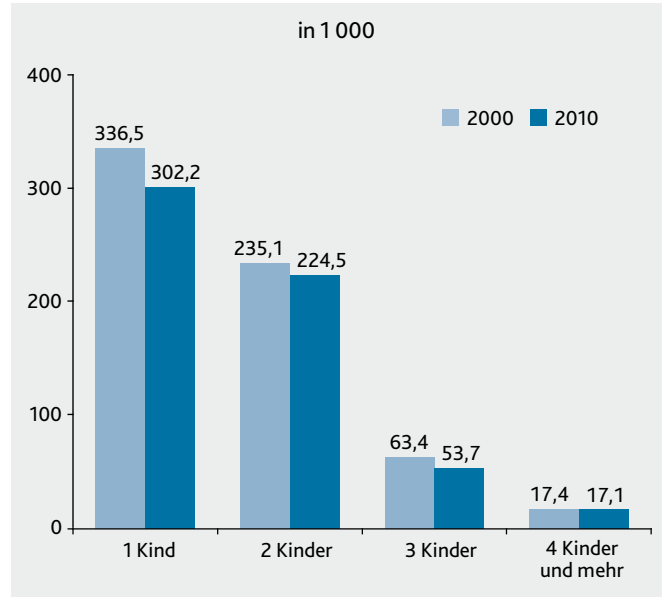
Anteil alternativer Familienformen nimmt zu

Hinter den rückläufigen Familienzahlen stehen unterschiedliche Entwicklungen bei den einzelnen Familienformen. Während die Zahl traditioneller Familien – Ehepaare mit Kind(ern) – sank, erhöhte sich die Zahl alternativer Familienformen, zu denen Alleinerziehende und Lebensgemeinschaften mit Kindern gerechnet werden. Im Jahr 2010 gehörten 27 Prozent der Familien zu diesen Formen des Zusammenlebens. Obwohl die traditionelle Familie nach wie vor überwiegt, nahm ihr Anteil von 79 Prozent im Jahr 2000 auf 73 Prozent im Jahr 2010 ab.

In den vergangenen Jahrzehnten veränderte sich die Bedeutung verschiedener Formen des partnerschaftlichen Lebens innerhalb der Bevölkerung deutlich. Als ursächlich für den Wandel können dabei unter anderem die weitgehende Akzeptanz nichtehelicher Lebensformen, der Alterungsprozess der Bevölkerung sowie die Zunahme von Scheidungen und Trennungen betrachtet werden. Zudem leben Menschen im Laufe ihres Lebens zunehmend in unterschiedlichen Lebensformen.

G 4

Familien 2000 und 2010 nach der Zahl der Kinder



Immer weniger Kinder

Nicht nur die Zahl der Familien nahm innerhalb des Vergleichszeitraums ab, auch die der Kinder sank deutlich (-8 Prozent). Im Mittel lebten 2010 in jeder Familie 1,65 Kinder.

1,65 Kinder pro Familie

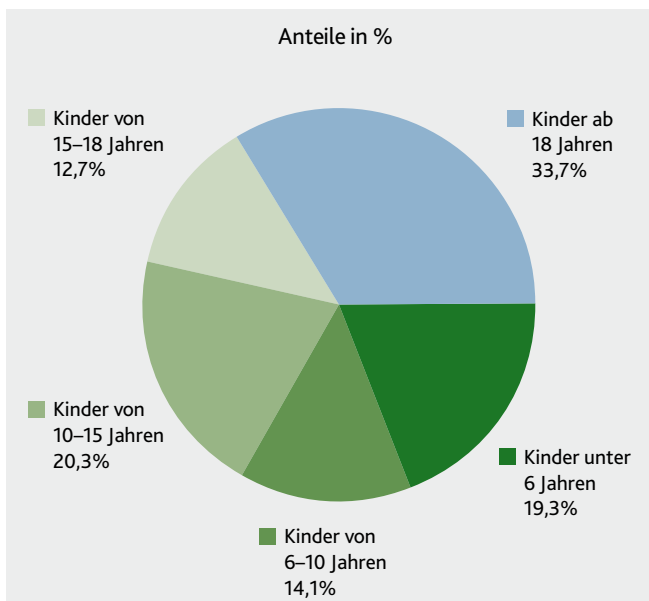
Dabei lebte in gut der Hälfte der rheinland-pfälzischen Familien 2010 nur ein Kind im gemeinsamen Haushalt. In den übrigen Familien wachsen Kinder mit mindestens einem Geschwisterkind auf; 38 Prozent der Familien haben zwei, zwölf Prozent drei oder mehr Kinder. In den letzten zehn Jahren blieb diese Verteilung, bei zurückgehender Zahl der Familien, nahezu unverändert. Insgesamt besteht die rheinland-pfälzische Durchschnittsfamilie aus 3,4 Personen.

Immer weniger Großfamilien in Rheinland-Pfalz

Die Zahl der Familien mit Kindern unter 18 Jahren sank zwischen 2000 und 2010 um 47 600 auf 401 400. Insgesamt lebten in Rheinland-Pfalz 2010 mehr als 654 200 Kinder unter 18 Jahren. Das sind 66 Prozent aller im Mikrozensus als Kinder identifizierten Personen. Mehr als 19 Prozent sind jünger als sechs Jahre.

G 5

Kinder 2010 nach dem Alter



85 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen

Alleinerziehende stellen einen immer größer werdenden Teil der Familien. Als alleinerziehende Elternteile zählen im Mikrozensus Mütter und Väter, die ohne Ehe- oder Lebenspartner(in) mit ihren minder- oder volljährigen ledigen Kindern in einem Haushalt zusammenleben. Insgesamt gab es in Rheinland-Pfalz im Jahr 2010 rund 133 500 alleinerziehende Elternteile.

22 Prozent aller Familien sind alleinerziehende Mütter oder Väter mit ihren Kind(ern)

Mit einem Anteil von 85 Prozent sind es dabei immer noch vorwiegend Mütter, die ihre Kinder ohne Partner großziehen.

Die meisten Alleinerziehenden haben nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2010 nur ein Kind (66,5 Prozent), ein Viertel (25,5 Prozent) kümmert sich allein um zwei Kinder. Die durchschnittliche Kinderzahl von Alleinerziehenden liegt bei 1,44.

Bei den alleinerziehenden Elternteilen leben in vielen Fällen ältere Kinder: 43,4 Prozent der bei Alleinerziehenden lebenden Kinder

sind bereits volljährig. Dagegen sind lediglich 13 Prozent jünger als sechs Jahre, zwölf Prozent sind zwischen sechs und zehn Jahre alt, 19 Prozent zwischen zehn und 15 Jahren und zwölf Prozent zwischen 15 und 18 Jahren.

Nach wie vor ist eine Scheidung die häufigste Ursache, warum Mütter und Väter ihre Kinder allein aufziehen. Im Jahr 2010 waren 43,4 Prozent der Alleinerziehenden geschieden. Der Tod des Ehepartners ist bei 22 Prozent der vermutliche Grund, dass sie ihre Kinder allein aufziehen müssen.

Zahl der Paare ohne Kinder nimmt zu

Die Zahl der Paare ohne Kinder stieg in den letzten Jahren kontinuierlich. Im Jahr 2010 lebten im Land rund 578 000 Paare ohne ledige Kinder. Der überwiegende Teil der Paare ohne Kinder besteht allerdings aus älteren Personen, deren erwachsene Kinder den elterlichen Haushalt bereits verlassen haben. Gerade bei jungen Paaren verzögert sich häufig – unter anderem bedingt durch längere Ausbildungszeiten – der Zeitpunkt der Eheschließung sowie der Geburt des ersten Kindes.

Deutlich zugenommen hat in den letzten Jahren auch das unverheiratete Zusammenleben in einer nichtehelichen oder gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft. Dennoch bleibt die Ehe für Paare die am häufigsten gewählte Form des Zusammenlebens: 87 Prozent aller Paare ohne Kinder im Land sind verheiratet.

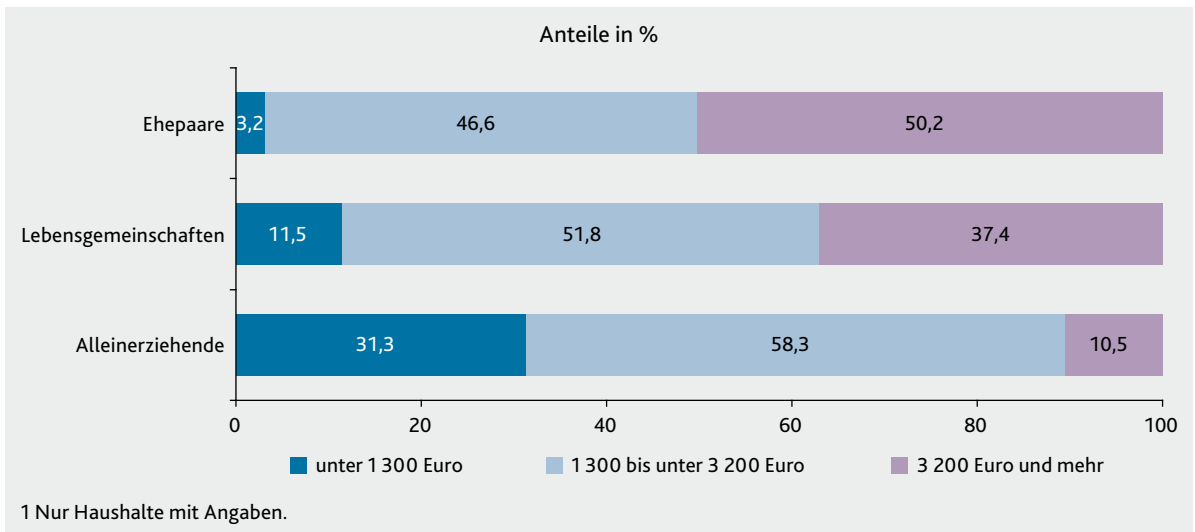
Ehe weiterhin häufigste Form des Zusammenlebens für Paare

Alleinerziehende häufig mit geringem Einkommen

Neben der sozialen ist auch die wirtschaftliche Lage von Familien zur Beurteilung der Gesamtsituation bedeutsam. Mit den verschiedenen Familienformen gehen auch unterschiedliche Möglichkeiten der Erwerbsbeteiligung einher. Das monatliche

Jede 10. Familie hat monatlich weniger als 1 300 Euro

G 6 Familien 2010 nach dem monatlichen Nettoeinkommen¹



Nettoeinkommen lag 2010 bei jeder zehnten Familie in Rheinland-Pfalz (9,8 Prozent) unter 1 300 Euro. 16 Prozent der Familien verfügten monatlich über 1300 bis 2 000 Euro, 34 Prozent über 2 000 bis 3 200 Euro und 41 Prozent über 3 200 Euro und mehr.

Dabei gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Familienformen: Vor allem Alleinerziehende sind oft besonderen finanziellen Belastungen ausgesetzt. Während 31 Prozent aller Alleinerziehenden mit einem Einkommen von unter 1300 Euro auskommen müssen, liegt der entsprechende Anteil bei Ehepaaren mit Kindern nur bei 3,2 Prozent.

Bei 64,5 Prozent der Familien mit zwei Elternteilen und Kindern unter 18 Jahren gingen beide Partner einer Erwerbstätigkeit nach. Lediglich einer der beiden Partner arbeitete bei 31 Prozent der Paare mit Kindern unter 18 Jahren. Von den Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern gingen 74 Prozent einer Erwerbstätigkeit nach. Dabei wird die Beteiligung am Erwerbsleben bei Alleinerziehenden maßgeblich vom Alter der Kinder bestimmt: Alleinerzie-

hende, die Kinder unter sechs Jahren großziehen, sind seltener erwerbstätig als Alleinerziehende mit älteren Kindern.

Fazit

Die amtliche Statistik verfügt durch den Mikrosensus über wichtige Daten zu Haushalten und Familien sowie deren Struktur und Veränderung im Zeitverlauf. In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten vollzogen sich bedeutsame Wandlungen: Während die Zahl der Alleinlebenden steigt, geht die Zahl der Familien deutlich zurück. Auch haben im Zeitverlauf die „alternativen“ Familienformen – dazu zählen Alleinerziehende und nicht-eheliche oder gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften mit Kindern – immer mehr an Bedeutung gewonnen. Der Großteil der Familien lebt aber nach wie vor in der traditionellen Familienform des Ehepaares mit Kind(ern).

Christine Schomaker, Diplom-Soziologin, leitete das Referat Mikrosensus, Verdienste, Preise, Haushalts-erhebungen.

74 Prozent der Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern gehen einer Erwerbstätigkeit nach

Rheinland-Pfalz regional: Pirmasens



Von Dr. Stefan Weil

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der kreisfreien Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz wird durch unterschiedliche strukturelle Rahmenbedingungen geprägt. In der Aufsatzreihe „Rheinland-Pfalz regional“ werden die zwölf kreisfreien Städte und die 24 Landkreise jeweils einer regionalstatistischen Analyse unterzogen. Als Basis dienen standortrelevante Daten und Indikatoren unter anderem aus den Bereichen Bevölkerung, Wirtschaft, Tourismus und Arbeitsmarkt. Dieser Beitrag befasst sich mit der ehemaligen Schuhmetropole Pirmasens.

Pirmasens – die „deutsche Schuhmetropole“

Die Stadt Pirmasens wurde um 860 erstmals als „Pirminiseusna“ urkundlich erwähnt. Ihr Name geht wohl auf den Wandermönch Pirminius zurück, der unter anderem die Pfalz missionierte und 742 im nahe gelegenen Hornbach ein Kloster gründete. Die Entwicklung der Stadt war über fast zwei Jahrhunderte hinweg vom Schuhhandwerk bzw. der Schuhindustrie geprägt. Die Stadt entwickelte sich in dieser Zeit zu einer deutschen Schuhmetropole. Es soll Zeiten gegeben haben, in denen jeder dritte Schuh in Deutschland aus Pirmasens stammte.¹ Umso stärker war die Stadt vom Strukturwandel betroffen, als der Wegfall von Importzöllen auf Schuhe Anfang der 60er-Jahre den Niedergang der Schuhindustrie – nicht nur in Pirmasens – einläutete und damit die wirtschaftliche Entwick-

lung der letzten fünf Jahrzehnte wesentlich bestimmt hat.

Die Bevölkerungsentwicklung der Stadt ist damit eng verwoben. Anfang des 17. Jahrhunderts lebten wahrscheinlich noch um die 200 Menschen in Pirmasens. Der Dreißigjährige Krieg (1618–1648) sowie der Pfälzische Erbfolgekrieg (1688–1697) hatten die Dorfbevölkerung nahezu vollständig ausgelöscht. Bereits in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde jedoch wieder der Bevölkerungsstand vor dem Dreißigjährigen Krieg erreicht.

Einen starken Bevölkerungszuwachs konnte Pirmasens in der Zeit der Zugehörigkeit zur Landgrafschaft Hessen-Darmstadt (1735–1790) verzeichnen. In dieser Zeit wurden dem Ort – unter dem Erbprinzen und späteren Landgrafen Ludwig IX. – die Stadtrechte verliehen und eine Residenz sowie eine Garnison eingerichtet. Die Ein-

Entwicklung der Stadt lange Zeit von der Schuhherstellung geprägt

Erster Bevölkerungsboom in der Garnisonsstadt

¹ Siehe <http://www.kulturland.rlp.de>

wohnerzahl stieg als Folge der hoheitlichen und militärischen Präsenz auf etwa 9 000 Personen an. Nach dem Tod des Landgrafen im Jahr 1790 wurde die Garnison aufgelöst. Die verbliebenen Soldaten wurden arbeitslos. In der Folge ging die Bevölkerung um mehr als die Hälfte zurück. Bis 1814 gehörte Pirmasens zu Frankreich und war Sitz eines Kantons im Département Donnersberg.

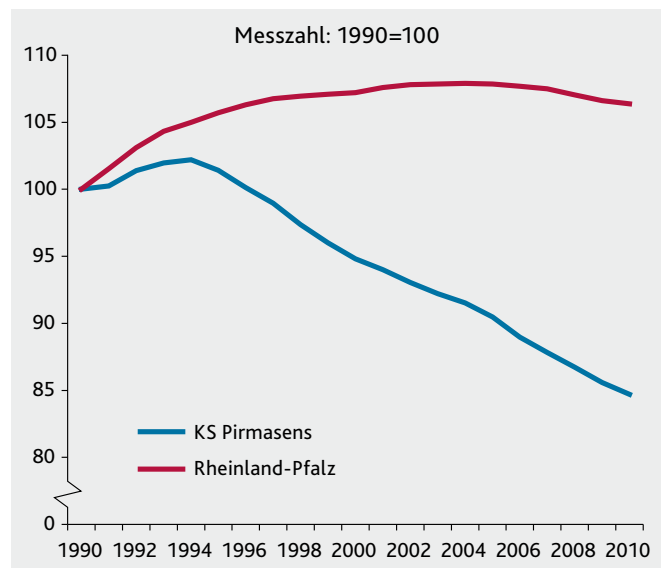
Als die am Ort verbliebenen Soldaten begannen, aus alten Uniformen Schuhe herzustellen und erfolgreich mit ihnen zu handeln, prosperierte die Stadt wieder und die Bevölkerungszahl stieg stark an. Nach dem Wiener Kongress (1816) – Pirmasens gehört nun (bis zur Gründung des Landes Rheinland-Pfalz im Jahr 1946) mit der gesamten linksrheinischen Pfalz zu Bayern – zählt die Stadt rund 6 600 Einwohner.

Industrialisierung von Bevölkerungszuwachs begleitet

Betriebe zur Herstellung der benötigten Maschinen und Materialien (Klebstoffe, Farben) siedelten sich an. Die zunehmende Industrialisierung der Schuhfertigung zieht weitere Arbeitskräfte nach Pirmasens und begünstigt den Aufbau von Schuhfabriken, von denen heute allerdings nur noch wenige bestehen. Bei der Volkszählung 1871 hatte die Einwohnerzahl die 10 000er-Marke bereits überschritten und bis 1905 hatte sie sich mehr als verdreifacht (37 800 Einwohner). Bis zum Höchststand Anfang der 60er-Jahre ergab sich nochmals nahezu eine Verdoppelung der Bevölkerungszahl (fast 61 000 Einwohner wurden beim Zensus 1961 gezählt). Danach war die Bevölkerungsentwicklung – mit einer kurzen Unterbrechung im Zusammenhang der Wiedervereinigung und Öffnung der Grenzen in Ost- und Mitteleuropa Ende der 80er- und Anfang der 90er-Jahre – stark rückläufig. Wesentlicher Auslöser des Bevölkerungsrückgangs in die-

G 1

Bevölkerung 1990–2010



ser Zeit war der Niedergang der Schuhindustrie. Seit 1995 konnte in keinem Jahr mehr ein Zuwachs verbucht werden. Ende des Jahres 2010 lag die Bevölkerungszahl der Stadt bei 40 400 Personen. Damit ging die Bevölkerung seit Ende 1961 um fast ein Drittel zurück. Pirmasens ist gegenwärtig nach Zweibrücken (33 900 Einwohner) die kleinste unter den kreisfreien Städten des Landes.

Bereits in der ersten Hälfte der 80er-Jahre war der durch den Strukturwandel induzierte Bevölkerungsrückgang weitgehend abgeschlossen. Die Defizite in der Wanderungsbilanz hielten sich danach in überschaubaren Grenzen. Lediglich in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre stieg das Wanderungsdefizit vorübergehend nochmals deutlich an. Dabei dürfte es sich jedoch um eine Nachwirkung der bereits erwähnten Zuzugswelle gehandelt haben. Mit einem Zeitverzug von etwa zwei Jahren stiegen die Fortzüge deutlich an und nach 1995 sind sie weniger stark gefallen als die Zuzüge. Die Zuzüge blieben

Deindustrialisierung hat Rückgang der Bevölkerungszahl zur Folge

bis 2005 auf einem relativ hohen Niveau, sodass zwischen 2000 und 2005 der Wanderungssaldo weitgehend ausgeglichen war. Dies könnte darauf hinweisen, dass die Stadt für das Gros der in dieser Zeit Zugezogenen nicht attraktiv genug war, sich dauerhaft dort anzusiedeln.

Bei den unter 21-Jährigen waren die Fortzüge bereits vor 1980 deutlich rückläufig. Zwar waren hier die Zuzüge ebenfalls noch rückläufig, allerdings blieben die Abnahmeraten bis in die zweite Hälfte der 80er-Jahre fast unverändert unter denen der Fortzüge, sodass bereits in der ersten Hälfte der 80er-Jahre positive Wanderungssalden erzielt wurden. Auch nach der Zuzugswelle und ihrer Nachwirkungen entwickelte sich die Wanderungsbilanz der unter 21-Jährigen durchaus positiv. Zwischen 2001 und 2005 verbuchte diese Altersgruppe Wanderungsüberschüsse. Inwiefern der 1989 in Pirmasens eingerichtete Standort der Fachhochschule Kaiserslautern bei der Entwicklung eine Rolle gespielt hat, lässt sich jedoch kaum abschätzen. Erfahrungsgemäß richtet nur ein geringer Teil der Studentinnen und Studenten am Studienort einen Erstwohnsitz ein. In anderen kreisfreien Städten hat die Einführung einer Zweitwohnsitzsteuer jedenfalls zu einem deutlichen Anstieg der „Zuzüge“ geführt. Pirmasens hat jedoch bislang auf die Einführung einer solchen Steuer verzichtet.

Im Gegensatz zu den Jüngeren konnten bei den 21- bis unter 65-Jährigen die positiven Wanderungssalden nach Abebben der Zuzugswelle nicht mehr aufrechterhalten werden. Bereits im Jahr 1995 zogen wieder mehr Menschen fort als zu. Hier dürfte das begrenzte Arbeitsplatzangebot in der Stadt und in der Region eine entscheidende Rolle gespielt haben.

Obwohl weiterhin tendenziell negativ, spielt der Wanderungssaldo im Hinblick auf die Entwicklung der Bevölkerung im Vergleich mit der Zeit bis Anfang der 80er-Jahre nicht mehr die wesentliche Rolle. Vielmehr bestimmt immer stärker das in den vergangenen 15 Jahren ansteigende Geburtendefizit den Prozess der Schrumpfung. Nachdem die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter vorübergehend anstieg und sich dadurch – bei nahezu konstanter Geburtenrate – die Zahl der Geburten deutlich erhöhte (um 30 Prozent zwischen 1985 und 1992), fiel die Zahl der Geburten seit 1992 um 43 Prozent. Im Jahr 2010 kamen in Pirmasens nur 294 Kinder zur Welt. Die Geburtenrate liegt in der Stadt gegenwärtig bei etwa 1,4 Kindern je Frau im Alter von 15 bis unter 45 Jahren.

Diese Entwicklungen verfestigten in Pirmasens eine ungünstige Altersstruktur der Bevölkerung: Die Zahl der unter 20-Jährigen nahm seit 1970 um deutlich mehr als die Hälfte ab (–58 Prozent). Dies ist der höchste Rückgang aller Verwaltungsbezirke von Rheinland-Pfalz. Landesweit belief sich der Rückgang in dieser Altersgruppe auf 34 Prozent. Wird mit 1990 bis 2000 ein Zeitraum betrachtet, in dem alle anderen Verwaltungsbezirke eine Zunahme bei der jüngeren Bevölkerung verbuchen konnten (Rheinland-Pfalz: +11 Prozent), war in Pirmasens die Entwicklung negativ (–3 Prozent). Zwischen 1970 und 1990 verringerte sich der Anteil der Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung von 29 auf 19 Prozent. Danach ging er nur mehr leicht zurück (–1,1 Prozentpunkt). Landesweit sank der Anteil über den gesamten Zeitraum von 32 auf 19 Prozent.

Ebenfalls – in Relation zum Rest des Landes – sehr ungünstig verlief die Entwicklung in der

Migration hat als Komponente der Bevölkerungsentwicklung an Bedeutung verloren

Ungünstige Entwicklung der Altersstruktur

Die kreisfreie Stadt Pirmasens

Verwaltungsstruktur und Bevölkerung



Pirmasens ist Teil der Planungsregion Westpfalz. Als Mittelzentrum verfügt die Stadt über Einrichtungen von überörtlicher Bedeutung, darunter Amts- und Arbeitsgericht sowie mehrere Behörden. Die Stadt ist Sitz der Kreisverwaltung des Landkreises Südwestpfalz sowie der Verbandsgemeindeverwaltung Pirmasens-Land. Die Stadt ist in sieben Stadtbezirke unterteilt (Erlenbrunn, Fehrbach, Gersbach, Hengsberg, Niedersimten, Windsberg und Winzeln). Außerdem gehören zur Stadt mit Erlenteich, Horeb, Husterhöhe, Kirchberg, Ruhbank, Schachen, Sommerwald und Winzler Viertel acht ehemals selbstständige, dem

damaligen Landkreis Pirmasens angehörige Ortsteile, die im Zuge der Gemeindereform 1969/72 eingemeindet wurden. In der Stadt leben auf einer Fläche von 61 Quadratkilometern etwa 40 800 Menschen. Damit ist die Bevölkerungsdichte mit 665 Einwohnern je Quadratkilometer deutlich niedriger als im Durchschnitt aller kreisfreien Städte (962 Einwohner je Quadratkilometer). Landesweit beträgt die Bevölkerungsdichte etwa 202 Einwohner je Quadratkilometer. In der Region Westpfalz sind es 171.

Geografische Lage und Flächennutzung

Die Stadt Pirmasens liegt am Westrand des Pfälzerwaldes, umschlossen vom Landkreis Südwestpfalz. Das Stadtgebiet erstreckt sich im Westen über die Westricher Hochfläche im pfälzisch-saarländischen Muschelkalkgebiet. Es ist Teil des UNESCO-Biosphärenreservats Nordvogesen/Pfälzerwald. Von der Bodenfläche des Stadtgebiets sind 38 Prozent bewaldet, 29 Prozent werden für landwirtschaftliche Zwecke genutzt und 32 Prozent dienen als Siedlungs- und Verkehrsfläche.

Als einzige rheinland-pfälzische Messestadt mit internationaler Bedeutung ist Pirmasens über die A 8 verkehrstechnisch an das Saarland, Frankreich und Luxemburg sowie über die A 62 an das deutsche Fernstraßennetz in Richtung Norden angebunden. Die B 10 verbindet die Stadt mit der Rheinschiene. Über das regionale Nahverkehrsschienennetz der Deutschen Bahn erreicht man in östlicher Richtung Landau, in westlicher Richtung Saarbrücken und in nördlicher Richtung Kaiserslautern. Eine direkte Anbindung an das Bahnfernverkehrsnetz besteht nicht mehr. Die Flughäfen Zweibrücken und Saarbrücken sind in weniger als einer halben bzw. dreiviertel Stunde erreichbar.

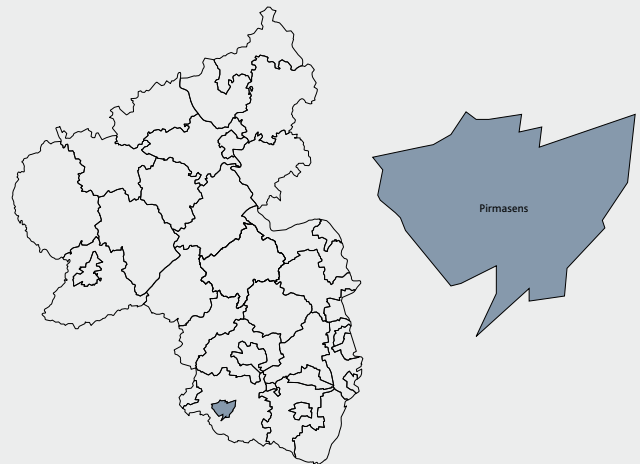
Kultur und Bildung

Die Stadt Pirmasens wurde vor allem durch den Landgrafen Ludwig IX. geprägt. Auch heute gibt es noch Bauwerke, die an seine Regentschaft erinnern. So zum Beispiel der Exerzierplatz und der Carolinensaal auf dem Alten Friedhof, der nach der Frau des Landgrafen benannt ist.

Die Stadt beheimatet sechs – zum Teil überregional bedeutsame – Museen. Dazu gehören u. a. ein Schuhmaschinenmuseum und ein Schuhmuseum sowie das Westwallmuseum.

Seit 1989 ist Pirmasens Standort der Fachhochschule Kaiserslautern mit fachlichen Schwerpunkten in Lederverarbeitung und Schuhtechnik (seit 1996 auch Textiltechnik). Heute sind diese Fächer Bestandteile des Studienganges Produkt- und Prozess-Engineering im Fachbereich Angewandte Logistik- und Polymerwissenschaften. Daneben ist die Stadt Sitz der Deutschen Schuhfachschule.

Datenquellen: Die Daten und Fakten über Pirmasens, die über das Arbeitsprogramm der amtlichen Statistik hinausgehen, stützen sich in erster Linie auf den Internetauftritt der Stadt (www.pirmasens.de).



Altersgruppe der 20- bis unter 65-Jährigen. Das ist die Altersgruppe, die im Wesentlichen die wirtschaftliche Leistung erbringt und die noch nicht oder nicht mehr Erwerbsfähigen versorgt. Die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter verringerte sich seit 1970 um 27 Prozent, während im Landesdurchschnitt die Zahl der Personen in dieser Altersgruppe um ein Fünftel zunahm. Allein im Zeitraum zwischen 1990 und 2000 ist in Pirmasens eine Zunahme um sieben Prozent festzustellen. In dieser Zeit nahm die Zahl der Personen in dieser Altersgruppe landesweit indes um 14 Prozent zu.

Zunahme nur bei den Senioren

Unter den Hauptaltersgruppen konnte einzig die Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren in Pirmasens eine Zunahme verbuchen. Trotz des mit 19 Prozent niedrigsten Anstiegs aller Verwaltungsbezirke (landesweit: +71 Prozent) zwischen 1970 und 2010 ist der Anteil der Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung in der Zeit von 15 auf 25 Prozent gestiegen (Rheinland-Pfalz: von 13 auf 21 Prozent). Gegenwärtig weist Pirmasens den höchsten Anteil an älteren Menschen aller Verwaltungsbezirke des Landes aus.

Jugend- und Altenquotient ...

Werden die Altersgruppen der unter 20-Jährigen bzw. der 65-Jährigen und Älteren auf die Zahl der Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren bezogen, so ergeben sich mit dem Jugend- bzw. dem Altenquotienten zwei Kennzahlen², die die Problematik der Altersstrukturentwicklung deutlich machen: Der Jugendquotient wird als Anhaltspunkt für die Aufwendungen der Gesellschaft zur Erziehung und Bildung der Kinder und Jugendlichen, der Altenquotient als Kennzahl zur Beschreibung von Aufwendungen für Transfers und Infrastruktureinrichtungen

² Die Kennzahlen geben an, wie viele Personen der jeweiligen Altersgruppe (unter 20-Jährige bzw. 65-Jährige und Ältere) auf 100 Personen der Altersgruppe der 20 bis unter 65-Jährigen kommen.

G 2

Aufbau der Bevölkerung 2010 nach Alter und Geschlecht



gen für ältere Menschen herangezogen, die im Wesentlichen durch die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter finanziert werden müssen.

Zwar wurde die erwerbsfähige Bevölkerung durch einen starken Rückgang des Jugendquotienten von 53 (im Jahr 1970) auf heute etwa 30 deutlich „entlastet“ (in Rheinland-Pfalz ging der Wert im Gesamtzeitraum von 58 auf 32 zurück). Im Gegenzug stieg jedoch der Altenquotient sehr stark an. Im Jahr 1970 lag er bei 26, bis 1990 stieg er verhältnismäßig moderat auf 30 an. Weitere 20 Jahre später erreichte er einen Wert von 43. Dies ist der höchste Altenquotient aller Verwaltungsbezirke des Landes. Landesweit hat sich der Altenquotient seit 1970 von 24 auf 34 erhöht.

... verlaufen gegenläufig

Auffallend ist, dass sich der „Gesamtlastquotient“ in dieser Zeit nicht wesentlich verändert hat. Diese Kennzahl ergibt sich durch Summierung des Jugendquotienten und des

Gesamtlastquotient der Erwerbsfähigen unverändert

T 1

Ausgewählte Kennzahlen für die kreisfreie Stadt Pirmasens im Städte- und Landesvergleich

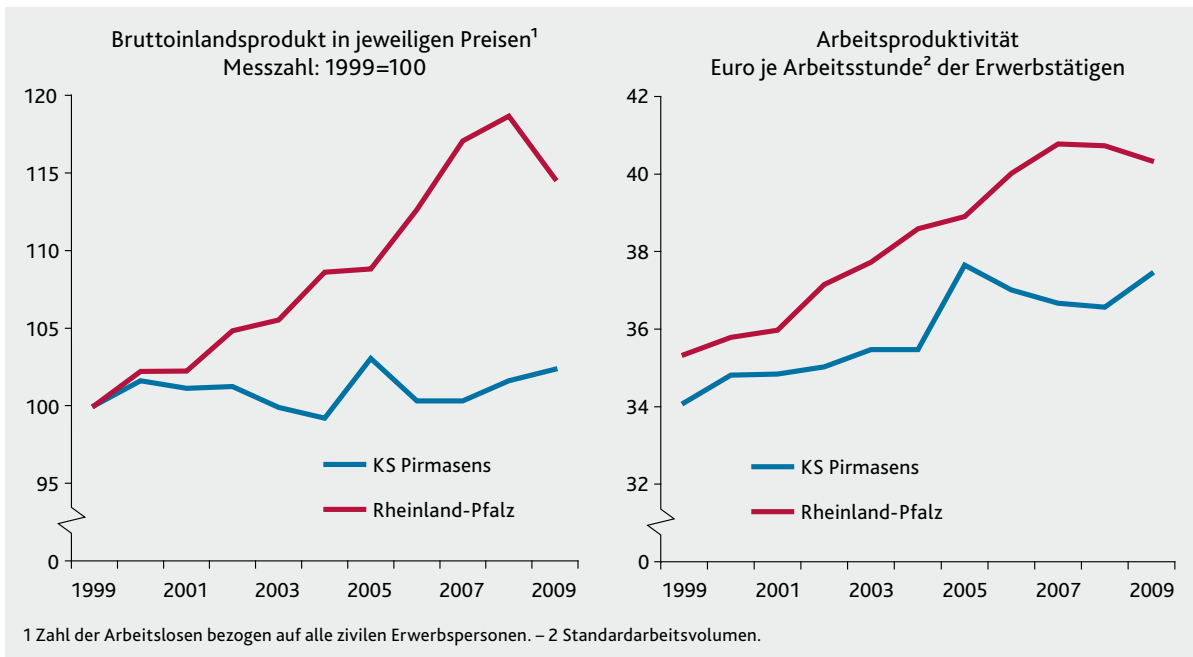
Merkmal	Jahr	Einheit	KS Pirmasens	Kreisfreie Städte zusammen	Rheinland-Pfalz
Bevölkerung	2010	Anzahl	40 384	1 023 633	4 003 745
Veränderung	2000–2010	%	-10,7	1,7	-0,8
	2006–2050	%	-33,7	-14,9	-14,9
Bevölkerungsdichte ¹	2009	Einwohner je km ²	658	962	202
Anteil an der Gesamtbevölkerung					
unter 20-Jährige	2010	%	17,5	17,6	19,1
20- bis unter 65-Jährige	2010	%	57,5	62,3	60,4
65-Jährige und Ältere	2010	%	25,0	20,0	20,6
Jugendquotient (unter 20-Jährige bezogen auf 20- bis 65-Jährige)	2010	je 100 Personen	30,3	28,3	31,6
Altenquotient (65-Jährige und Ältere bezogen auf 20- bis 65-Jährige)	2010	je 100 Personen	43,5	32,1	34,1
Natürlicher Saldo	2010	Anzahl	- 329	-1 846	-11 891
Wanderungssaldo	2010	Anzahl	- 95	4 050	2 839
Verfügbares Einkommen					
	2009	EUR je Einwohner	17 768	17 896	18 637
SGB-II-Quote ²	April 2011	je 100 unter 65-Jährige	18,1	x	7,3
Bruttoinlandsprodukt					
	2009	Mill. EUR	1 359	40 454	102 081
Veränderung	2008-2009	%	0,7	-3,1	-3,4
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen	2009	EUR	52 214	58 055	55 121
Erwerbstätige am Arbeitsort					
	2009	1 000	26,0	696,8	1 851,9
Arbeitsplatzdichte ³	2009	je 1 000 Einwohner	634	683	461
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte					
	2010	Anzahl	19 008	490 784	1 217 744
Arbeitslosenquote ⁴	Aug. 2011	%	13,2	x	5,1
Arbeitslosenquote (15 bis unter 25 Jahre)	Aug. 2011	%	13,7	x	5,3
Gründungsintensität					
	2005-2008	je 10 000 Erwerbsfähige ⁵	36	48	47
Patentdichte	2003-2005	je 100 000 Einwohner	14	62	45
Beschäftigte mit Hochschulabschluss	2010	Anteil in %	5,8	11,4	8,0
Beschäftigte in den Hochtechnologiebranchen	2010	Anteil in %	9,3	18,9	14,7
Beschäftigte in den wissensintensiven Dienstleistungsbranchen	2010	Anteil in %	35,9	44,9	37,4

1 Gebietsstand 31.12.2009. – 2 Zahl der Empfänger von Leistungen nach dem SGB II im März bezogen auf die Bevölkerung im Alter unter 65 Jahren zum 31.12.2009. – 3 Je 1000 Einwohner der Durchschnittsbevölkerung. – 4 Zahl der Arbeitslosen bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. – 5 Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

Quellen: Amtliche Statistik; Gründungsintensität: Mannheimer Unternehmenspanel (ZEW, vormals ZEW-Gründungspanel); Patentdichte: Deutsches Patent- und Markenamt (Hrsg.): Patentatlas Deutschland – Ausgabe 2006, Regionaldaten der Erfindungstätigkeit, München 2006

G 3

Wirtschaftskraft 1999–2009



Altenquotienten. Allerdings weist Pirmasens 2010 landesweit nach dem Landkreis Vulkaneifel (75) den zweithöchsten Wert auf: Während der Gesamtlastquotient 1970 mit 79 gegenüber dem Land (82) noch leicht unterdurchschnittlich war, ist er bis 2010 lediglich auf 74 gesunken. Landesweit nahm der Wert auf 66 ab.

Vorausberechnung: weiterhin ungünstige Entwicklung

Setzt sich der Trend des Bevölkerungsrückgangs, der sich – im Vergleich zu den zum Teil drastischen Schrumpfungsraten in den 60er-, 70er- und 80er-Jahren – stark verlangsamt hat, fort, ist für die Stadt in den nächsten Jahrzehnten mit einer ungünstigeren Bevölkerungsentwicklung zu rechnen als im Landesdurchschnitt. Gemäß der zweiten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes für Rheinland-Pfalz (Basisjahr

2006) ist – unter den Annahmen der mittleren Variante³ – mit einem Rückgang der Bevölkerungszahl bis 2035 auf etwa 32 000 Einwohner (–24 Prozent) zu rechnen (Rheinland-Pfalz: –8,2 Prozent). Bis 2050 könnte sich die Bevölkerungszahl um ein Drittel auf dann 28 000 verringern (Rheinland-Pfalz: –15 Prozent). Das würde prozentual den höchsten Bevölkerungsrückgang aller rheinland-pfälzischen Verwaltungsbezirke bedeuten.

Wirtschaftskraft unter dem Landesdurchschnitt – aber krisenresistent

Als Indikator für die gesamtwirtschaftliche Leistung einer Region wird üblicherweise das Bruttoinlandsprodukt verwendet. Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller Waren und Dienstleistungen die innerhalb eines Jahres erstellt bzw. erbracht worden sind, abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter.

³ Geburtenrate: konstant 1,4 Kinder je Frau bis 2050; Lebenserwartung: bis 2050 um etwa sieben Jahre steigend; Wanderungssaldo: jährlich +5 000.

Pirmasens
Schlusslicht
bei der Wirt-
schaftsleistung

In Pirmasens wurde im Jahr 2009 ein nominales Bruttoinlandsprodukt von 1,36 Milliarden Euro erwirtschaftet. Das waren 1,3 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung des Landes. In den zehn Jahren zuvor hat der Wert der in Pirmasens im Laufe eines Jahres produzierten Güter auf dem Niveau von gut 1,3 Milliarden Euro praktisch stagniert. Gegenüber dem Jahr 2000 ist die Wirtschaftsleistung lediglich um 0,7 Prozent gestiegen. Im langfristigen Vergleich weist die Stadt damit zwar die ungünstigste Entwicklung aller Verwaltungsbezirke auf (Rheinland-Pfalz: +12 Prozent). Allerdings hat sich die Pirmasenser Wirtschaft nach der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 – im Gegensatz zur landesweiten Entwicklung – als sehr krisenresistent gezeigt: Während die Wirtschaftsleistung in Rheinland-Pfalz von 2008 auf 2009 um durchschnittlich 3,4 Prozent zurückging, konnte sie in Pirmasens sogar leicht zunehmen (+0,7 Prozent). Unter den kreisfreien Städten (Durchschnitt: –3,1 Prozent) ist dies das drittbeste Ergebnis.

Arbeitspro-
duktivität als
interregionaler
Vergleichs-
maßstab

Beim regionalen Vergleich der Wirtschaftsleistung erweist es sich als sinnvoll, das Bruttoinlandsprodukt auf das Arbeitsvolumen zu beziehen. Die Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigenarbeitsstunde lässt sich dann als Indikator für die regionale Arbeitsproduktivität interpretieren. Im Gegensatz zur Bezugnahme auf die Zahl der Erwerbstätigen erweist sich dieser Indikator als unempfindlich gegenüber Verzerrungen durch unterschiedlich hohe Anteile an Teilzeitbeschäftigung.

Der langfristige Produktivitätszuwachs der Pirmasenser Wirtschaft fiel unterdurch-

schnittlich aus: Während das Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde zwischen 2000 und 2009 lediglich um 7,5 Prozent auf 37,43 Euro je Arbeitsstunde anstieg (kreisfreie Städte: +9,3 Prozent), legte die Produktivität in Rheinland-Pfalz um fast 13 Prozent zu (2009: 40,34 Euro je Arbeitsstunde). Bei kaum verändertem Bruttoinlandsprodukt ist der Anstieg der Arbeitsproduktivität hauptsächlich auf den Rückgang des in der Stadt angefallenen Arbeitsvolumens zurückzuführen (–6,3 Prozent). Der Rückgang des Arbeitsvolumens wiederum ist weniger der Zunahme von Teilzeitbeschäftigung geschuldet als vielmehr dem vollständigen Wegfall von Arbeitsplätzen.⁴

Die Bedeutung des produzierenden Gewerbes ist in den letzten Jahren weiter stark zurückgegangen. Der Anteil des „sekundären Sektors“ betrug 2009 etwa 21 Prozent (Rheinland-Pfalz: 28 Prozent). Ende der 90er-Jahre belief er sich noch auf etwa 32 Prozent. Damals war der Anteil aber bereits niedriger als der Landesdurchschnitt (33 Prozent). Die Bruttowertschöpfung des Wirtschaftsbereichs ging zwischen 2000 und 2009 um ein Drittel zurück (von 375 auf 250 Millionen Euro).

Der Dienstleistungsbereich konnte den Rückgang der Wirtschaftsleistung des produzierenden Gewerbes bei Weitem nicht kompensieren. Im Vergleich zu 2000 (837 Millionen Euro) nahm die Wirtschaftsleistung dieses Sektors bis 2009 (962 Millionen Euro) um 15 Prozent zu, landesweit stieg sie um knapp 20 Prozent. Allerdings hat der Anteil des Dienstleistungsbereichs auch nach 2000 noch deutlich zugenommen. Betrug er in jenem Jahr bereits mehr als zwei Drittel der gesamten Bruttowertschöpfung der Stadt, so überschritt der Anteil schon 2007 die 75-Prozent-Marke.

Unterdurch-
schnittlicher
Produktivitäts-
zuwachs

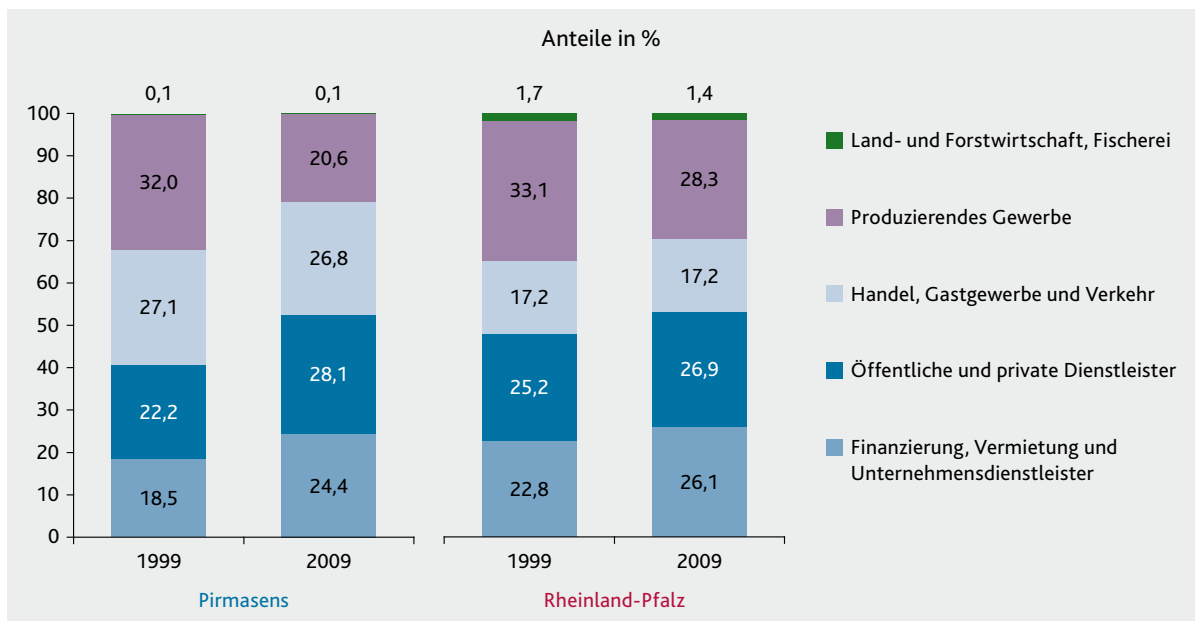
Drei Viertel der
Wertschöpfung
kommen aus
dem Dienstlei-
stungsbereich

Dienstlei-
stungen können
Rückgang im
sekundären
Sektor nicht
kompensieren

⁴ Das Verhältnis von Arbeitsvolumen (Standardarbeitsvolumen) zu Erwerbstätigen ist in Pirmasens zwischen 2000 und 2009 mit –7,2 Prozentpunkten fast proportional zum Landesdurchschnitt (–7,5 Prozentpunkte) zurückgegangen. Die Zahl der Erwerbstätigen ging in demselben Zeitraum um 1,5 Prozent zurück, während sie landesweit um fünf Prozent zunahm.

G 4

Bruttowertschöpfung 1999 und 2009 nach Wirtschaftsbereichen in Pirmasens und in Rheinland-Pfalz



Die Landwirtschaft erbringt – für eine Kreisstadt erwartungsgemäß – keinen wesentlichen Beitrag zur Bruttowertschöpfung. Sie blieb seit 2000 sowohl absolut (zwei Millionen Euro) als auch relativ (zwei Prozent der gesamten Wertschöpfung der Stadt) unverändert.

Deindustrialisierung überdurchschnittlich weit fortgeschritten

Der Strukturwandel in Pirmasens ist im vergangenen Jahrzehnt deutlich schneller vorangeschritten als im Land insgesamt: Waren die sektoralen Anteile des produzierenden Gewerbes und der Dienstleistungsbereiche Ende der 90er-Jahre noch in etwa identisch (rund ein Drittel bzw. rund zwei Drittel), so lag der Anteil des produzierenden Gewerbes in Pirmasens im Jahr 2009 um 7,8 Prozentpunkte unter dem Landesdurchschnitt (28 Prozent), der des Dienstleistungsbereichs

hingegen neun Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt (70 Prozent).

Im Dienstleistungsbereich ist – in Relation zum Land insgesamt – der Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ von überdurchschnittlicher Bedeutung. Während die Bereiche „Öffentliche und private Dienstleister“⁵ mit 28 Prozent (Pirmasens) bzw. 27 Prozent (Rheinland-Pfalz) und „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“⁶ mit gut 24 Prozent in Pirmasens bzw. 26 Prozent in Rheinland-Pfalz jeweils in etwa denselben Anteil an der gesamten Wirtschaftsleistung haben, trägt der Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ in Pirmasens mit 27 Prozent einen deutlich höheren Anteil zur Bruttowertschöpfung bei als landesweit (17 Prozent). Auch für eine kreisfreie Stadt ist der Anteil dieses Bereichs überdurchschnittlich hoch. Dies könnte darin begründet sein, dass die Stadt als Messestandort nach wie vor ein wichtiger Handelsplatz ist, insbeson-

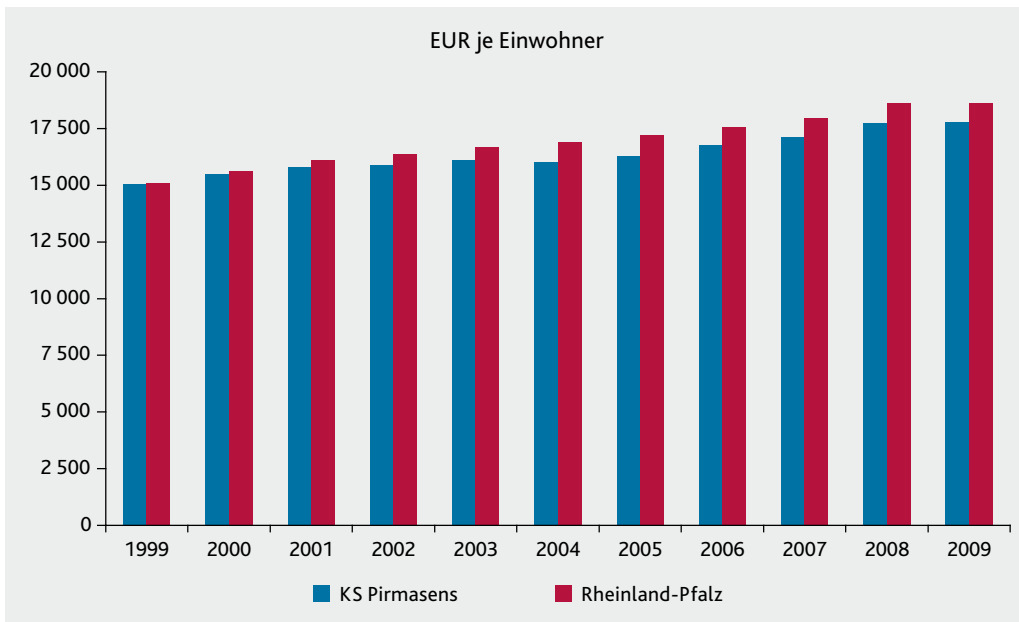
Wertschöpfungsanteil des Handels überdurchschnittlich

⁵ Zu diesem Bereich gehören neben der öffentlichen Verwaltung auch Erziehung und Unterricht, das Gesundheitswesen, persönliche Dienstleistungen sowie häusliche Dienste.

⁶ Dieser Bereich umfasst neben dem Kredit- und Versicherungsgewerbe auch die Unternehmensdienstleister sowie Wohnungsvermietung.

G 5

Verfügbares Einkommen 1998–2009



dere für Schuh- und Lederwaren sowie Textilien.⁷ Insofern träge die Bezeichnung „Schuhmetropole“ heutzutage immer noch hinsichtlich des Handels mit Schuhen zu. Die Schuhproduktion hat nur noch eine untergeordnete Bedeutung in der Stadt.⁸

der geleisteten Übertragungen (z. B. direkte Steuern und Sozialbeiträge). Es entspricht damit dem Einkommen, das den privaten Haushalten letztlich zufließt und das sie für Konsum- oder Sparzwecke verwenden können.

Verfügbares Einkommen als Wohlstandsmaßstab

Neben dem Bruttoinlandsprodukt als Kennzahl für die Beschreibung von Niveau und Entwicklung der Wirtschaftsleistung einer Region wird als weitere gesamtwirtschaftliche Kenngröße häufig das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte als Indikator für den monetären Wohlstand verwendet. Dieser Wert beinhaltet sämtliche Erwerbs- und Vermögenseinkommen der in der Region lebenden Personen, zuzüglich der empfangenen Übertragungen (z. B. Renten, Arbeitslosen-, Kindergeld) und abzüglich

Das pro Kopf verfügbare Einkommen ist in Pirmasens in den vergangenen Jahrzehnten unterdurchschnittlich gestiegen. Anfang der 90er-Jahre lag es mit rund 14 000 Euro noch deutlich über dem Landesdurchschnitt (13 400 Euro). Bereits im Jahr 2000 lag es mit 15 500 Euro knapp darunter (15 600 Euro). Bis zum Jahr 2009 nahm das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen in Pirmasens zwar um 15 Prozent auf 17 800 Euro zu. Die Zunahme liegt in diesem Zeitraum aber sowohl unter der Zunahme aller kreisfreien Städte (16 Prozent) als auch deutlich unter der landesweiten Zunahme, die gut 19 Prozent betrug. Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer hatten im Schnitt im Jahr 2009 damit rund 900 Euro mehr für Konsum und Ersparnis zur Verfügung als in

Pirmasens hat unterproportional an der Wohlstandsteigerung im Land teilgenommen

⁷ Ein Hinweis auf die Bedeutung dieses Bereichs gibt die Firmendatenbank der Stadt: Dort sind von den insgesamt 45 eingetragenen Großhandelsfirmen 28 im weitesten Sinne dem genannten Bereich zuzuordnen (62 Prozent). Vgl. <http://husterhoehe.de/Firmendatenbank/tabid/54/Default.aspx> [20.12.2010].

⁸ Der Anteil des gesamten verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung betrug 2009 rund 15 Prozent. (Detaillierter fachlich gegliederte Daten zur Bruttowertschöpfung liegen nicht vor.)

Pirmasens. In den kreisfreien Städten lag das durchschnittlich zur Verfügung stehende Einkommen mit 17 900 Euro leicht über dem Wert für Pirmasens.

Pirmasens Teil
des Fremden-
verkehrsge-
biets Pfalz

Pirmasens gehört zum Fremdenverkehrsgebiet Pfalz. Die Stadt liegt am Westrand des Pfälzerwalds, neben der Deutschen Weinstraße die wichtigste Touristenattraktion der Region. Der Naturpark Pfälzerwald ist das größte zusammenhängende Waldgebiet Deutschlands. Es ist zugleich Teil des grenzüberschreitenden Biosphärenreservats „Nordvogesen-Pfälzerwald“ der UNESCO mit rund 12 000 Kilometern Wanderwegen sowie mehreren Parkanlagen. Ein besonderes Naturerlebnis bieten die Buntsandstein-Felsformationen von Wasgau und Dahner Felsenland. Aber auch die Stadt selbst bietet mit ihren Museen, die an die Blütezeit der Schuhindustrie erinnern, dem 1994 neu gestalteten Exerzierplatz sowie zahlreichen Jahrmärkten vielfältige touristische Attraktionen.

Deutliche
Zunahme der
Übernach-
tungen

Im Jahr 2010 besuchten 25 900 Gäste die Beherbergungsbetriebe der Stadt. Knapp 50 000 Übernachtungen wurden in jenem Jahr gebucht. Bezogen auf die Bevölkerung ist die Zahl der Übernachtungen im vergangenen Jahrzehnt deutlich gestiegen. Die sogenannte Übernachtungsintensität liegt derzeit mit rund 1 200 Übernachtungen je 1 000 Einwohner rund ein Drittel über dem Niveau Ende der 90er-Jahre. Landesweit ist die Übernachtungsintensität in derselben Zeit nur um rund zwei Prozent gestiegen (auf 5 300 Übernachtungen je 1 000 Einwohner).

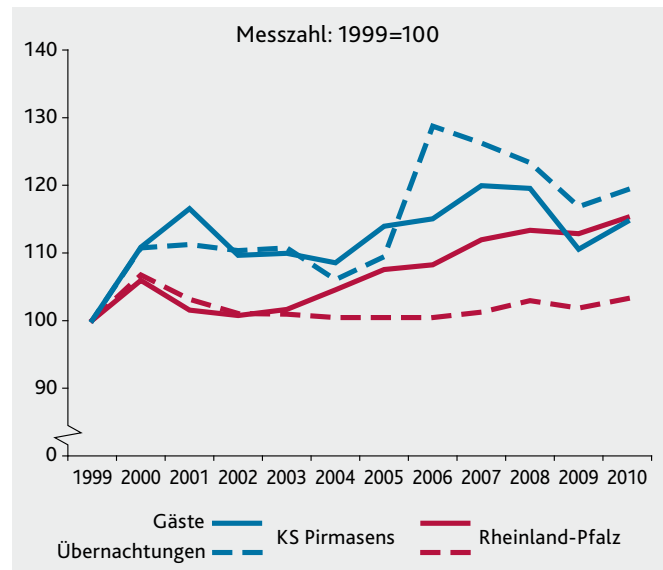
Gäste verweilen
länger

Die durchschnittliche Verweildauer der Gäste, die Anfang der 80er-Jahre mit kaum mehr als anderthalb Tagen – auch für eine kreisfreie Stadt – noch unterdurchschnitt-

⁹ Wegen der Geheimhaltung sind keine aktuelleren Zahlen verfügbar.

G 6

Gäste und Übernachtungen 1999–2010



lich war, lag 2010 mit zwei Tagen leicht über dem Durchschnitt der kreisfreien Städte aber noch deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 2,8 Tagen. Das könnte darauf hinweisen, dass der Messe- und Geschäftsreiseturismus mit eher kurzen Aufenthaltsdauern in der Stadt nach wie vor dominiert, in den letzten Jahrzehnten aber an Bedeutung verloren hat. Denn die durchschnittliche Verweildauer der Gäste ist – entgegen dem landesweiten Trend – seit 1981 um 0,3 Tage (+19 Prozent) gestiegen. Dies ist nach Koblenz (+21 Prozent) der höchste Anstieg. Landesweit ging die durchschnittliche Verweildauer dagegen um gut ein Viertel zurück (von 3,7 auf 2,8 Tage).

Der langfristig starke Rückgang der Gästezahlen (–21 Prozent seit 1981) ist insbesondere auf den Rückgang der Gästeankünfte aus dem Ausland zurückzuführen: Kamen Anfang der 80er-Jahre mit rund 13 000 noch über 39 Prozent der Gäste aus dem Ausland, waren es im Jahr 2006 nur mehr rund 3 000 (zwölf Prozent).⁹ Die Gäste aus Großbritannien – bis 1983 stellten sie ein

Nur einer von
zehn Gästen ist
Ausländer

Fünftel der Gästekünfte – blieben danach fast vollständig aus. Das damals zweitwichtigste Herkunftsland, die USA, die Ende der 80er-Jahre auf bis zu 15 Prozent Gästeanteil kamen, hatten 2006 einen Anteil von weniger als zwei Prozent.¹⁰

Wirtschaftliche Entwicklungspotenziale

Wirtschaftliche Entwicklungspotenziale bestimmen die Zukunftsfähigkeit einer Region

Wachstum und Strukturwandel der Wirtschaft werden vor allem von neuen Produkten und Produktionsverfahren, die sich am Markt durchsetzen (Innovationen), angetrieben. Grundvoraussetzungen für die Innovations- und damit die Zukunftsfähigkeit einer Region sind unter anderem risikofreudige Unternehmer, insbesondere Unternehmensgründer, hoch qualifizierte und motivierte Arbeitskräfte vor allem in den zukunftssträchtigen Hochtechnologie- und wissensintensiven Dienstleistungsbranchen¹¹ sowie eine rege Forschungs- und Entwicklungstätigkeit.

Gründungsaktivitäten unterdurchschnittlich ausgeprägt und rückläufig

Die Unternehmensgründungsaktivitäten waren in Pirmasens nach der Jahrtausendwende tendenziell rückläufig. Die Zahl der wirtschaftsaktiven Unternehmensgründungen, bezogen auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (Gründungsintensität),

lag im Durchschnitt der Jahre 1997 bis 2000¹² bei 45 Gründungen je 10 000 Personen im erwerbsfähigen Alter. In diesen Jahren wurde fast das landesdurchschnittliche Niveau von 46 Gründungen je 10 000 Erwerbsfähige erreicht. In den Jahren 2005 bis 2008¹³ lag die Gründungsintensität in der Stadt nur mehr bei 36 Gründungen je 10 000 Erwerbsfähige, während die Gründungsaktivität landesweit auf 47 Gründungen je 10 000 Erwerbsfähige stieg. Damit verzeichnete Pirmasens etwa ein Viertel weniger Gründungen als im Landesdurchschnitt. Der Rückgang der Gründungsintensität in Pirmasens erfolgte trotz einer stark rückläufigen Zahl Erwerbsfähiger im Vergleich der beiden Zeiträume (-12 Prozent; Rheinland-Pfalz: -1,2 Prozent). Besonders hoch ist in Pirmasens die Gründungsintensität im Handel (durchschnittlich zwölf Gründungen je 10 000 Erwerbsfähige in den Jahren 2005 bis 2008) und bei den konsumbezogenen Dienstleistungen (zehn Gründungen je 10 000 Erwerbsfähige).

Das Potenzial an hoch qualifizierten Arbeitskräften in einer Region lässt sich mit dem Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Hochschulabschluss an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bemessen.

Starke Zunahme der Beschäftigten mit Hochschulabschluss ...

¹⁰ Wegen der Geheimhaltung sind keine aktuelleren Zahlen verfügbar.

¹¹ Zu den Hochtechnologiebranchen zählen nach der Definition von Eurostat bzw. der OECD: Chemische Industrie, Maschinenbau, Herstellung von Büromaschinen usw., Herstellung von Geräten zur Elektrizitätserzeugung usw., Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik, Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik usw., Fahrzeugbau, Nachrichtenübermittlung, Datenverarbeitung und Datenbanken sowie Forschung und Entwicklung.

Zu den wissensintensiven Dienstleistungsbranchen gehören nach der Definition von Eurostat bzw. der OECD: Schifffahrt, Luftfahrt, Nachrichtenübermittlung, Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie damit verbundene Tätigkeiten, Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal, Datenverarbeitung und Datenbanken, Forschung und Entwicklung, Unternehmensdienstleistungen, Erziehung und Unterricht, Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen sowie Kultur, Sport und Unterhaltung.

¹² Die Gründungsaktivitäten sind starken Schwankungen unterworfen, sodass Entwicklungstrends auf der Basis von Vergleichszeiträumen betrachtet werden.

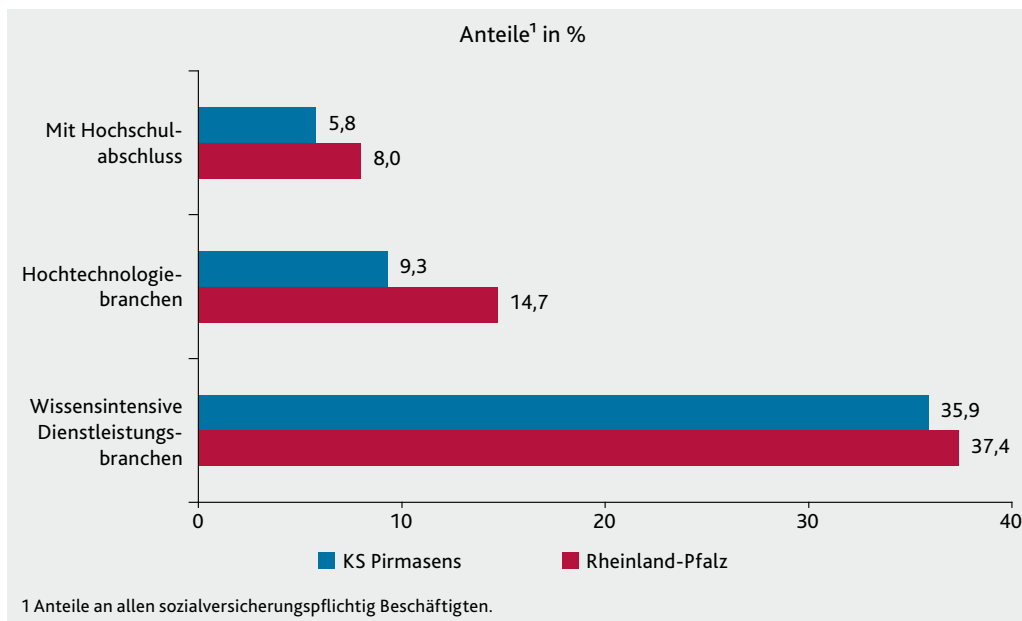
¹³ Aktuellere (vergleichbare) Zahlen liegen uns unter anderem wegen der Umstellung der Klassifikation der Wirtschaftszweige nicht vor.

Etwa 1100 der insgesamt 19 000 im Jahr 2010 in Pirmasens sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben einen Hochschulabschluss. Das entspricht einem Anteil von 5,8 Prozent. Landesweit liegt der Akademikeranteil unter den Beschäftigten bei acht Prozent. Im Vergleich zum Jahr 2000 hat die Zahl der Beschäftigten mit Hochschulabschluss um mehr als ein Drittel zugenommen. Dies ist im Vergleich zur Entwicklung im Land insgesamt (+26 Prozent) ein überdurchschnittlicher Wert, allerdings ausge-

...aber unterdurchschnittlicher Anteil

G 7

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2010 nach Qualifikation bzw. ausgewählten Branchengruppen



hend von einem relativ niedrigen Niveau. Dennoch blieb die Differenz zwischen der Akademikerquote in Pirmasens und im Land in diesem Zeitraum fast unverändert bei etwa zwei Prozentpunkten.

Hochtechnologiebranchen von verhältnismäßig geringer Bedeutung

Die Beschäftigung in Hochtechnologiebranchen hat in Pirmasens im landesweiten Vergleich eine unterdurchschnittliche Bedeutung. Rund 1800 und damit etwa jeder zehnte der 2010 in Pirmasens sozialversicherungspflichtig Beschäftigten war in einer Hochtechnologiebranche tätig; im Landesdurchschnitt waren dies 15 Prozent.¹⁴

Mehr als ein Drittel der Beschäftigten arbeitet in wissensintensiven Dienstleistungsbranchen

Eine wesentlich größere Bedeutung haben in Pirmasens hingegen die wissensintensiven Dienstleistungsbranchen. Im Jahr 2010 waren dort gut 6 800 Personen und damit mehr als ein Drittel der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten tätig.

¹⁴ Dieser Durchschnitt wird stark von Ludwigshafen beeinflusst. Dort beträgt der Anteil der Hochtechnologiebranchen gut 46 Prozent. Mittel- und langfristige Entwicklungen können derzeit – wegen der Umstellung auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige von 2008 – nicht dargestellt werden.

¹⁵ Aktuellster verfügbarer Wert.

Lediglich sieben der insgesamt 1848 Patente, die in Rheinland-Pfalz wohnhafte Erfinder im Jahr 2005¹⁵ beim Deutschen Patent- und Markenamt oder beim Europäischen Patentamt angemeldet haben, stammten aus Pirmasens. Damit blieben die Erfindungsaktivitäten in der Stadt auch im Vergleich der zehn Jahre davor unverändert auf sehr niedrigem Niveau. Mit Blick auf die Patentdichte, also die Zahl der Patentanmeldung bezogen auf die Bevölkerung, belegt Pirmasens in jenem Jahr den 33. Rang im Vergleich der 36 Verwaltungsbezirke und erreicht nur ein Drittel des Landeswertes (46 Patente je 100 000 Einwohner).

Patentaktivitäten in Pirmasens auf sehr niedrigem Niveau

Bei der Interpretation der Zahlen ist allerdings zu beachten, dass – aus erfassungstechnischen Gründen – die Werte einzelner Verwaltungsbezirke nicht isoliert betrachtet werden dürfen. Da die Patentanmeldungen nach dem Wohnort der Erfinder den regionalen Einheiten zugeordnet werden, kann insbesondere in den kreisfreien Städten

Umland wird in die Betrachtung mit einbezogen

der Anteil derjenigen, die zwar in der Stadt erwerbstätig sind, aber im Umland wohnen, recht hoch sein.¹⁶ Deshalb wird der Landkreis Südwestpfalz, der die Stadt umschließt, in die Betrachtung mit einbezogen.

In der Tat haben die Patentaktivitäten im Umland – im Gegensatz zur Stadt – im betrachteten Zeitraum deutlich zugenommen. Absolut gesehen hat sich die durchschnittliche Zahl der jährlichen Patentanmeldungen im Landkreis Südwestpfalz im Zeitraum 2000 bis 2005 gegenüber dem Zeitraum 1995 bis 1999 verdoppelt (17 auf 35 Patentanmeldungen).

Lag die Patentdichte im Jahr 1995 mit 18 Anmeldungen je 100 000 Einwohner noch auf einem ähnlich hohen Niveau wie in der Stadt, so war sie bereits im Jahr 2000 doppelt so hoch (29 gegenüber 14 Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner). Im Jahr 2005 erreichte die Patentdichte im Kreis 34 Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner. Der Wert ist damit zwar immer noch deutlich unterdurchschnittlich, aber immerhin dreimal so hoch wie in der Stadt. Insofern kann das ungünstige Ergebnis für die Stadt relativiert werden.

Kaum FuE-Tätigkeit in den Unternehmen

Die Beschäftigung in Forschung und Entwicklung (FuE) spielt bei den Unternehmen in der Stadt Pirmasens nur eine untergeordnete Rolle: Während im Land im Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2007 etwa acht FuE-Beschäftigte auf 1 000 Erwerbstätige kamen, waren es in Pirmasens nicht einmal vier.

Die geringe Rolle von FuE in der Wirtschaft der Stadt spiegelt sich auch in den entsprechen-

den finanziellen Aufwendungen für diesen Bereich wider: Jahresdurchschnittlich brachten die Unternehmen je 1 000 Euro Bruttowertschöpfung nur etwa fünf für interne FuE auf. Landesweit waren es 16 Euro.

Entwicklungen am Arbeitsmarkt sind vom Strukturwandel bestimmt

Im Jahr 2009 wurde die Wirtschaftsleistung in der Stadt Pirmasens von rund 26 000 Erwerbstätigen (Arbeitnehmer und Selbstständige) erbracht. Damit gibt es im Vergleich zum Jahr 1999 etwa 200 Arbeitsplätze weniger. Das entspricht einem Rückgang der Erwerbstätigkeit um 0,8 Prozent. Landesweit nahm die Erwerbstätigkeit in diesem Zeitraum um 7,3 Prozent zu. Dabei ist anzumerken, dass die Erwerbstätigkeit in Pirmasens zunächst bis 2006 (auf 25 500 Erwerbstätige) rückläufig war, um dann wieder anzusteigen, und zwar überdurchschnittlich stark: Zwischen 2007 und 2009 erhöhte sich die Erwerbstätigkeit um zwei Prozent. Das ist sowohl im Vergleich der kreisfreien Städte (+1,5 Prozent im Durchschnitt) als auch gegenüber dem Land insgesamt (+1,3 Prozent) eine überproportionale Zunahme.

Erwerbstätigkeit langfristig rückläufig – zuletzt überdurchschnittliches Wachstum

Als Indikatoren für die relative wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Region sind die absolute Zahl der Erwerbstätigen und ihre Entwicklung wenig aussagekräftig. Deshalb wird oft die sogenannte Arbeitsplatzdichte als Vergleichsgröße herangezogen. Sie bezieht die Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort auf die Einwohnerzahl.

Überdurchschnittliche Arbeitsplatzdichte

Im Jahr 2009 belief sich die Arbeitsplatzdichte in Pirmasens auf 633 Erwerbstätige je 1 000 Einwohner. Im Landesdurchschnitt betrug die Arbeitsplatzdichte 461 Erwerbstätige je 1 000 Einwohner. Über den gesamten Zeitraum seit 1999 betrachtet, hat sich

¹⁶ Ein anschauliches Beispiel ist Ludwigshafen am Rhein. Obwohl für diese Stadt ein sehr hohes Niveau an Patentaktivitäten erwartet wird, ist die Patentdichte zwar (mit jährlich 95 Patenten je 100 000 Einwohner zwischen 2000 und 2005) überdurchschnittlich hoch. In den benachbarten Kreisen liegt sie mit 107 (Rhein-Pfalz-Kreis) bzw. 106 Patenten je 100 000 Erwerbstätige (Landkreis Bad Dürkheim) aber deutlich höher, da viele der in Ludwigshafen erwerbstätigen Erfinder dort wohnen.

die Arbeitsplatzdichte in Pirmasens mit +11 Prozent – sowohl im Vergleich zum Land insgesamt als auch im Vergleich der kreisfreien Städte – deutlich überdurchschnittlich erhöht. Landesweit war nur ein Anstieg um 7,6 Prozent zu verzeichnen, in den kreisfreien Städten um 5,4 Prozent. Da sich in diesem Zeitraum die Erwerbstätigkeit in der Stadt nur geringfügig verändert hat, ist dieser Anstieg der Arbeitsplatzdichte fast ausschließlich auf die rückläufige Bevölkerungsentwicklung (-11 Prozent zwischen 1999 und 2009) zurückzuführen.

Sektoraler
Strukturwandel
in der Erwerbs-
tätigkeit

Wirtschaftliche Entwicklung ist zumeist mit Strukturwandel verbunden: Nachfragepräferenzen der Verbraucher ändern sich im Zeitablauf. Dies macht sich auf lange Sicht auch bei der Erwerbstätigkeit in den verschiedenen Sektoren und Branchen bemerkbar. So ist schon seit vielen Jahrzehnten ein Trend hin zu den Dienstleistungen festzustellen (Tertiarisierung).

Tertiarisierung
vollzieht sich
bereits auf
hohem Niveau

In der Tat zeigt sich dieser Prozess bei der Stadt Pirmasens besonders deutlich: Während im produzierenden Gewerbe zwischen 1999 und 2009 etwa 2 100 Arbeitsplätze (netto) verloren gingen, stieg die Zahl der Arbeitsplätze bei den Dienstleistungen um 1 900. Mit einem Zugewinn von etwa 1 500 Arbeitsplätzen war der Bereich „Öffentliche und private Dienstleistungen“ der dynamischste im Dienstleistungssektor in der Stadt, gefolgt von den Finanzdienstleistungen (+700 Arbeitsplätze). Der Trend zu den Dienstleistungen konnte aber den Rückgang der Erwerbstätigkeit insgesamt in Pirmasens nicht aufhalten.

In Pirmasens ist andererseits auch – wie in den anderen kreisfreien Städten des Landes – der Anteil der Dienstleistungen deutlich höher als in den Landkreisen. Im Jahr 2009

waren in Pirmasens knapp 73 Prozent aller Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen beschäftigt. Ihr Anteil war damit rund ein Prozentpunkt höher als im Landesdurchschnitt (72 Prozent).

Obwohl der Deindustrialisierungsprozess nach dem Niedergang der Schuhindustrie bereits weit fortgeschritten ist, bewegt sich die Erwerbstätigkeit im produzierenden Gewerbe in der Stadt im landesweiten Vergleich immer noch auf einem leicht überdurchschnittlichen Niveau. Im Jahr 2009 waren in diesem Sektor 27 Prozent der Erwerbstätigen beschäftigt. Landesweit waren es 26 Prozent. Im verarbeitenden Gewerbe ist die Differenz gegenüber dem landesdurchschnittlichen Wert sogar noch größer (21 Prozent gegenüber 19 Prozent). Dennoch ist der Anteil des produzierenden Gewerbes im betrachteten Zeitraum um fast acht Prozentpunkte zurückgegangen. Überdurchschnittlich ist die Erwerbstätigkeit auch im Bereich „Handel, Gastgewerbe, Verkehr“ (26 Prozent gegenüber 25 Prozent im Landesdurchschnitt).

Erwerbstätigkeit im produzierenden Gewerbe überdurchschnittlich

In der Land- und Forstwirtschaft sind im Stadtgebiet lediglich etwa 100 Personen erwerbstätig. Das entspricht einem Anteil von 0,4 Prozent der Erwerbstätigen (Rheinland-Pfalz: 2,8 Prozent; kreisfreie Städte: 0,7 Prozent).

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung macht einen wesentlichen Teil der Erwerbstätigkeit aus: Etwa zwei von drei Erwerbstätigen befinden sich in einem solchen abhängigen Beschäftigungsverhältnis. Während die Erwerbstätigkeit in Pirmasens seit 2000 langfristig mehr oder weniger unverändert blieb, ging die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um 2,1 Prozent von 19 400 auf 19 000 Beschäf-

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stark rückläufig

tigte (2010) zurück. Landesweit nahm sie in diesem Zeitraum um in etwa denselben Betrag zu. In der Schuhindustrie arbeiten gegenwärtig im Raum Pirmasens (Stadt und Landkreis sowie Zweibrücken) noch rund 1 600 Personen in der Schuhherstellung. Mitte der 80er-Jahre waren es noch fast zehnmal so viele.

Besonders drastisch ist der Rückgang der Beschäftigung bei den Vollzeitbeschäftigten. Mit -10 Prozent fällt er mehr als zweimal so stark aus wie im Land insgesamt (-4,1 Prozent). Im Gegenzug stieg die Teilzeitbeschäftigung um mehr als die Hälfte (+51 Prozent; Land: +36 Prozent) auf rund 3 800 Beschäftigte. Damit war jede bzw. jeder fünfte Beschäftigte in der Stadt in einem Teilzeitarbeitsverhältnis. Landesweit beträgt der Anteil durchschnittlich 21 Prozent.

Abnahme der geringfügigen Beschäftigung

Auch die geringfügige Beschäftigung war in den letzten Jahren in Pirmasens rückläufig. Seit 2005 ist die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten in der Stadt um 2,2 Prozent auf gut 3 000 (2010) zurückgegangen. Landesweit stieg die geringfügige Beschäftigung um 2,6 Prozent.

Großstadttypische Pendlerverflechtungen – die in der Stadt Beschäftigten wohnen im Umland

Der Arbeitsmarkt in der Stadt Pirmasens ist durch Berufspendlerströme intensiv mit den umliegenden Regionen verbunden. Berufsauspendler sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die in Pirmasens wohnen, aber außerhalb der Stadt arbeiten. Berufseinpender arbeiten dagegen in der Stadt, wohnen jedoch außerhalb. Insgesamt wies der Pendlersaldo der Stadt im Jahr 2010 einen Überschuss von rund 6 500 Einpendlern aus.

Vergleiche mit anderen Regionen sind wegen der Größenunterschiede allerdings nur mithilfe von Kennzahlen (Pendlerquoten) sinnvoll. Im Jahr 2010 kamen 36 Auspendler auf 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Wohnort Pirmasens.¹⁷ Auf 100 Beschäftigte mit Arbeitsort in der Stadt kamen in demselben Jahr 58 Einpendler. Die Höhe der Einpendlerquote ist typisch für die größeren rheinland-pfälzischen Städte.

Die Pendlerverflechtung mit den umliegenden Kreisen hat sich seit 2000 relativ zur Zahl der Beschäftigten deutlich verstärkt. Die Entwicklung war im Vergleich zu den anderen kreisfreien Städten jedoch nicht ganz so dynamisch: Die Absolutzahl der Einpendler nahm seit 2000 um etwa 900 auf knapp 11 000 zu (+9 Prozent), je 100 Beschäftigte

Pendlerverflechtungen haben sich in den vergangenen Jahren erheblich verstärkt

T 2

Einpendler nach und Auspendler aus der kreisfreien Stadt Pirmasens 2010

Herkunftsgebiet Zielgebiet	Einpendler ¹		Auspendler ²	
	Anzahl	Anteile in %	Anzahl	Anteile in %
Region Westpfalz	9 240	84,1	2 930	64,8
darunter				
Südwestpfalz	7 784	70,8	1 521	33,6
Zweibrücken, ST.	673	6,1	529	11,7
Kaiserslautern, LK	358	3,3	197	4,4
Kaiserslautern, ST.	263	2,4	617	13,6
sonstige	162	1,5	66	1,5
Rheinland-Pfalz (Rest)	386	3,5	460	10,2
darunter				
Südliche Weinstrasse	104	0,9	104	2,3
andere Bundesländer	993	9,0	1 133	25,0
darunter				
Saarland	610	5,5	538	11,9
Baden-Württemberg	107	1,0	245	5,4
Ausland	373	3,4	-	x
darunter				
Frankreich	358	3,3	-	x
Insgesamt	10 992	100	4 523	100

1 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30. Juni 2010, die in der Stadt arbeiten aber nicht wohnen. – 2 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30. Juni 2009, die in Pirmasens wohnen aber zur Arbeit über die Stadtgrenze hinaus fahren (ohne Ausland).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

17 Die ausgewiesenen Auspendlerquoten berücksichtigen die Zahl der Auspendler ins Ausland nicht. Insoweit muss die vergleichsweise niedrige Auspendlerquote für Pirmasens relativiert werden.

am Arbeitsort entsprach dies einer Zunahme von sechs Einpendlern (+11 Prozent). Der Anstieg der Einpendlerquote dürfte – wie auch bei anderen größeren Städten – durch die in den vergangenen Jahren anhaltende Stadt-Umland-Wanderung begründet sein.

Die Zahl der Auspendler nahm zwar seit 2000 absolut um rund 50 auf gut 4 500 Pendler ab (-1,1 Prozent), je 100 Beschäftigte am Wohnort kamen jedoch drei Auspendler dazu (+9,7 Prozent).

Arbeitsmärkte der Stadt und der umliegenden Region über Pendlerströme miteinander verflochten

Eine besonders starke Pendlerverflechtung gibt es mit dem Landkreis Südwestpfalz, der die Stadt umgibt. Im Jahr 2010 stammten etwa 7 800 der 11 000 Einpendler aus diesem Kreis. Das entspricht einem Anteil von 71 Prozent. In die Gegenrichtung pendelten etwa 1 500 Beschäftigte.

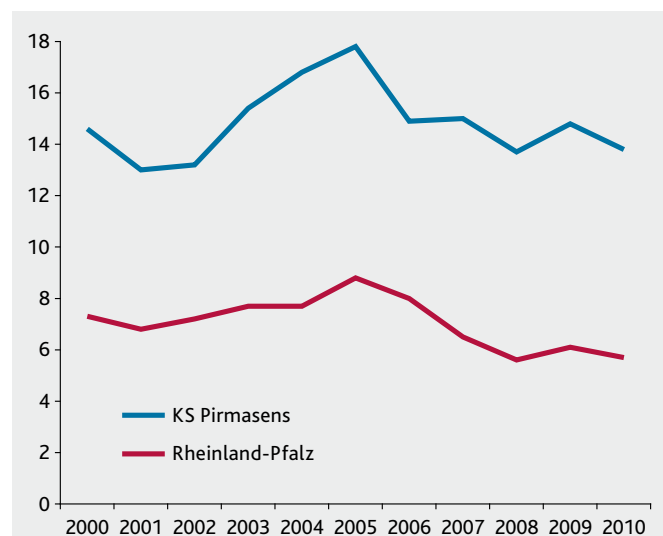
Darüber hinaus ist noch die ebenfalls zur Region Westpfalz gehörenden Stadt Zweibrücken von Bedeutung. Von dort stammten rund 700 Pendler (6,1 Prozent). Weitere gut 600 Beschäftigte pendelten aus der Stadt oder dem Landkreis Kaiserslautern ein (zusammen 5,6 Prozent). Insgesamt kommen 84 Prozent der Pendler aus der Region Westpfalz. Rund 400 bzw. 3,5 Prozent der Pendler kommen aus anderen rheinland-pfälzischen Regionen. Eine nennenswerte Anzahl von Pendlern (rund 100 bzw. 0,9 Prozent) stammt aus dem Landkreis Südliche Weinstraße, der an Landkreis Südwestpfalz angrenzt. Gut 600 Beschäftigte pendelten aus dem Saarland ein (5,5 Prozent), aus anderen Bundesländern sowie aus dem Ausland jeweils fast 400 Beschäftigte (3,5 bzw. 3,4 Prozent).

In umgekehrter Richtung lässt sich die Pendlerverflechtung nicht vollständig darstellen, da – und das ist gerade für eine Region in

Grenzlage von besonderer Relevanz – Daten über Pendlerströme ins Ausland in der Regel nicht vorliegen. Aussagen lassen sich lediglich über die Pendlerverflechtungen mit anderen Regionen in Deutschland machen.

So arbeiteten 34 Prozent der nach Zielen innerhalb Deutschlands auspendelnden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort Pirmasens im umliegenden Kreis Südwestpfalz, weitere 14 bzw. zwölf Prozent pendelten in die Städte Kaiserslautern und Zweibrücken. Insgesamt fast zwei Drittel der Auspendler verlässt die Region Westpfalz nicht. Gut zehn Prozent (460 Beschäftigte) pendeln zu anderen Zielen innerhalb des Landes, wobei hier wiederum der Landkreis Südliche Weinstraße den höchsten Anteil hat (104 Auspendler bzw. 2,3 Prozent). Rund 500 der Pendler fahren ins Saarland, um einer Arbeit nachzugehen (12 Prozent), ins restliche Bundesgebiet weitere 600 Beschäftigte (13 Prozent).

G 8 Arbeitslosenquote¹ 2000–2010



¹ Zahl der Arbeitslosen bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

Hoher positiver
Pendlersaldo ist
typisch für eine
Großstadt

Der Einpendlerüberschuss der Stadt Pirmasens ist zwischen 2000 und 2010 von 5 500 auf rund 6 500 Beschäftigte gestiegen. Im Mittel lag er bei jährlich 6 100. Damit weist Pirmasens den sechsthöchsten Überschuss aller Verwaltungsbezirke in Rheinland-Pfalz auf.

Arbeitslosigkeit
leicht rückläufig

Der Strukturwandel in der Region hat in der Vergangenheit viele Arbeitsplätze in der Stadt gekostet. Nicht alle Beschäftigten konnten in anderen Bereichen oder außerhalb der Stadt Arbeit finden. Im Jahr 2010 waren in Pirmasens knapp 2 900 Personen bei der Bundesagentur für Arbeit als Arbeit suchend registriert. Die Arbeitslosenquote lag damit bei knapp 14 Prozent. Das war in jenem Jahr die höchste Quote aller rheinland-pfälzischen Verwaltungsbezirke. Landesweit betrug die Arbeitslosenquote 5,7 Prozent. Rund 40 Prozent der Arbeitslosen in der Stadt waren in diesem Jahr schon mehr als ein Jahr arbeitslos. Damit ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Arbeitslosenzahl so hoch wie in keinem anderen Verwaltungsbezirk des Landes. Im Landesschnitt liegt der Anteil bei rund 29 Prozent.

Die Arbeitslosigkeit war seit 2000 – mit Schwankungen – insgesamt nur leicht rückläufig: Im Jahr 2000 lag die Arbeitslosenquote bei 15 Prozent. Im Jahr 2005 wurde mit fast 18 Prozent der Höchstwert erreicht. Im Durchschnitt dieses Zeitraums lag der Wert bei 15 Prozent. Der Rückgang um 0,8 Prozentpunkte seit 2000 war allerdings nur halb so hoch wie der Rückgang landesweit.

Fazit

Die Stadt Pirmasens liegt weit abseits der Ballungs- und Wirtschaftszentren. Die Bevölkerungsstruktur ist relativ ungünstig. Die Wirtschaftskraft der Stadt liegt aufgrund des hohen Anteils der Dienstleistungsbe- reiche unter dem Landesdurchschnitt. Der Dienstleistungsbereich hat die sinkende Wirtschaftskraft im Zuge des Niedergangs der Schuhindustrie bei weitem nicht kompensieren können. Unterdurchschnittliche Entwicklungspotenziale lassen für die kommenden Jahre zudem kaum eine ausgeprägte Dynamik erwarten. Der deutlich gestiegene Anteil hoch qualifizierter Arbeitskräfte schlägt allerdings positiv zu Buche. Dazu mag die Ansiedlung einer Fachhochschule in der Stadt beigetragen haben. Dennoch zeigte sich am Arbeitsmarkt der Stadt noch kaum eine positive Entwicklung. Bei geringfügig rückläufiger Erwerbstätigkeit ist die Arbeitslosigkeit immer noch überdurchschnittlich hoch. Von der einstigen Schuhmetropole zeugen nur mehr die heute noch ansässigen branchentypischen Institutionen wie das Prüf- und Forschungsinstitut Pirmasens e. V., die Messe oder die Deutsche Schuhfachschule.

Dr. Stefan Weil ist Referent im Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Europaangelegenheiten, Forschungsdatenzentrum

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

Stimmung in der deutschen Wirtschaft trübt sich weiter ein

ifo Geschäftsklimaindex sinkt zum dritten Mal in Folge

Der ifo Index hat im September 2011 weiter nachgegeben. Der Indexwert sank von 108,7 auf 107,5 Punkte. Das war bereits der dritte Rückgang in Folge. Konjunkturfachleute sehen darin eine Trendwende der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie hatten allerdings mit einem noch stärker sinkenden Indexwert gerechnet. Vor allem die Schuldenkrise in Europa und Rezessionsängste drücken die Stimmung in den deutschen Unternehmen.

Geschäftslage nahezu unverändert – Geschäftserwartungen trüben sich ein

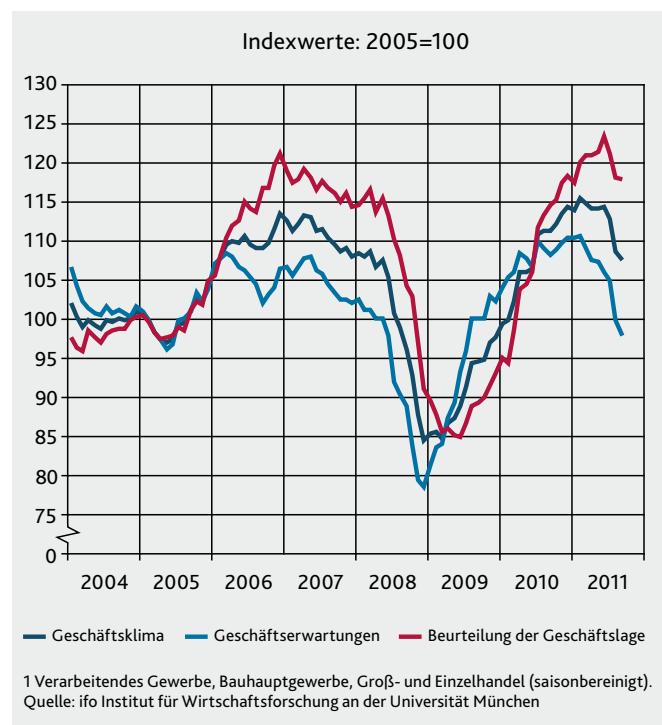
Die Beurteilung der Geschäftslage fiel nur geringfügig schlechter aus als zuletzt. Der Lageindex sank von 118,1 auf 117,9 Punkte. Die Analysten des ifo Instituts führen dies darauf zurück, dass sich die deutsche Wirtschaft bisher von den politischen Turbulenzen abkoppeln konnte. Dagegen haben sich die Aussichten für die kommenden sechs Monate weiter eingetrübt. Der Erwartungsindex sank von 100 auf 98 Punkte und verschlechterte sich damit zum siebten Mal in Folge.

Im Handel ist die Stimmung besser

Im verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe hat sich das Geschäftsklima abgekühlt. Die aktuelle Geschäftslage wird in der Industrie ähnlich eingeschätzt wie zuletzt. Am Bau wird sie sogar etwas besser beurteilt. Die Erwartungen an die künftige Entwicklung fallen aber in beiden Branchen schlechter aus als in den Vormonaten. Dagegen hat sich im Groß- und Einzelhandel das Geschäftsklima insbesondere wegen der Aussichten für die kommenden Monate

Stand:
September
2011

ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹



verbessert. Die Großhändler sind zudem mit ihrer aktuellen Geschäftslage deutlich zufriedener als zuletzt.

Produktion übersteigt Vorjahres- und Vormonatsniveau

Aufgrund nachträglicher korrigierter Datenmeldungen durch Berichtsbetriebe muss eine Neuberechnung der Indizes für die Produktion im verarbeitenden Gewerbe sowie im Bereich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden erfolgen. Da dies noch nicht für alle Berichtsmonate rückwirkend abgeschlossen ist, lassen sich derzeit keine Drei-Monats-Durchschnitte berechnen.

Neuberechnung des Produktionsindizes

Die Kommentierung der Entwicklung der Produktionsleistung bezieht sich daher ausnahmsweise auf die vorläufigen Ergebnisse des aktuellen Berichtsmonats.

Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes: +8,4 Prozent

Gegenüber dem Vorjahr ist der Güterausstoß in der rheinland-pfälzische Industrie im August 2011 gestiegen. Die Produktion erhöhte sich im Vergleich zum August 2010 preisbereinigt um 8,4 Prozent.

Im Fahrzeug- und Maschinenbau zieht die Produktion weiter an

In der chemischen Industrie (Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“; Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2010: 33 Prozent) blieb die Güterproduktion gegenüber dem Vorjahr allerdings unverändert. Dagegen verbuchte der Fahrzeugbau (Wirtschaftszweig „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenanteilen“; Anteil 2010: zwölf Prozent) mit einem Plus von 25 Prozent wiederum den kräftigsten Zuwachs. Auch im Maschinenbau (Umsatzanteil 2010: acht Prozent) ergab sich gegenüber August 2010 eine deutliche Verbesserung um 17 Prozent.

Anstieg der Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe niedriger als in den Vormonaten

Die Auftragseingänge deuten darauf hin, dass sich die Entwicklung in der rheinland-pfälzischen Industrie in den kommenden Monaten etwas abschwächen könnte.

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes steigen um drei Prozent

Die Auftragseingänge haben sich im Juni 2011 im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt gegenüber dem Vorjahr um drei Prozent verbessert. Im Mai hatte der Anstieg 3,4 Prozent betragen, davor lagen die Zuwachsraten seit Dezember 2009 im zweistelligen Bereich. Die Bestellungen aus dem Ausland legten erneut stärker zu als die Auftragseingänge aus dem Inland (Inland: +1 Prozent; Ausland: +4,6 Prozent).

In der chemischen Industrie hat sich im Juni die Auftragslage im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 Prozent verschlechtert. Sowohl die Nachfrage aus dem Inland (-6,4 Prozent) als auch das Auslandsgeschäft (-0,2 Prozent) gaben nach.

Auftragseingänge in der chemischen Industrie sinken um 2,5 Prozent

Der Fahrzeugbau verbuchte dagegen wiederum ein deutliches Auftragsplus von 9,7 Prozent. Trotzdem fiel die Steigerung im Juni niedriger aus als in den vorangegangenen 19 Monaten, als die Zuwächse sogar zwischen 14 und 75 Prozent gelegen hatten. Die Auslandsaufträge zogen mit +11 Prozent erneut kräftiger an als die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten (+8,5 Prozent). Der Abstand fiel aber geringer aus als in den Vormonaten.

Fahrzeugbau: Kräftig steigende Auftragseingänge

Im Maschinenbau übertrafen die Bestellungen im Juni den Vorjahreswert um 8,2 Prozent. Auch hier blieb der Zuwachs hinter den starken Verbesserungen seit Dezember 2009 zurück. Die heimische Nachfrage erhöhte sich lediglich um 2,3 Prozent. Bei der Auslandsnachfrage gab es mit +12 Prozent erneut einen deutlich stärkeren Anstieg.

Deutliches Plus bei Auftragseingängen im Maschinenbau

Kräftige Zunahme der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

Im Bauhauptgewerbe sind die geglätteten Auftragseingänge im Juni 2011 gegenüber dem Vorjahresmonat um sieben Prozent gestiegen. Davor hatte es von Januar bis Juni bereits Zuwächse zwischen 6,2 und 15 Prozent gegeben, nachdem es im November und Dezember 2010 noch zu leichten Rückgängen gekommen war.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe steigen um sieben Prozent

Im Tiefbau waren die Auftragseingänge von April 2010 bis April 2011 tendenziell gesunken. Nach einem Anstieg um 4,9 Prozent im Mai kam es nun im Juni zu einem Plus

von 3,1 Prozent. Im Hochbau hatte es dagegen – mit Ausnahme eines Rückgangs im Dezember – auch in den vorangegangenen 14 Monaten steigende Auftragszahlen gegeben. Im Juni 2011 verbuchte dieser Teilbereich mit +13 Prozent wieder einen stärkeren Anstieg als zuletzt (Mai 2011: +9,9 Prozent). Von Januar bis April hatte das Plus sogar zwischen 23 und 42 Prozent betragen. Gerade im Bauhauptgewerbe ist allerdings zu berücksichtigen, dass selbst die gleitenden Durchschnittswerte häufig noch durch Großaufträge in einzelnen Berichtsmonaten geprägt werden.

Zahl der Baugenehmigungen steigt nicht mehr so stark wie zuletzt

Die Zahl der Baugenehmigungen im Wohnungsbau, einem Frühindikator für die Baukonjunktur, ist im Juni 2011 wieder kräftig gestiegen (+15 Prozent). Allerdings war es von Dezember 2010 bis Mai 2011 zu noch deutlich stärkeren Zuwächsen gekommen (zwischen +31 und +73 Prozent).

Umsatzsteigerungen im Handel und im Gastgewerbe

Umsatz im Einzelhandel steigt leicht

Die geglätteten Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahrzeughandel) wiesen im Juni 2011 einen realen Anstieg um 0,8 Prozent auf. Damit werden im Vorjahresvergleich bereits seit Jahresbeginn Umsatzsteigerungen festgestellt.

Umsatzplus von 1,2 Prozent im Kfz-Handel

Im Kraftfahrzeughandel haben sich die Umsätze im Juni preisbereinigt schwächer verbessert als zuletzt (+1,2 Prozent). Davor hatte es von Oktober 2010 bis Mai 2011 Zuwachsraten in einem Bereich von drei bis 15 Prozent gegeben.

Auch im Großhandel leichter Umsatzzuwachs

Der Großhandel verzeichnete im Juni 2011 einen Anstieg der realen Umsätze um 0,7 Prozent. Die Großhandelsumsätze haben sich seit 15 Monaten zwischen 1 und 7,1 Prozent verbessert.

Erläuterungen

Der **Produktionsindex** misst die preisbereinigte monatliche Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes. Er gilt als Referenzindikator, der annähernd zeitgleich mit der Konjunktur läuft.

Die **Auftragseingänge** im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe sind quantitative Frühindikatoren der Konjunktur-entwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Die **Handelsumsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen.

Die Indizes der Produktion und der Auftragseingänge sowie die Handelsumsätze können von Monat zu Monat stark schwanken. Deshalb wird zur Beurteilung der Konjunktur-entwicklung der **gleitende Drei-Monats-Durchschnitt** herangezogen. In den gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt für **Juni 2011** sind die Originalwerte der Berichtsmonate Mai bis Juli 2011 eingeflossen.

Der **ifo Geschäftsklimaindex** für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich etwa 7 000 Unternehmen.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist in Deutschland ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Für den ifo Index, den Verbraucherpreisindex und die Arbeitsmarktkennzahlen werden zur Beurteilung der Konjunktur-entwicklung die **Originalwerte** des Berichtsmonats **September 2011** herangezogen.

Umsätze im
Gastgewerbe
deutlich
verbessert

Im Gastgewerbe stiegen die geglätteten Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im Juni 2011 gegenüber dem Vorjahreswert um 5,3 Prozent. Davor hatte es von Februar bis April bereits Verbesserungen von 6,1 bis 7,3 Prozent gegeben.

Jahresteuerungsrate im September bei 2,5 Prozent

Höhere Preise
für Heizöl und
Kraftstoffe
tragen zum
Preisanstieg bei

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex hat sich im September 2011 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 2,5 Prozent erhöht. Damit stieg die Jahresteuerungsrate auf den höchsten Wert seit September 2008 und übertraf zum achten Mal in Folge die für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bedeutsame Zwei-Prozent-Marke. Zuletzt war es im Juli und August 2011 zu Erhöhungen um 2,4 bzw. 2,2 Prozent gekommen. Zu der Verteuerung im September 2011 trugen insbesondere die im Vorjahresvergleich kräftigen Preiserhöhungen für Heizöl und Kraftstoffe bei (+24 bzw. +13 Prozent). Der häufig als Kerninflationsrate bezeichnete „Gesamtindex ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel“ wies dagegen nur einen Anstieg von 1,7 Prozent auf.

Preisentwicklung in den
Waren- und
Dienstleistungsgruppen
uneinheitlich

Den höchsten Preisanstieg im Vorjahresvergleich gab es in der Indexhauptgruppe „Verkehr“ (+4,6 Prozent). Außerdem verteuerten sich die Waren und Dienstleistungen im Bereich „Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe“ (+3,2 Prozent), für „Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen“ (+3,1 Prozent), für „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+3,1 Prozent) sowie für „Bekleidung und Schuhe“ (+2,9 Prozent) überdurchschnittlich. Lediglich in der Hauptgruppe „Nachrichtenübermittlung“ (-3,1 Prozent) wurden niedrigere Preise als im Vorjahr festgestellt.

Arbeitslosigkeit auch im September gesunken

Zahl der
Arbeitslosen
nimmt
deutlich ab

Die Lage am rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt hat sich weiter verbessert. Im September 2011 waren etwa 102 600 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet; das sind 5 200 bzw. 4,8 Prozent weniger als im Vormonat. Gegenüber September 2010 nahm die Zahl der registrierten Arbeitslosen sogar um 8 700 bzw. 7,8 Prozent ab.

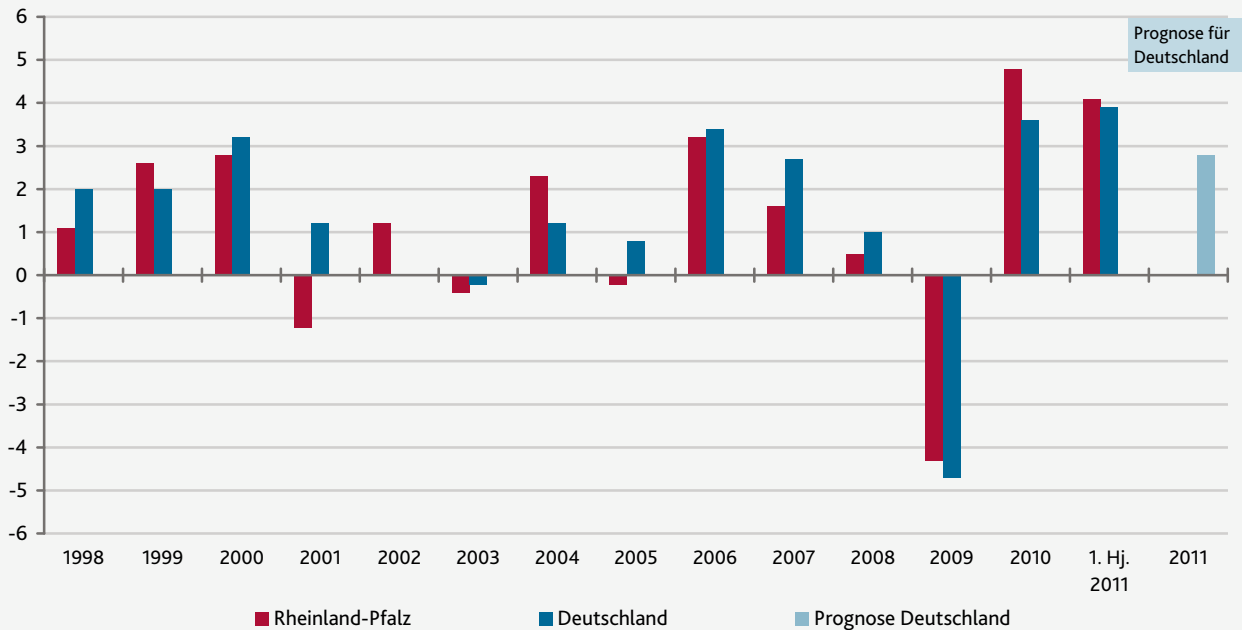
Von der positiven Entwicklung profitierten in diesem Monat auch die Langzeitarbeitslosen. Nach Einschätzung der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland ist dies auf die gute Auftragslage der Unternehmen zurückzuführen, die auch weiterhin neue Arbeitskräfte suchen. So wurden zuletzt auch Arbeitslose, die weniger gut qualifiziert sind und schon länger eine Anstellung suchen in ein Beschäftigungsverhältnis übernommen.

Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, verringerte sich im September 2011 auf 4,9 Prozent. Im Vergleich zum August ist die Quote um 0,2 Prozentpunkte gesunken. Gegenüber September 2010 ergab sich ein Rückgang um 0,4 Prozentpunkte.

Arbeitslosenquote liegt bei
4,9 Prozent

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Europaangelegenheiten, Forschungsdatenzentrum; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist dort als Referent tätig.

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz¹ und in Deutschland
 – Preisbereinigt –
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

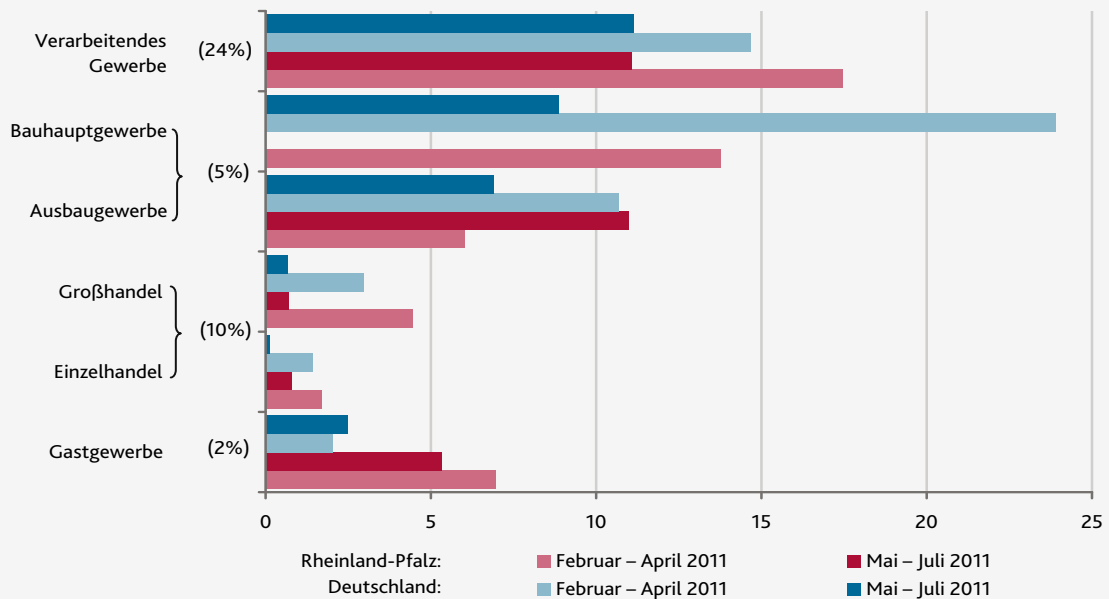


¹ Nächster Fortschreibungstermin im März 2012. Quelle Prognosewert: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2011.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹
 in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

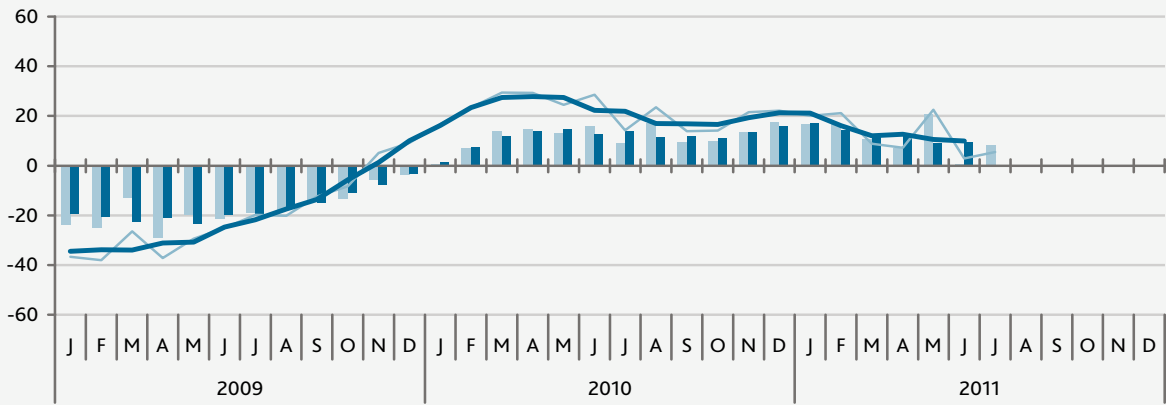
3-Monats-Durchschnitte²⁾³⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



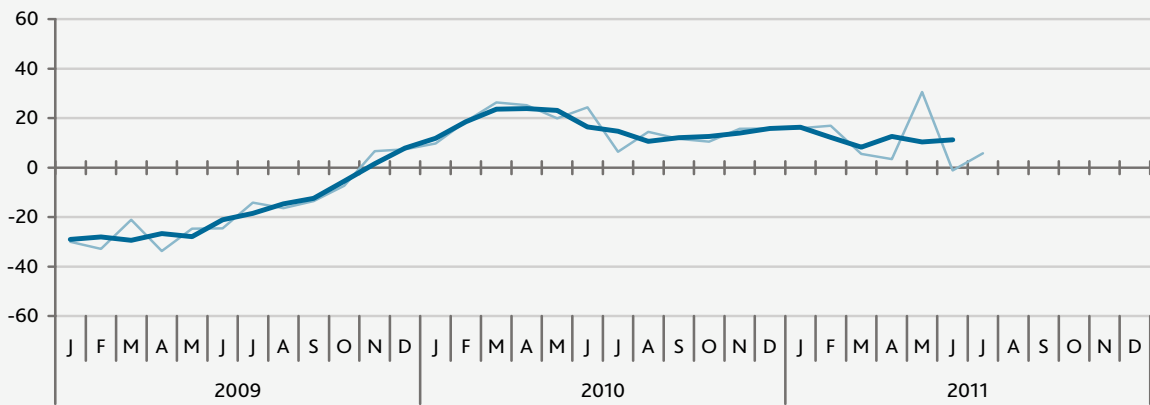
¹ Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2010. – ² Ausbaugewerbe: Quartale. – ³ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

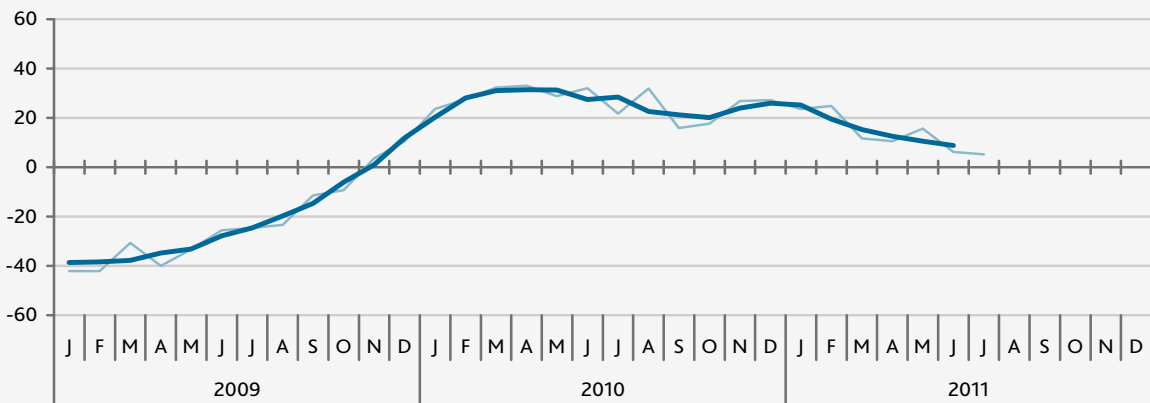
Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ und Monatswerte – Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %
 Insgesamt



Inland



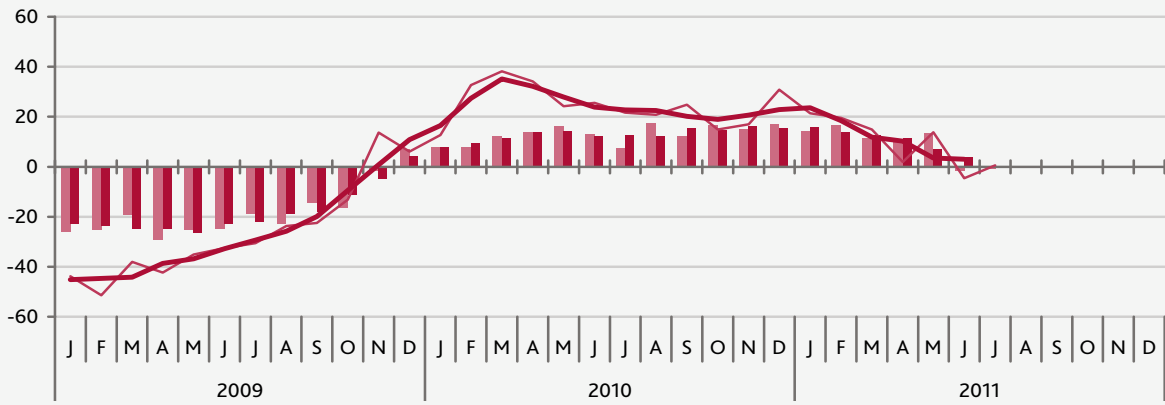
Ausland



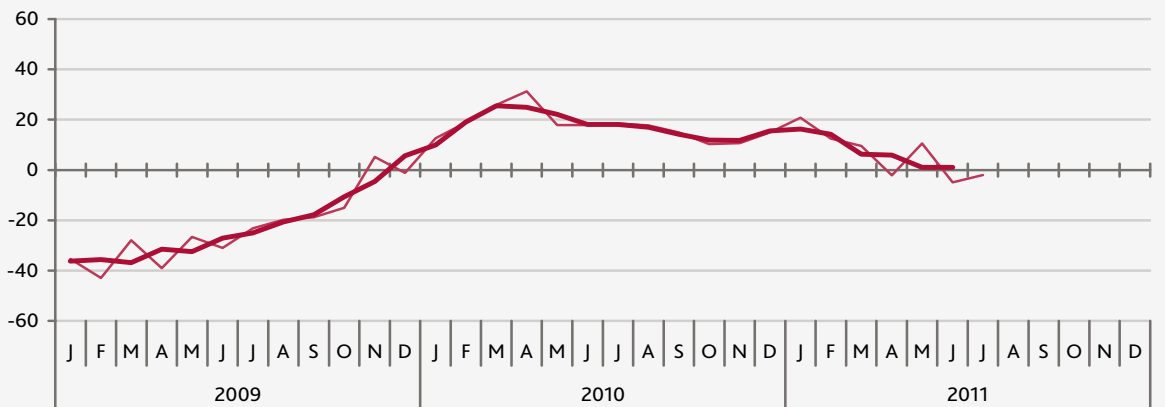
■ Produktionsindex (Monatswerte) ■ Produktionsindex (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)
— Auftragseingang (Monatswerte) — Auftragseingang (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)

¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

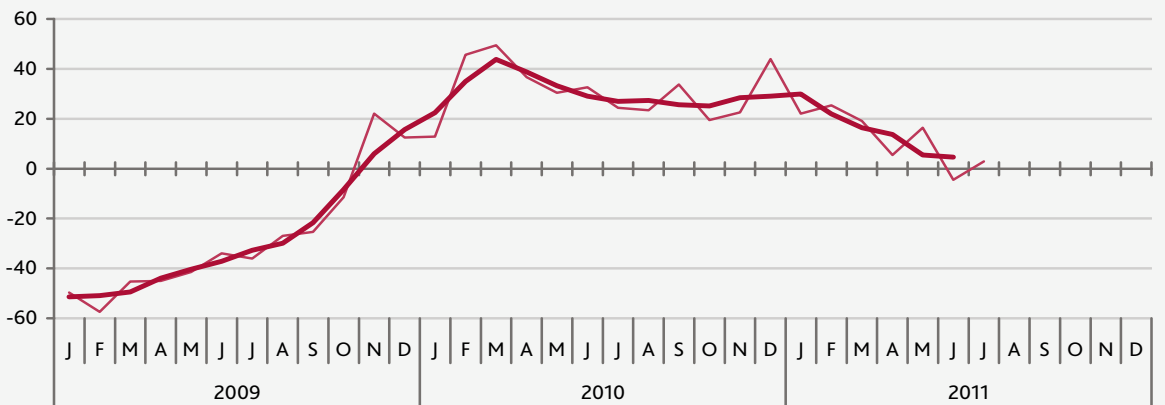
Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ und Monatswerte – Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %
 Insgesamt



Inland



Ausland



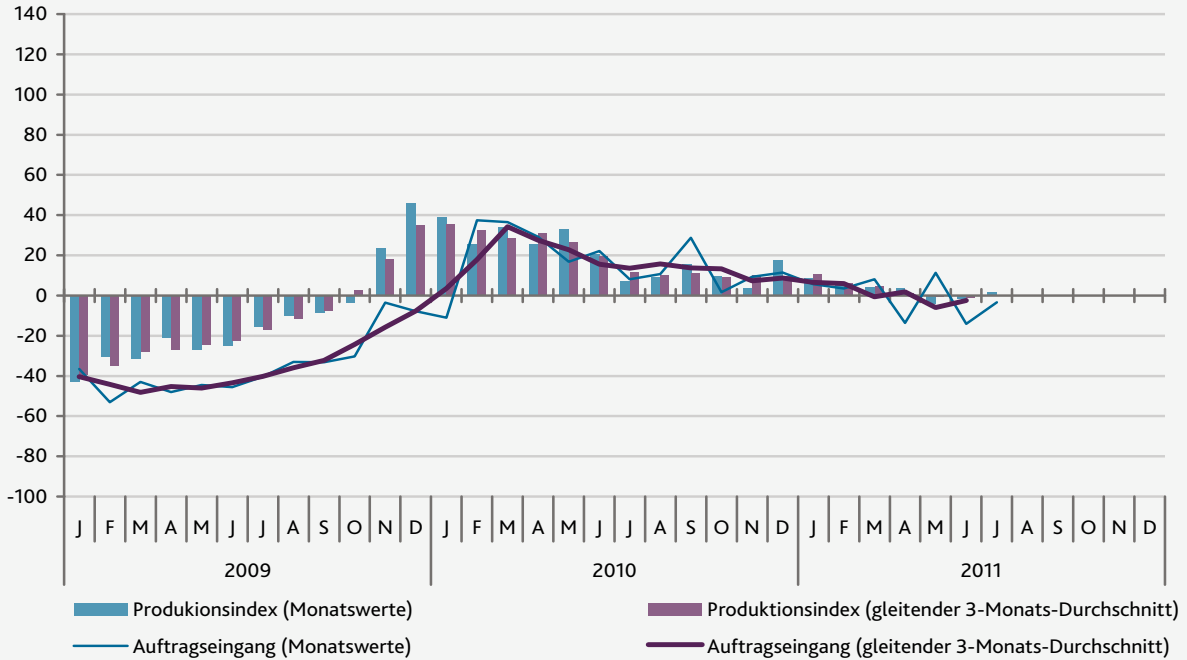
Produktionsindex (Monatswerte)
 Produktionsindex (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)
 Auftragseingang (Monatswerte)
 Auftragseingang (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)

¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) Herstellung von chemischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 33%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



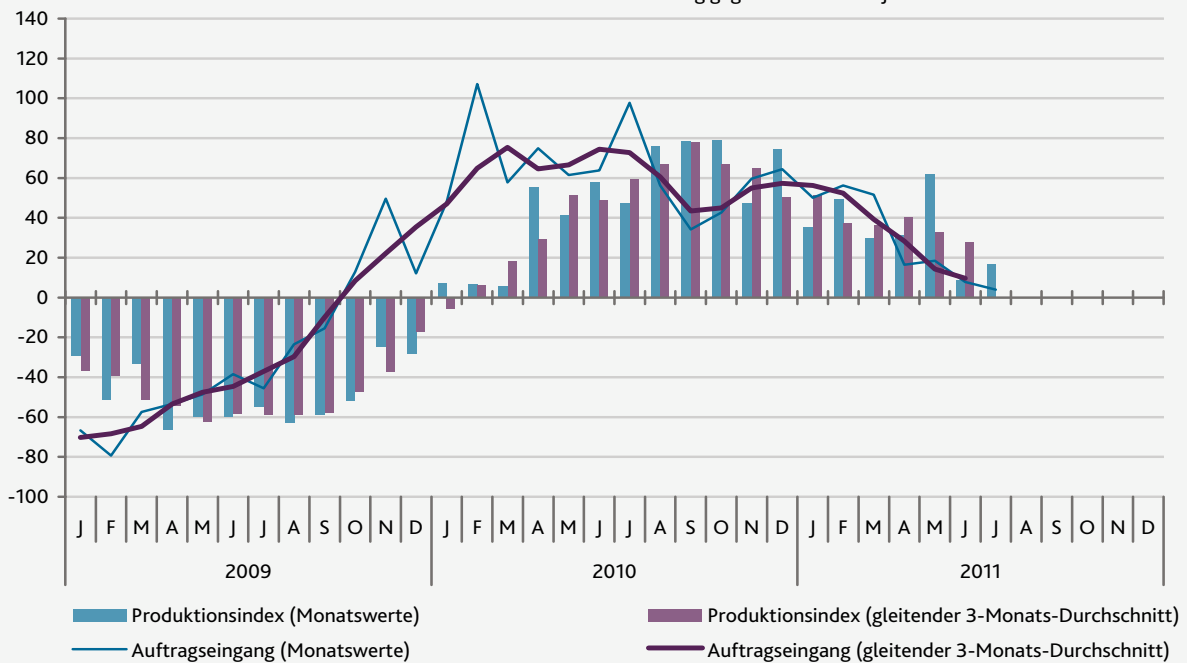
¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 12%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



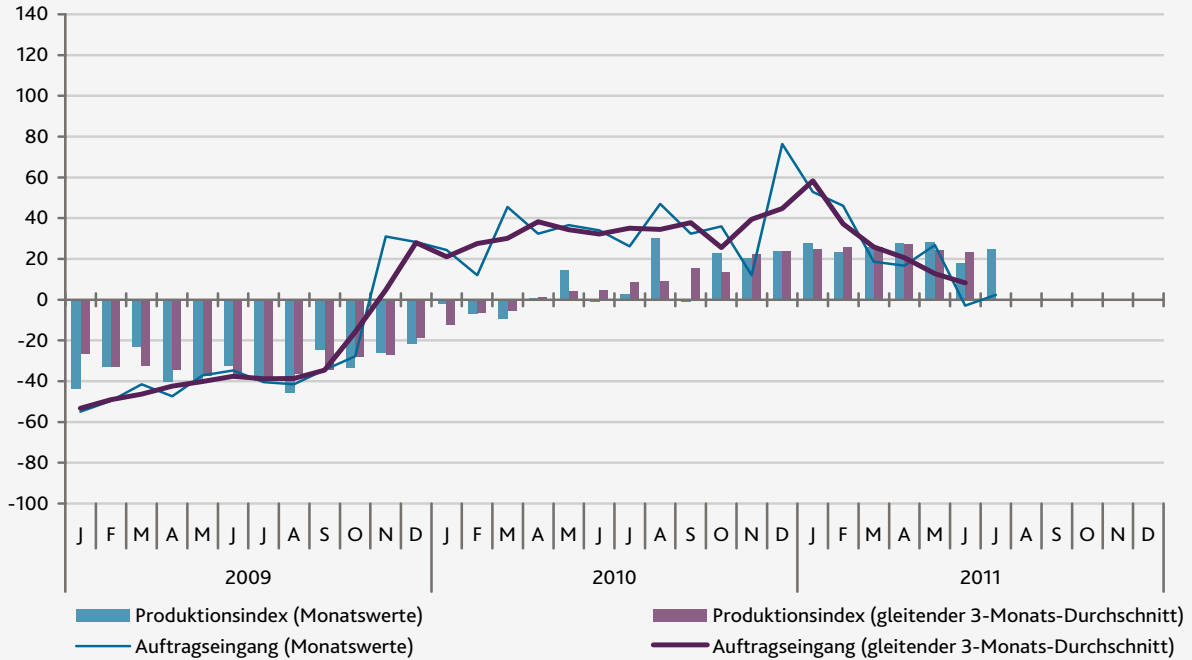
¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) Maschinenbau

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 8%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



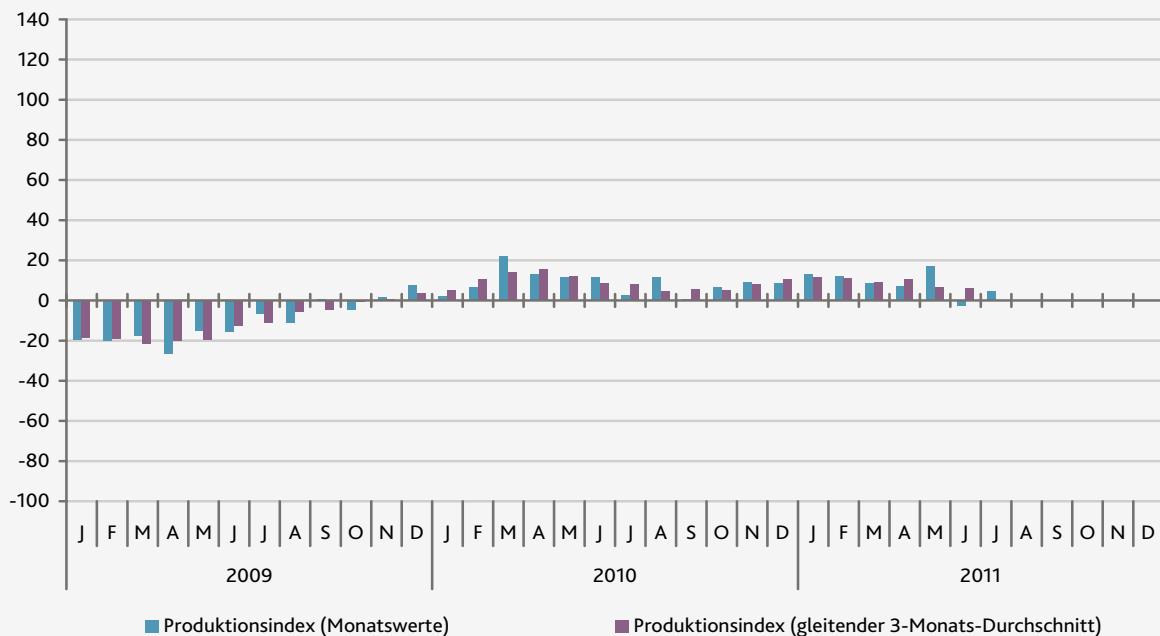
1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt) Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren¹

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 6%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



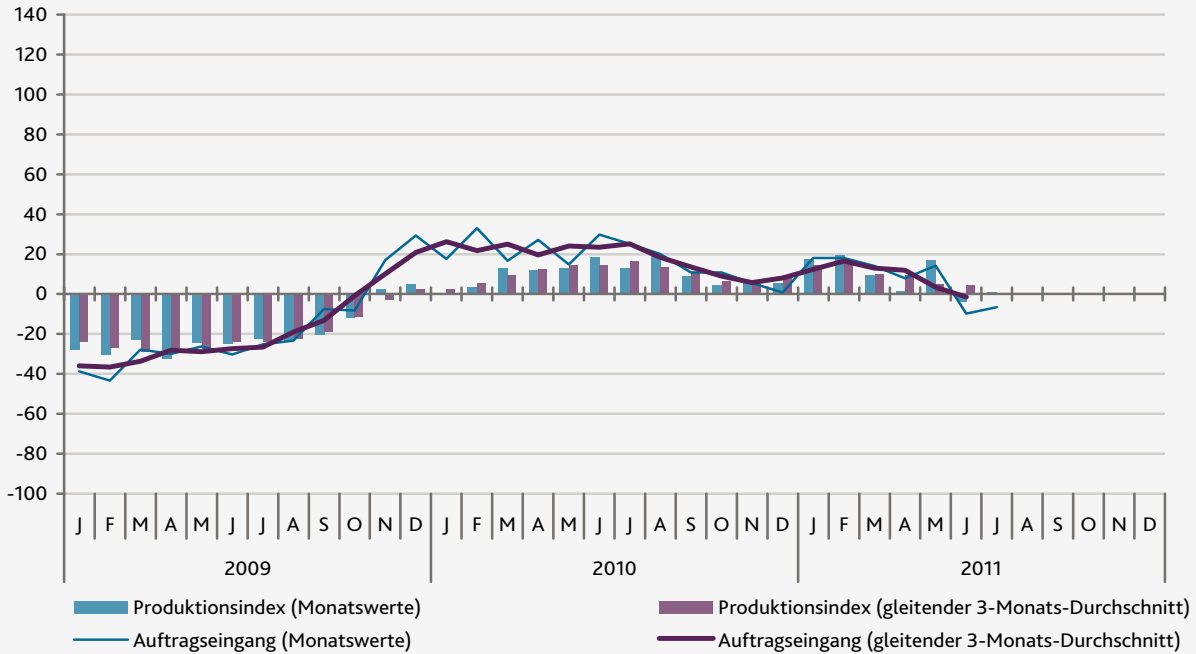
1 Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) Herstellung von Metallerzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 5%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



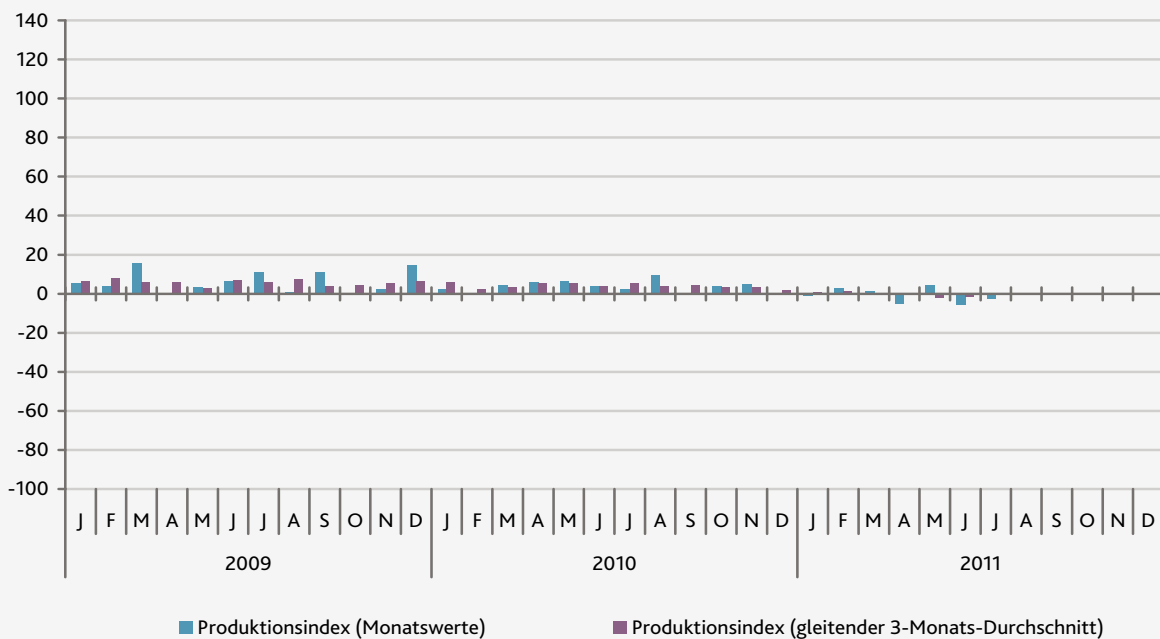
¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt) Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln¹

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 5%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht.

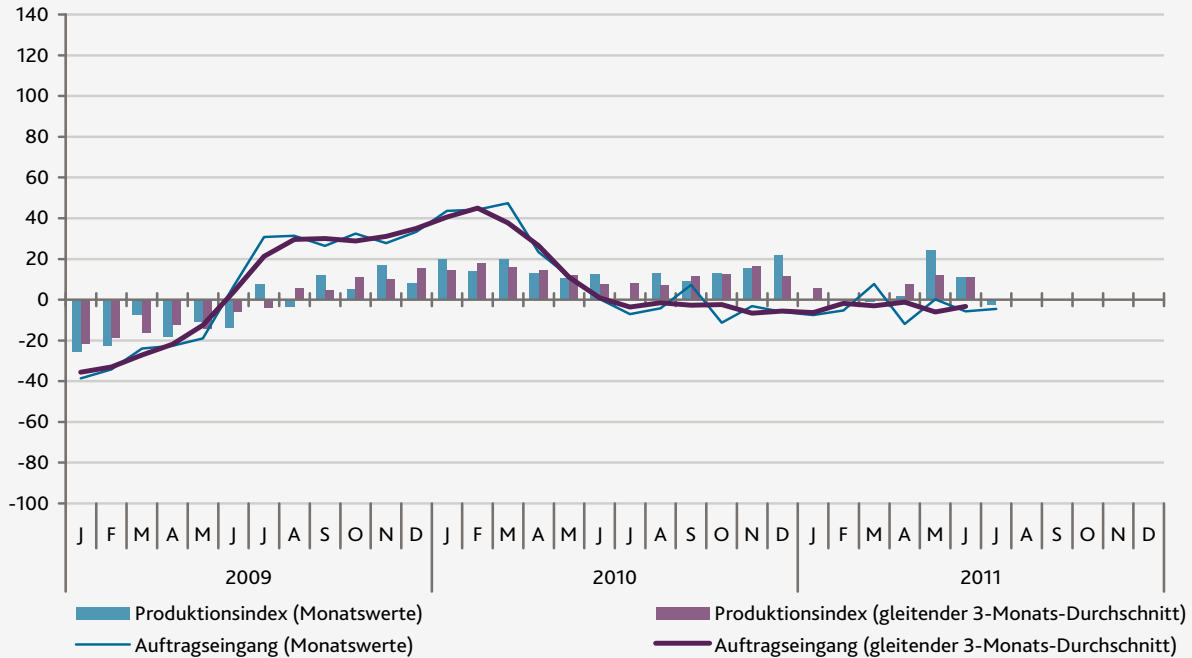
² Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) Metallerzeugung und -bearbeitung

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 4%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



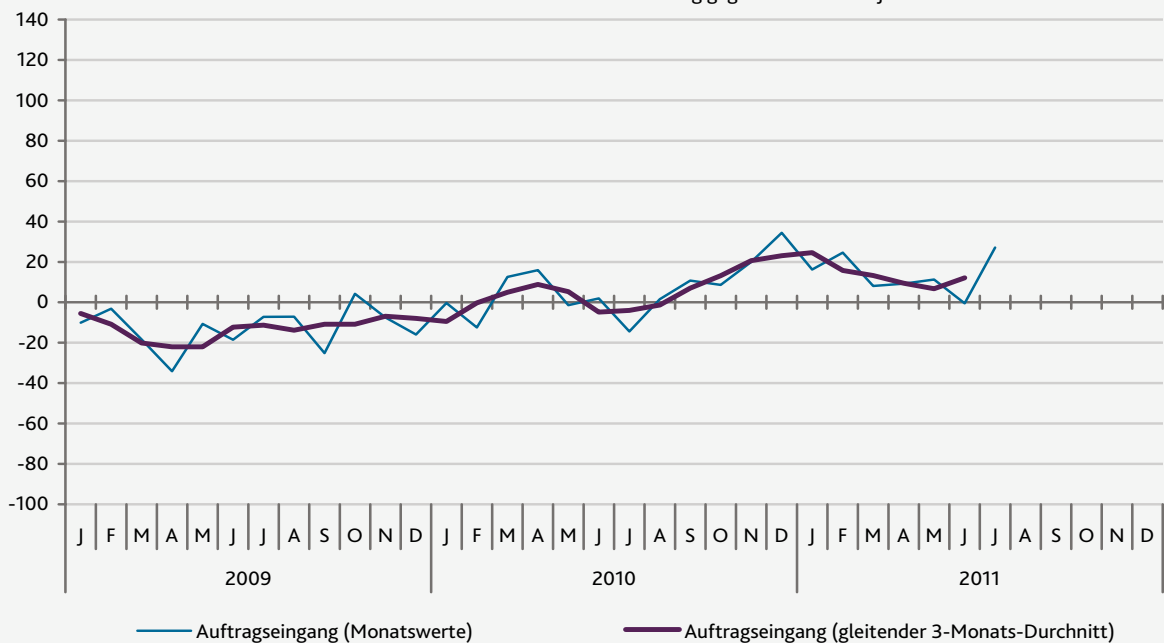
¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 5%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

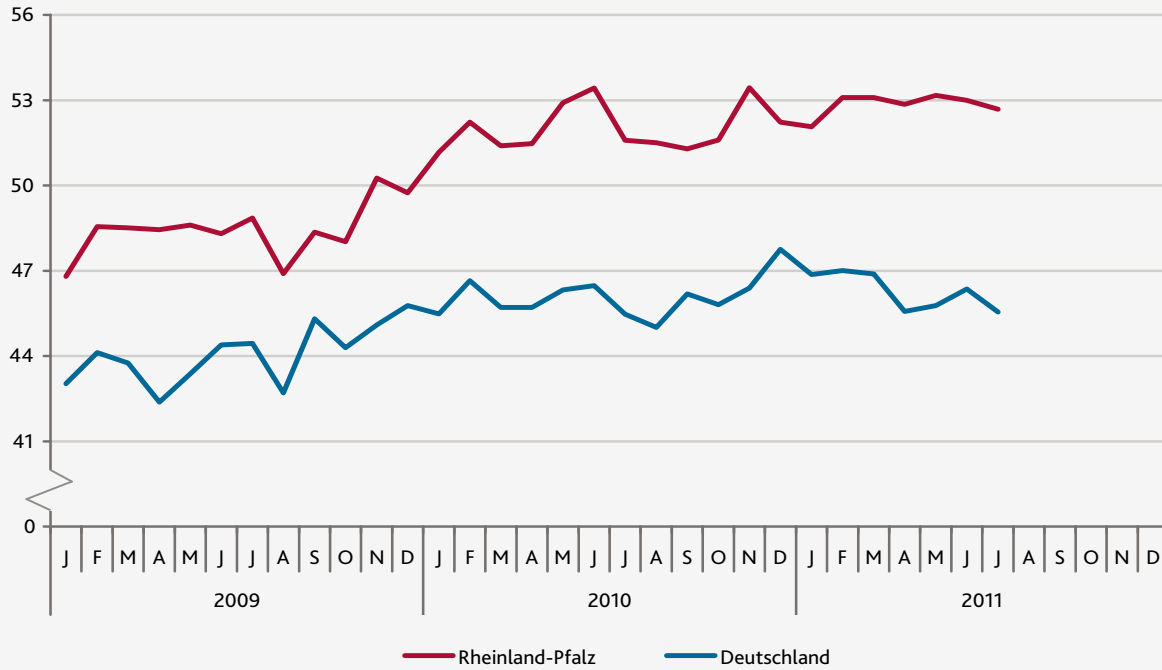


¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

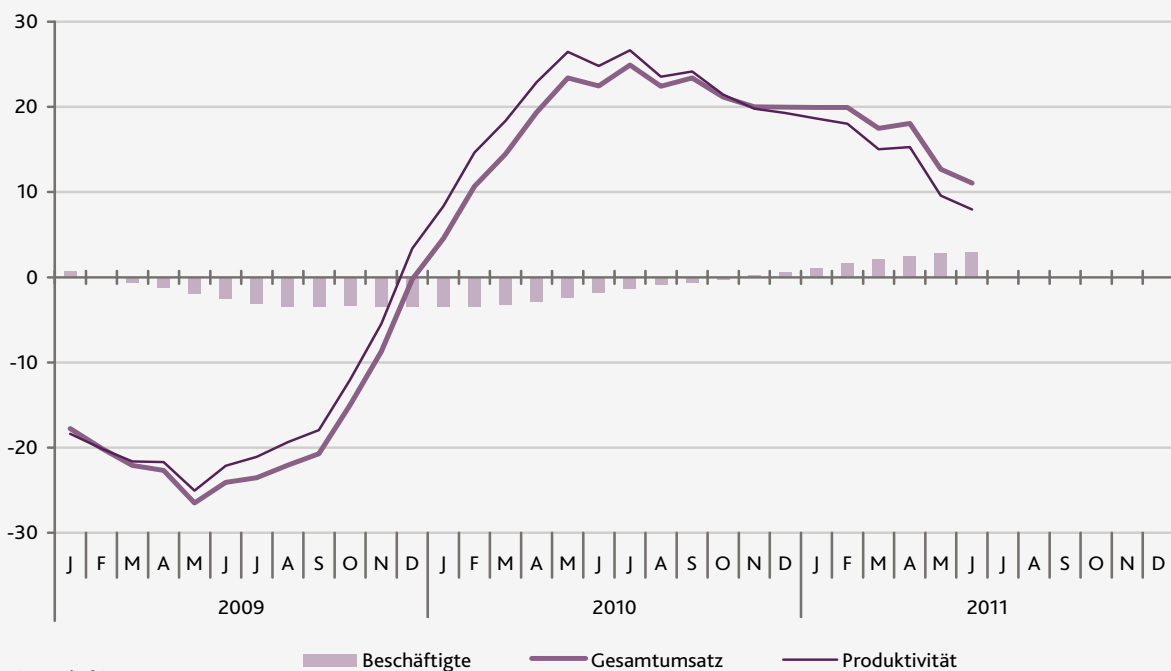
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im verarbeitenden Gewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



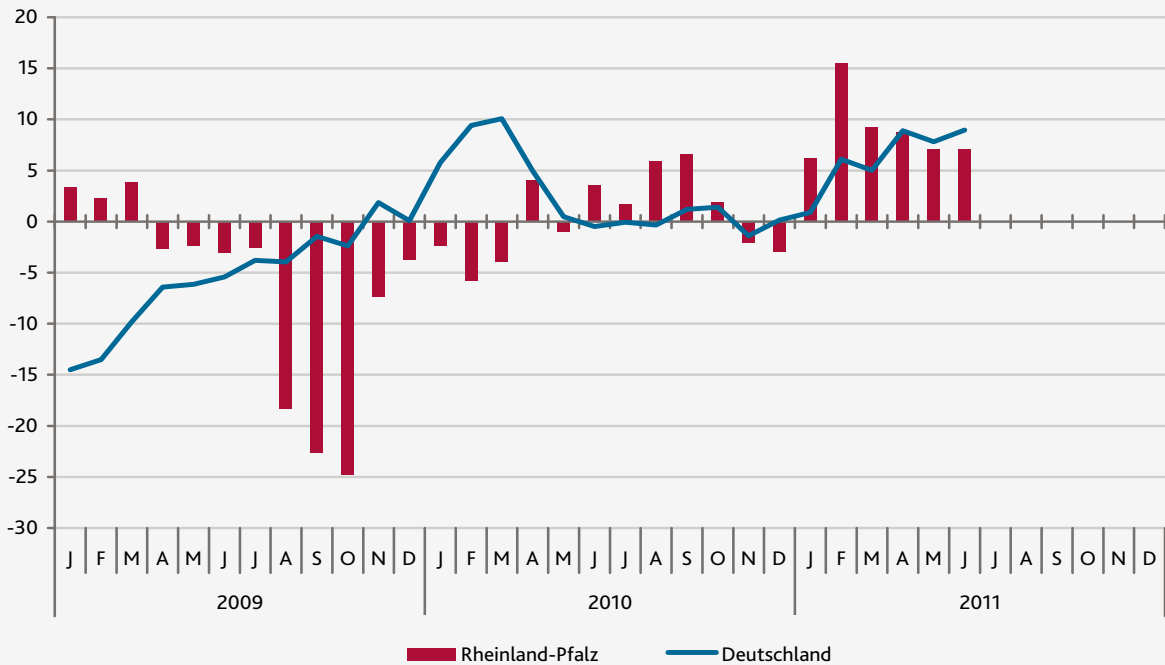
1 Umsatz je Beschäftigten.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

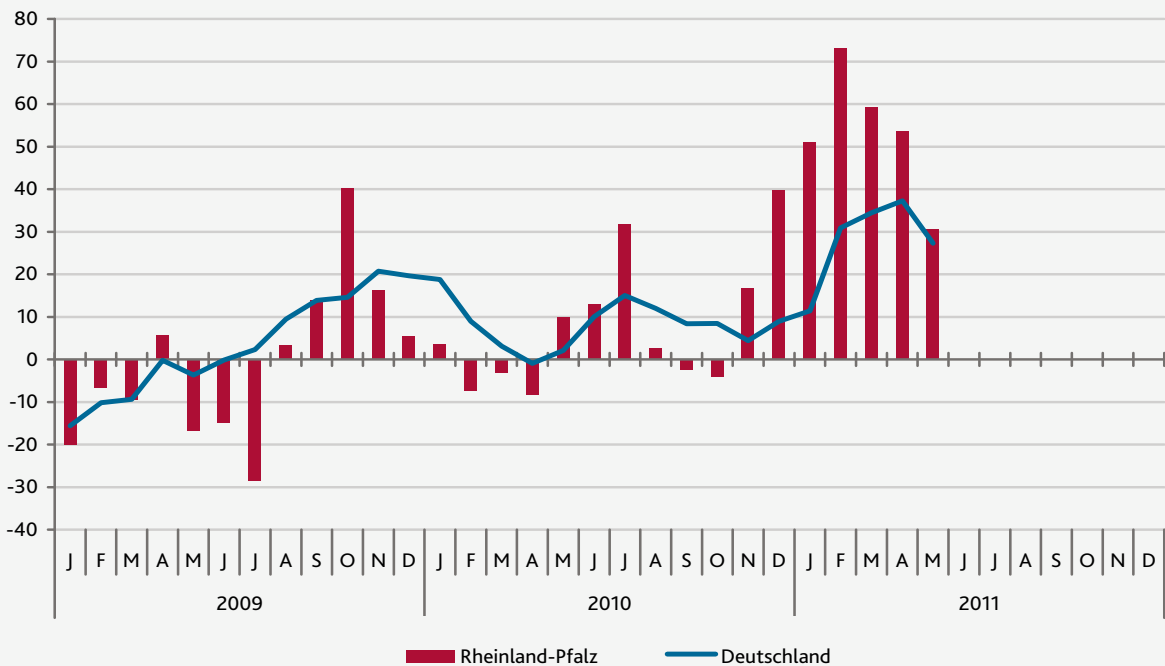


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugenehmigungen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

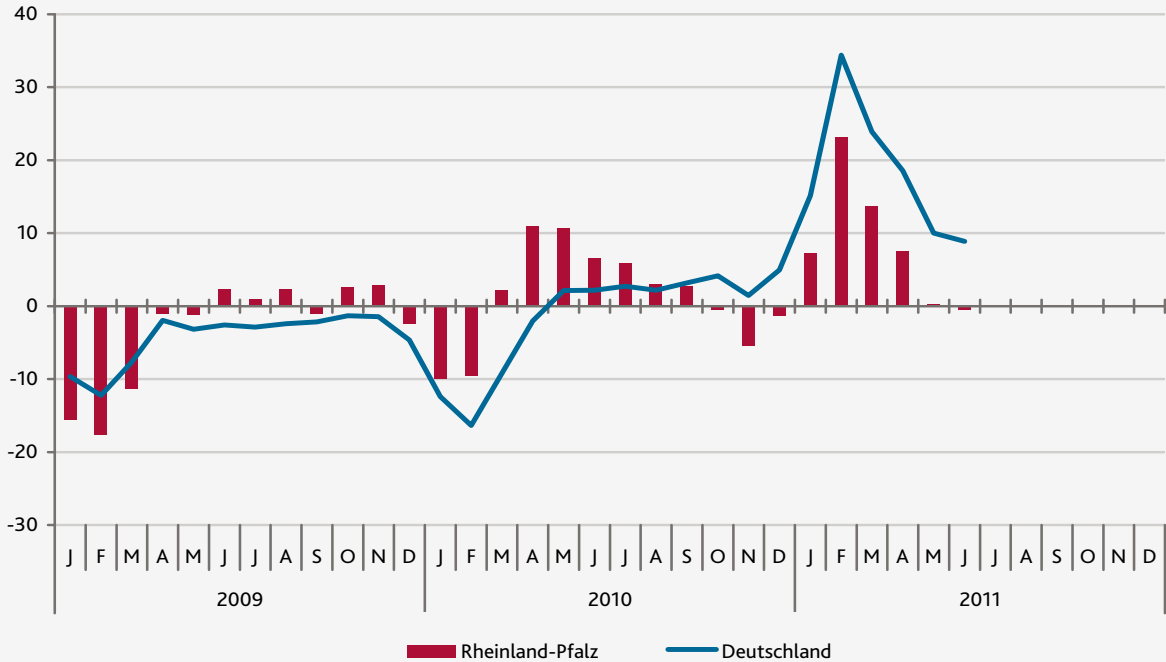


1 Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

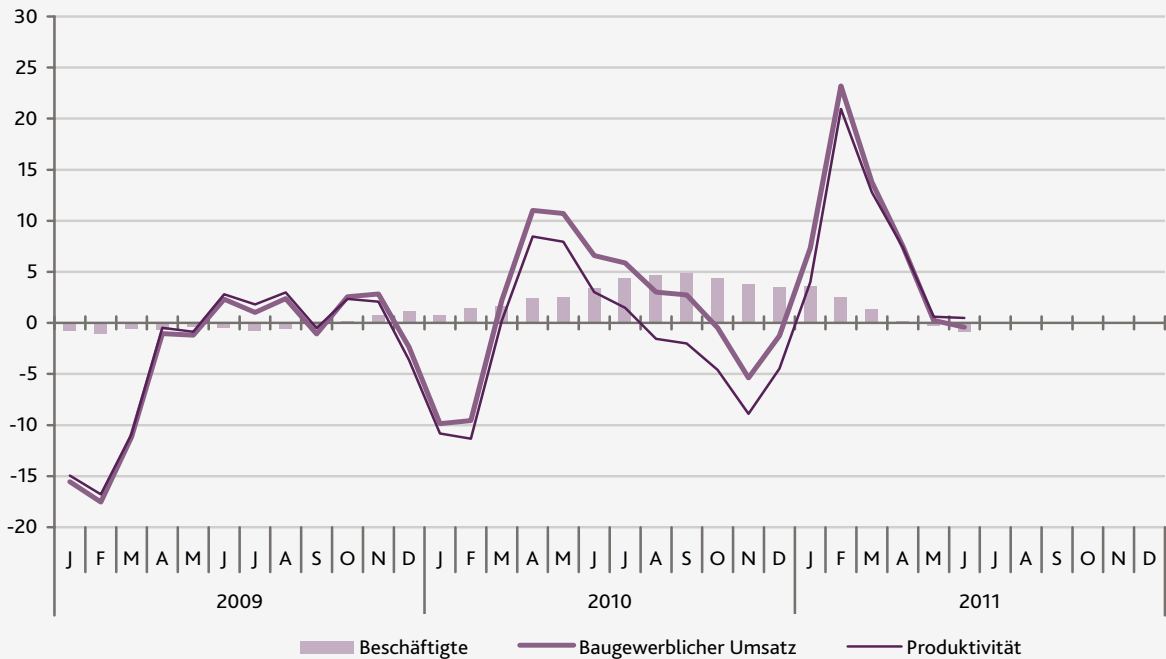
Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im Bauhauptgewerbe
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



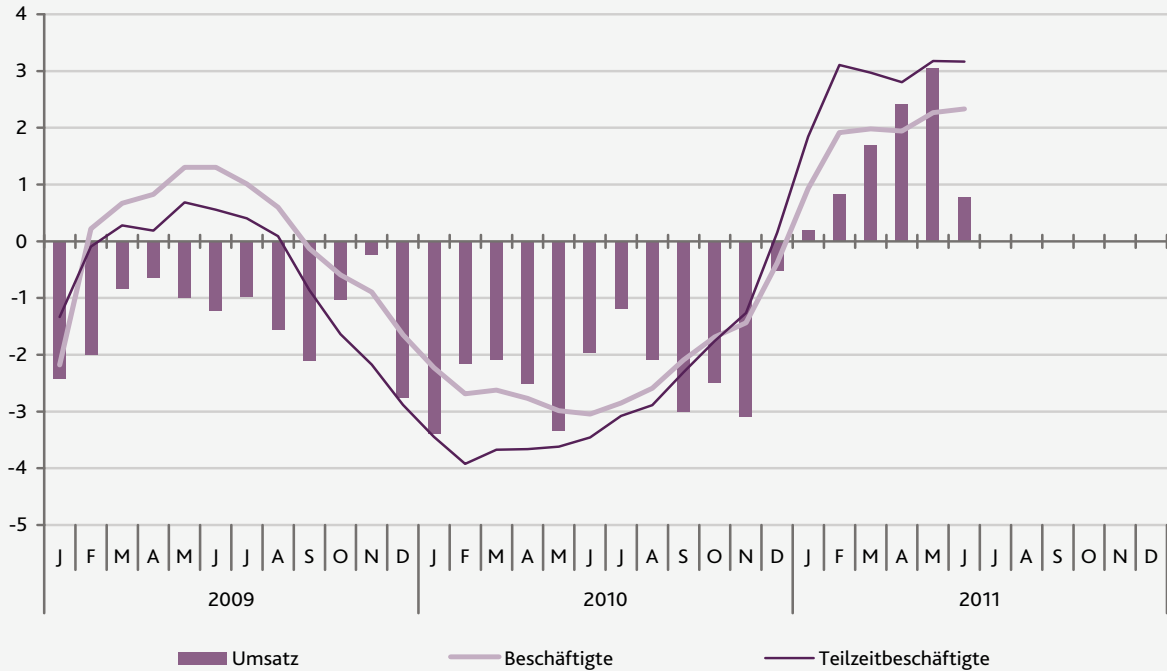
1 Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

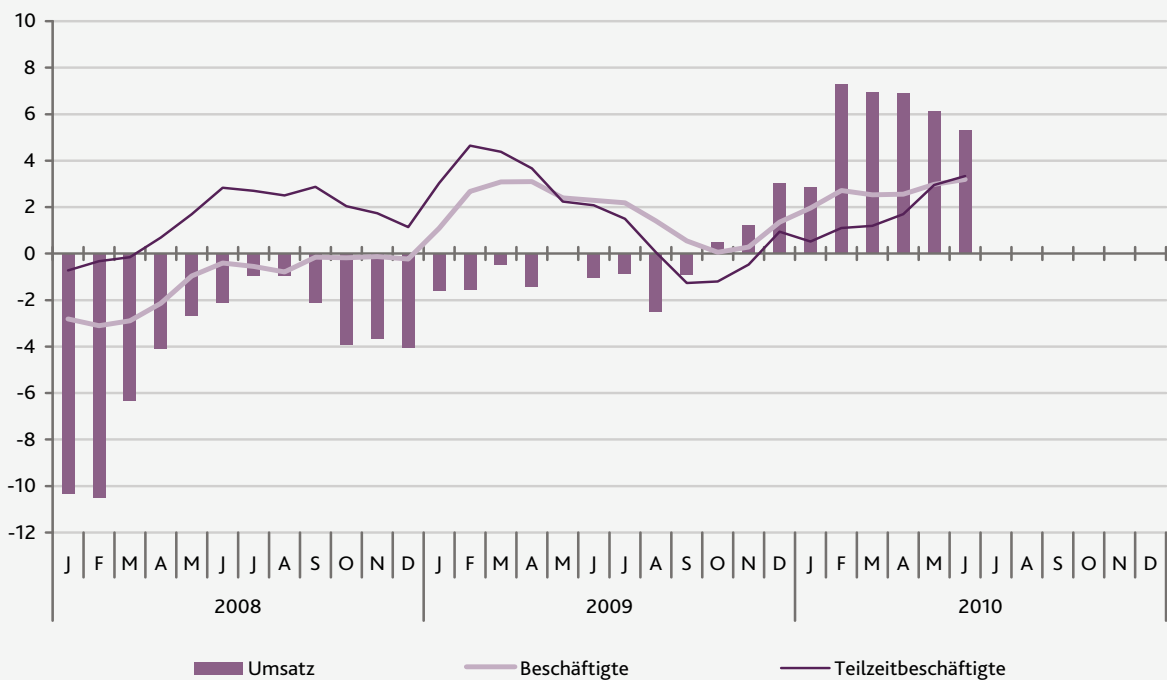


¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

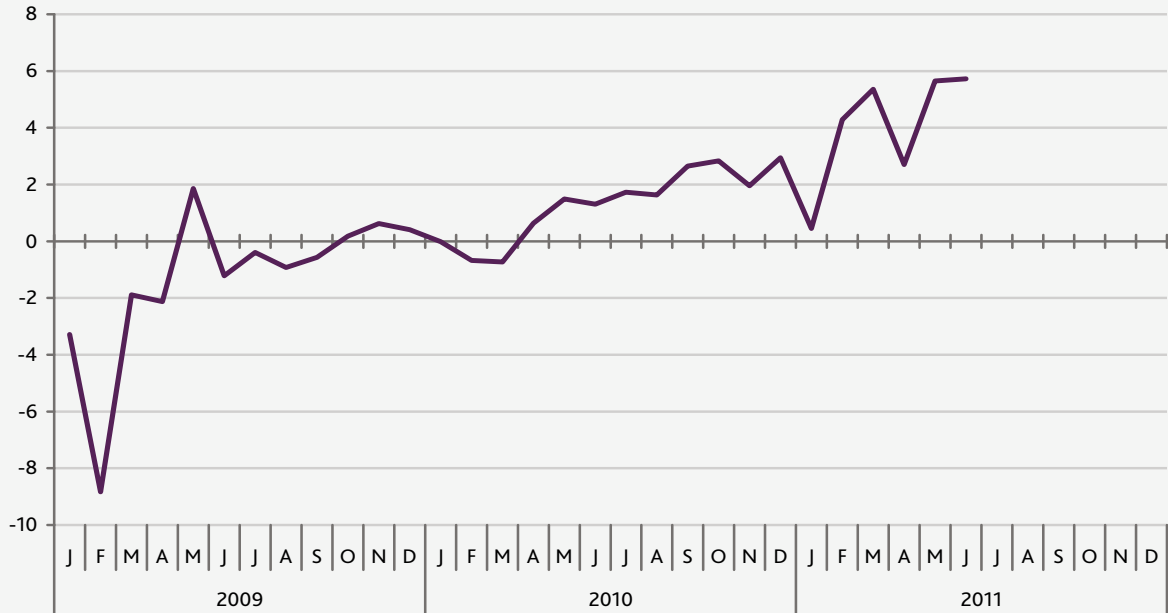


¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gästeübernachtungen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

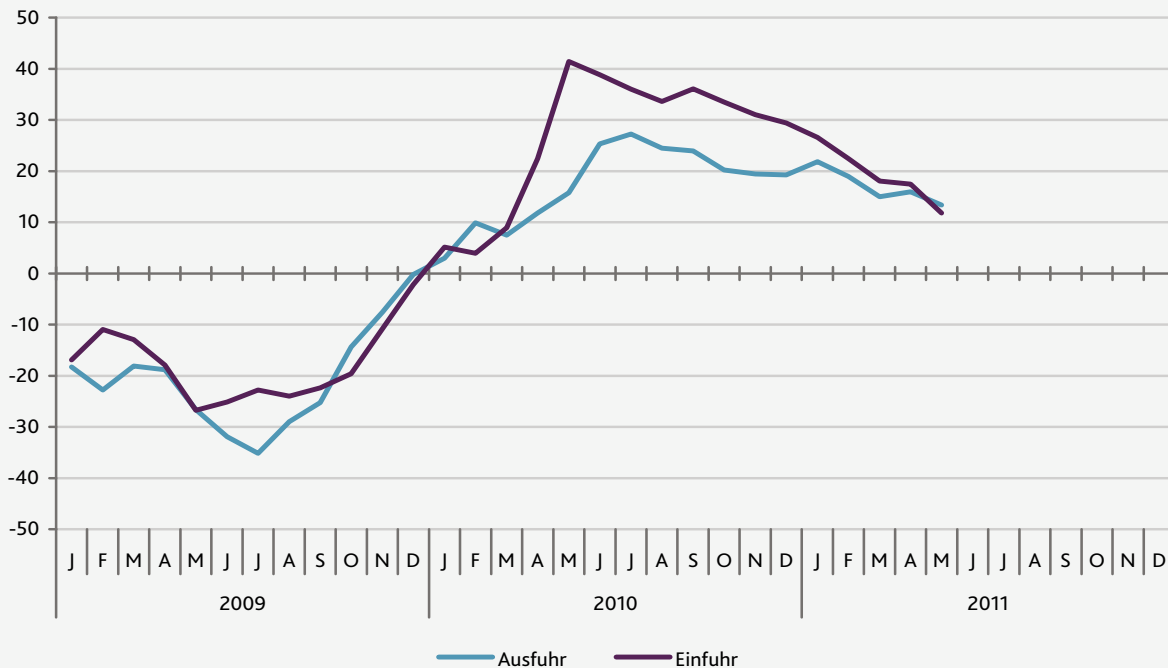


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Außenhandel¹ in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



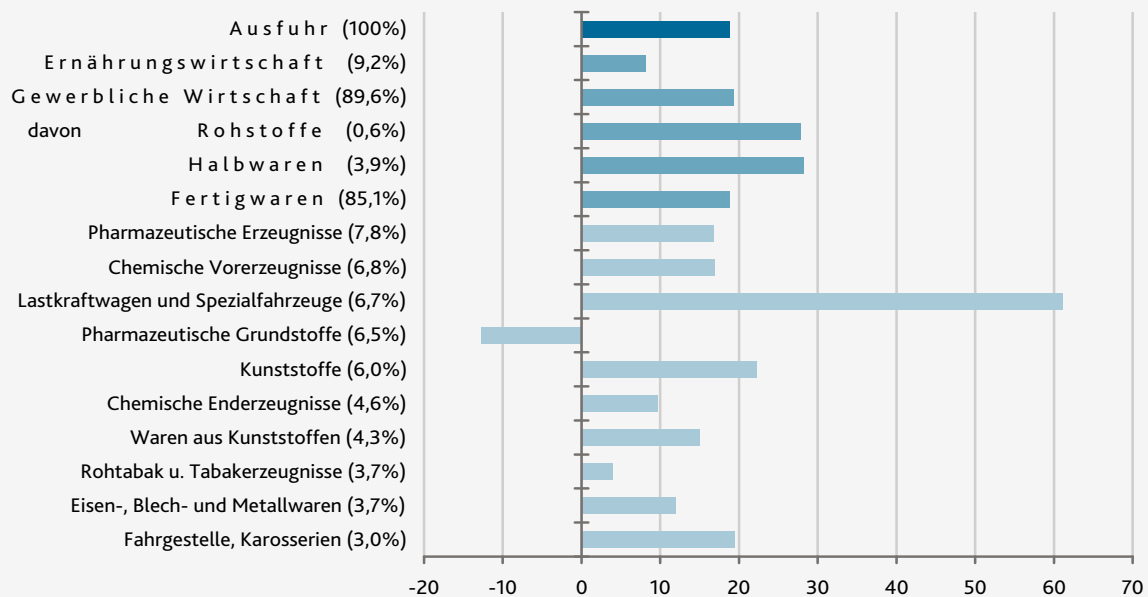
1 Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland.

2 Der Durchschnitt wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Juli 2010 - Juni 2011 nach Warengruppen¹

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

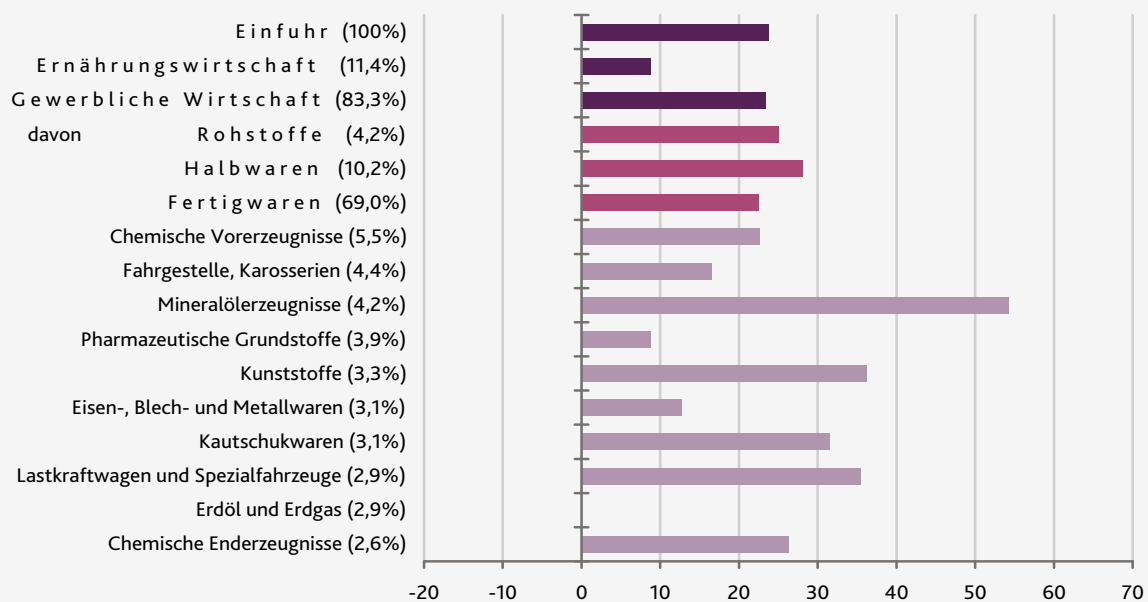


¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Juli 2010 - Juni 2011 nach Warengruppen¹

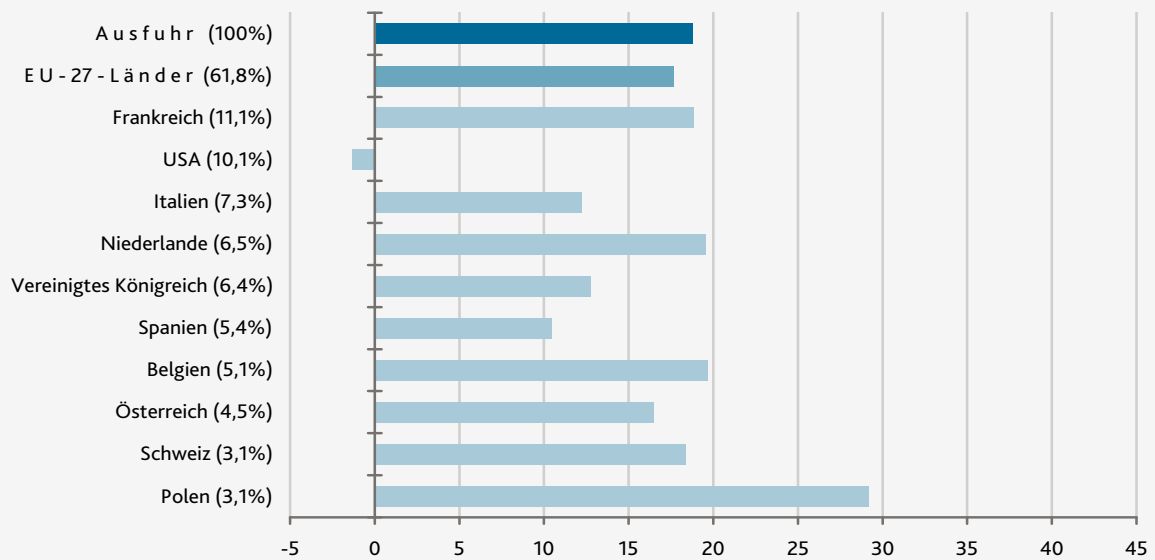
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

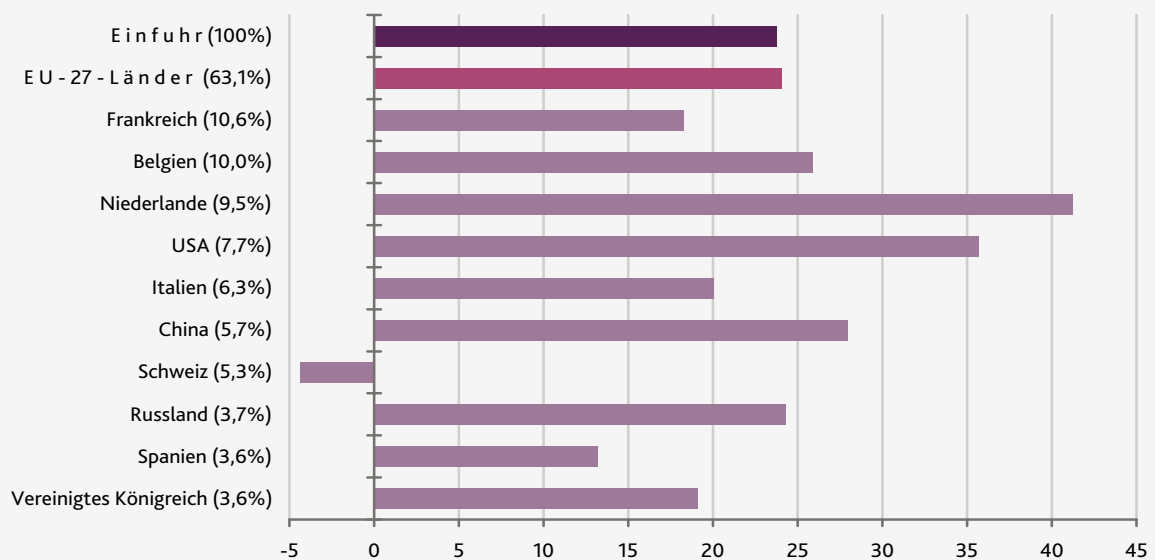
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Juli 2010 - Juni 2011 nach Bestimmungsländern¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

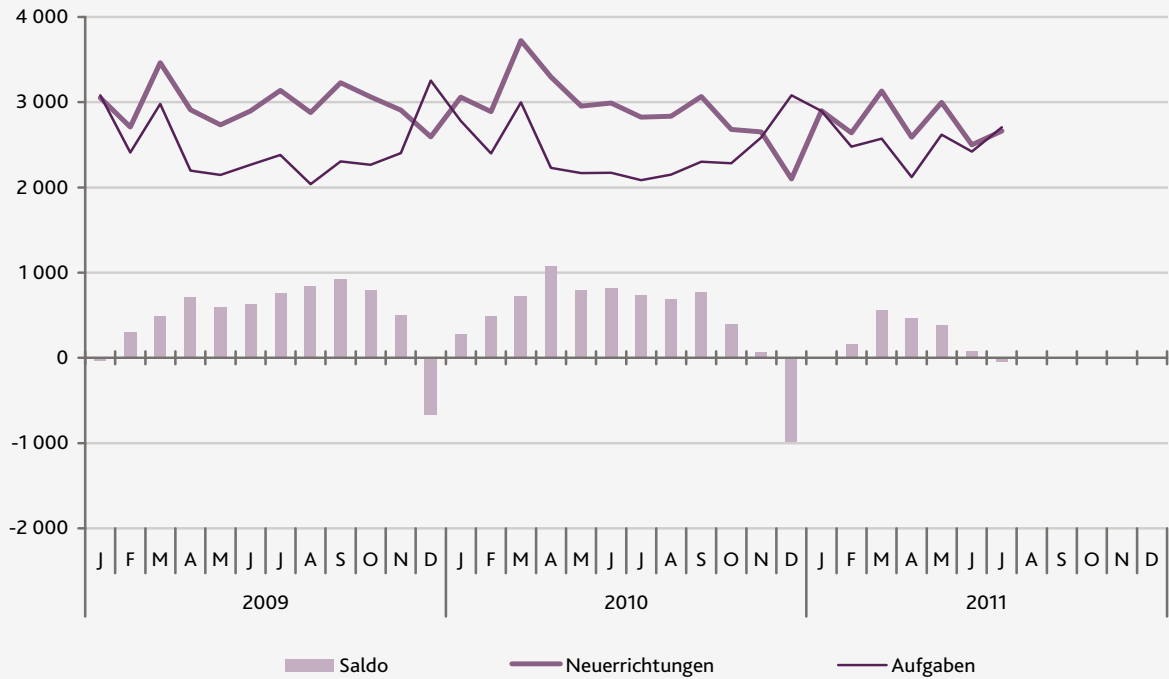
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Juli 2010 - Juni 2011 nach Herkunftsländern¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

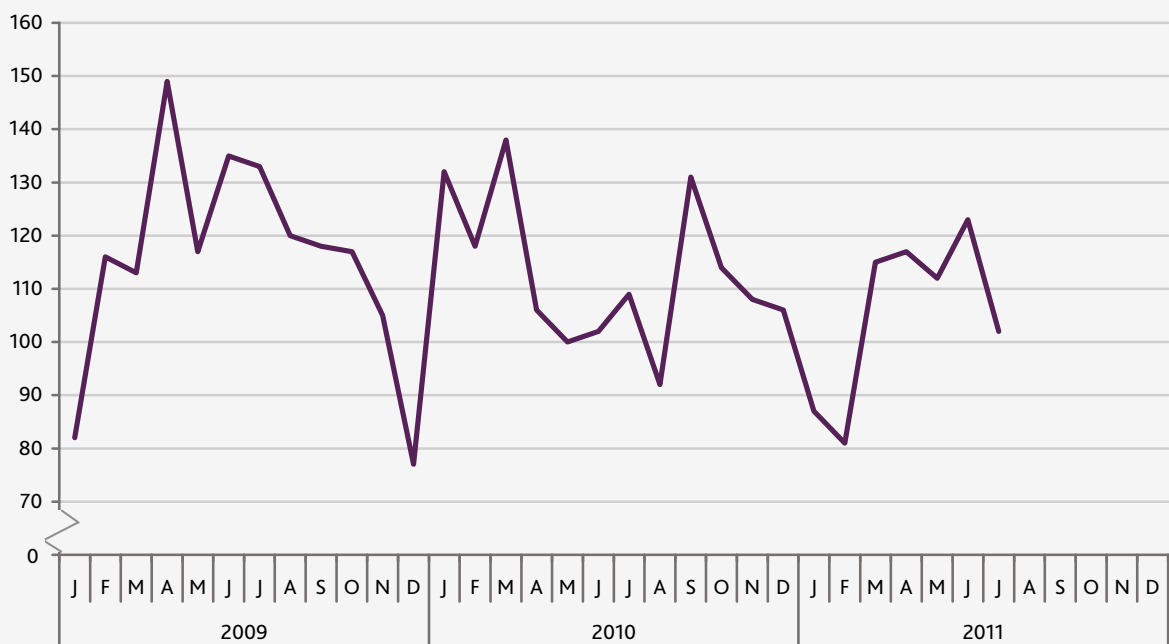
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gewerbeanzeigen



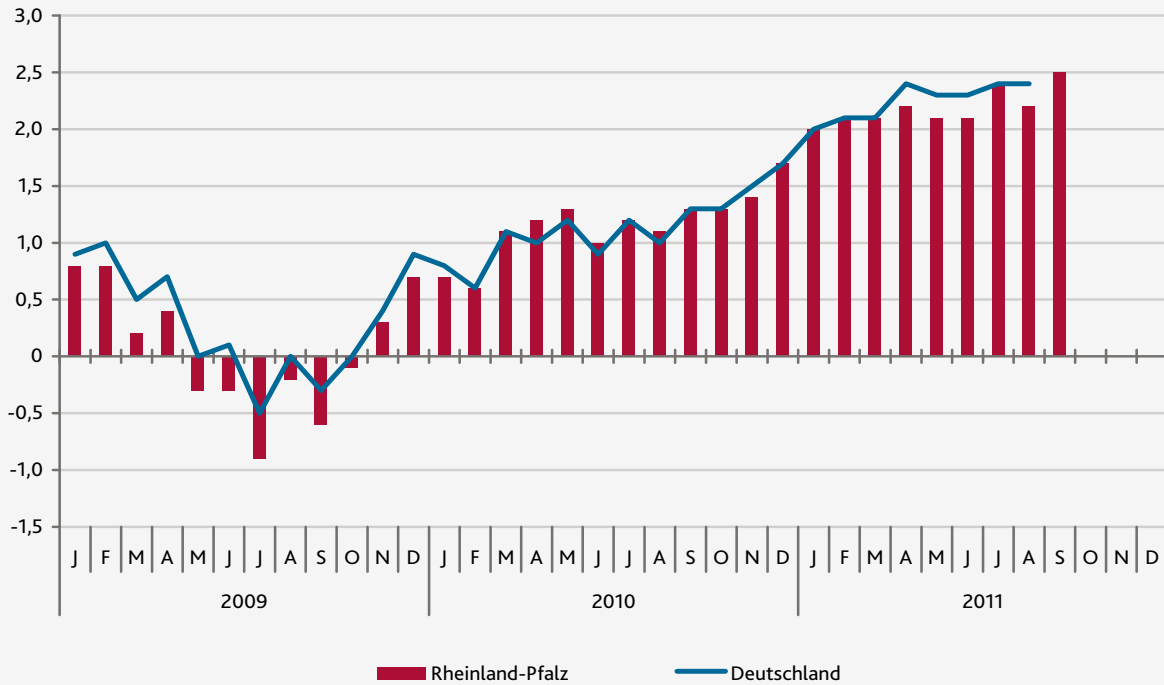
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Unternehmensinsolvenzen



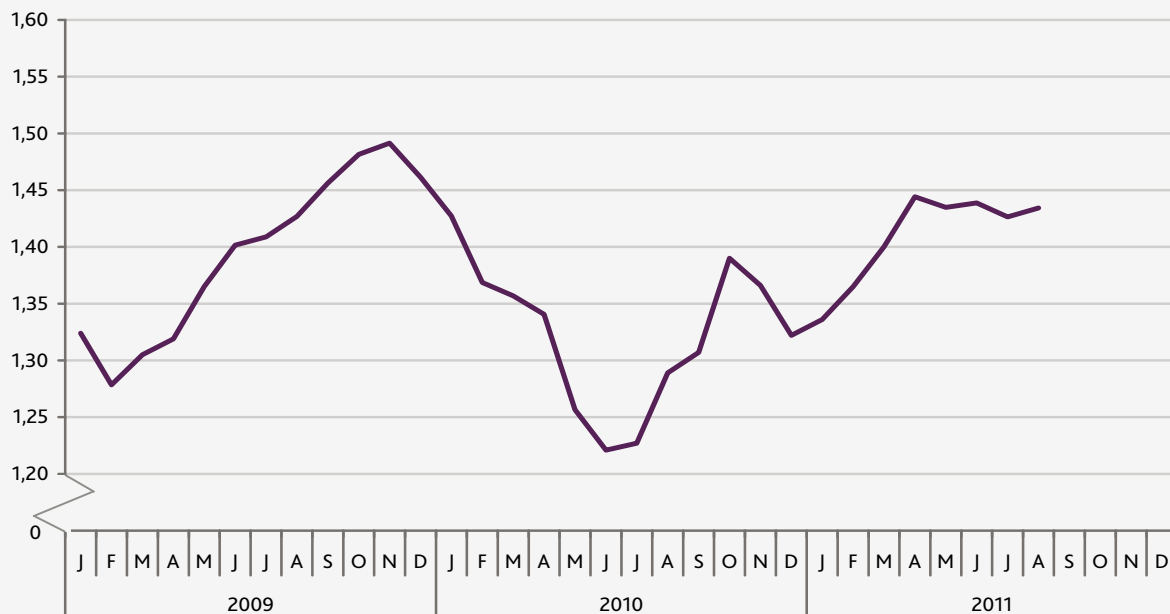
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

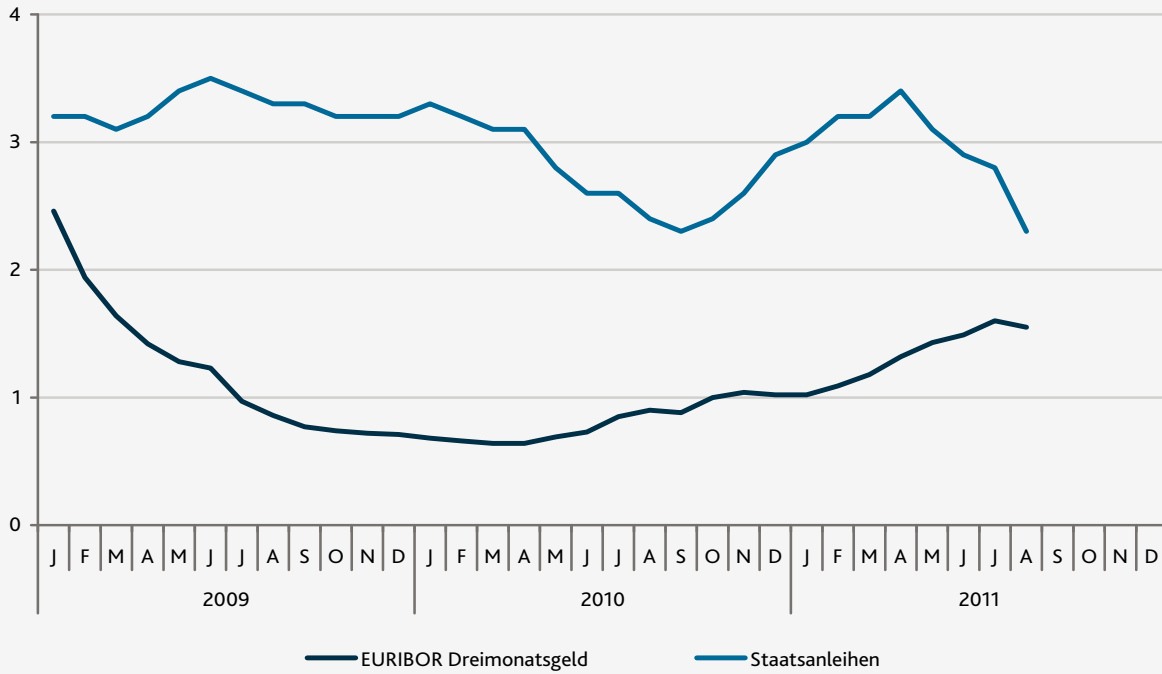
Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

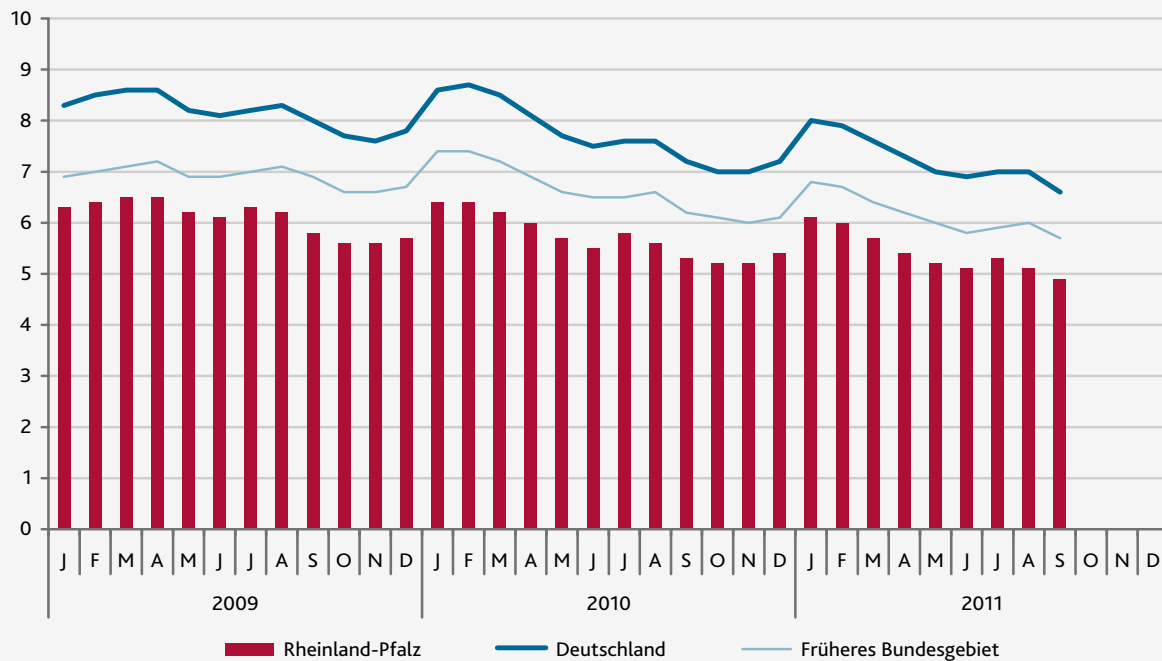
Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
 Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

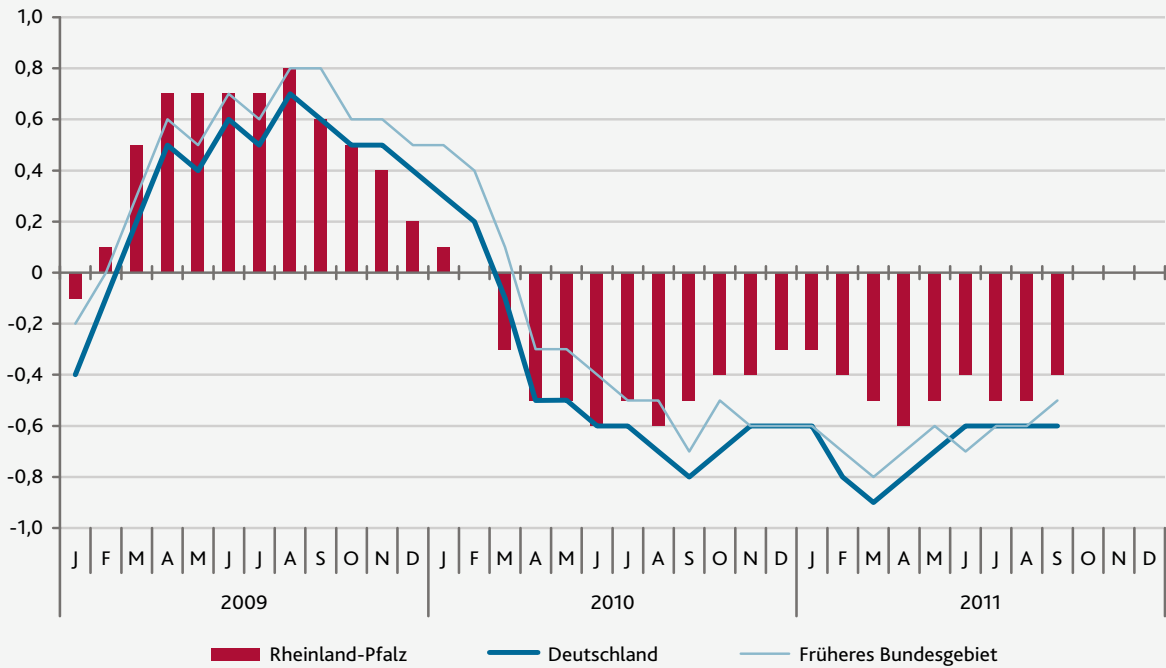
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
 Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

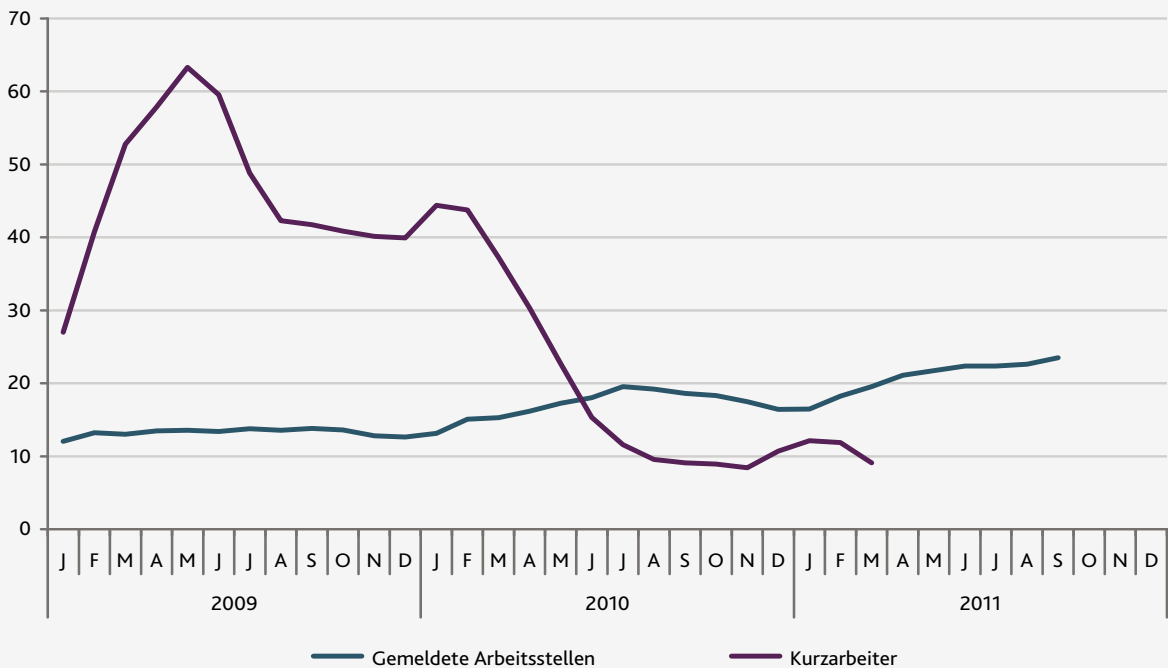
Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

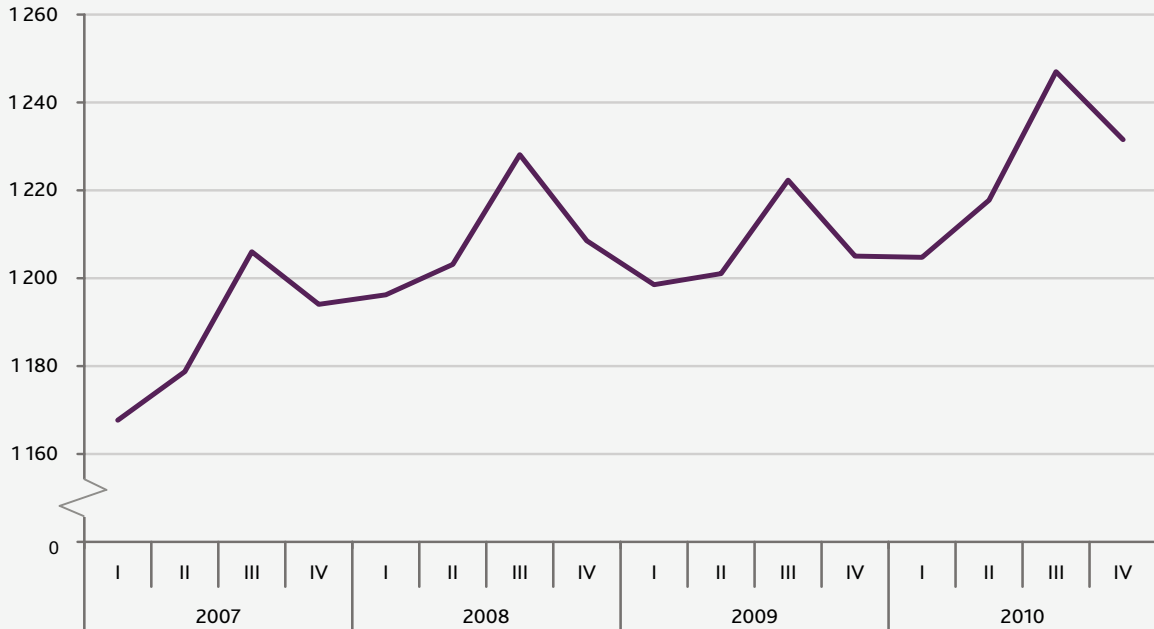
Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

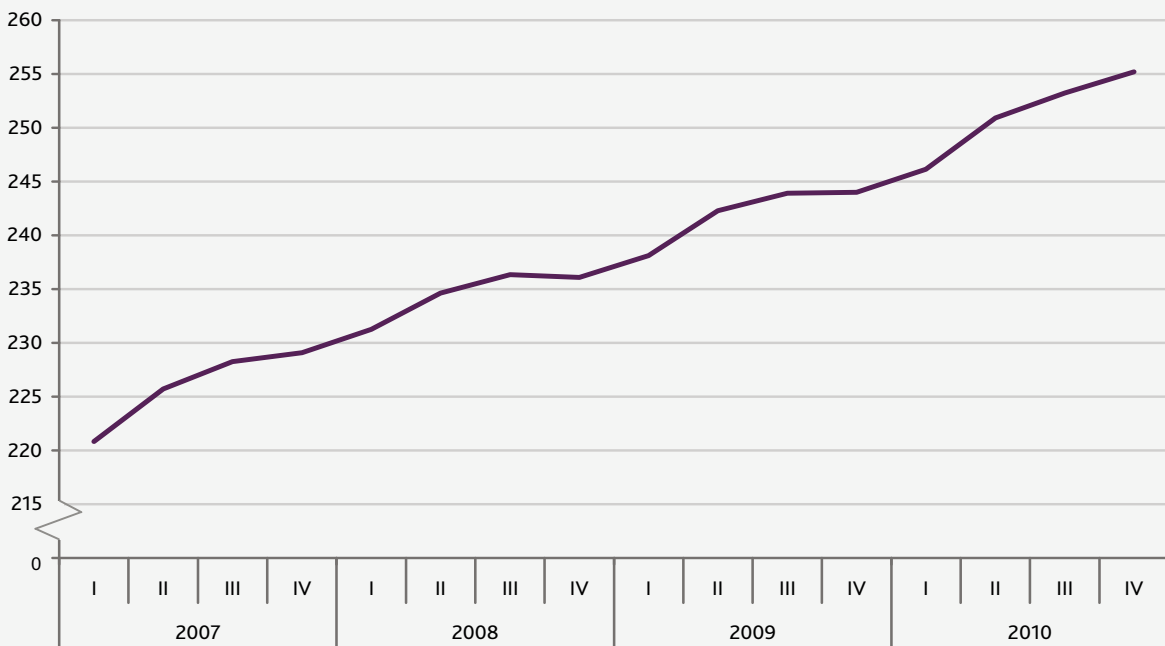
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

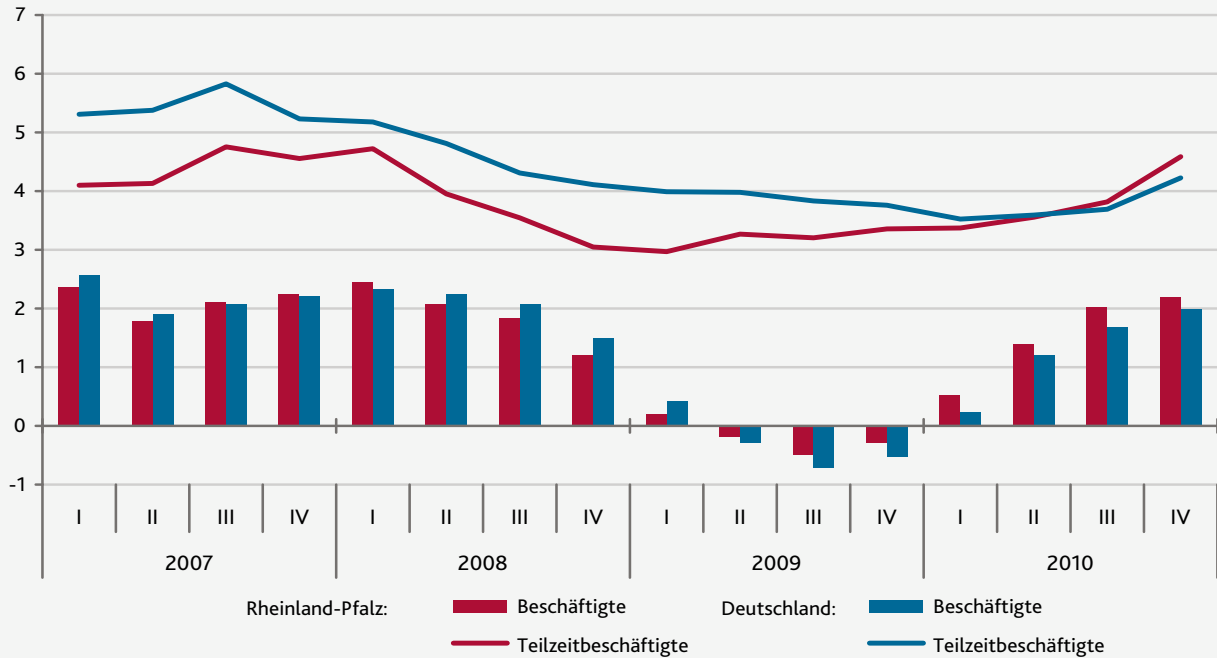
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

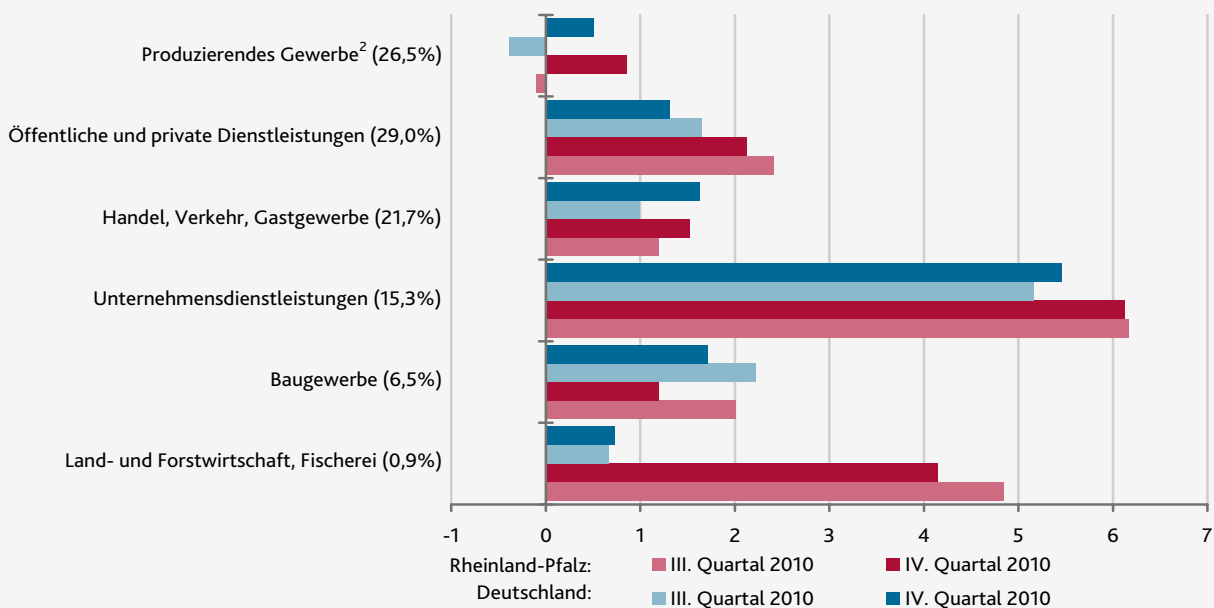
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

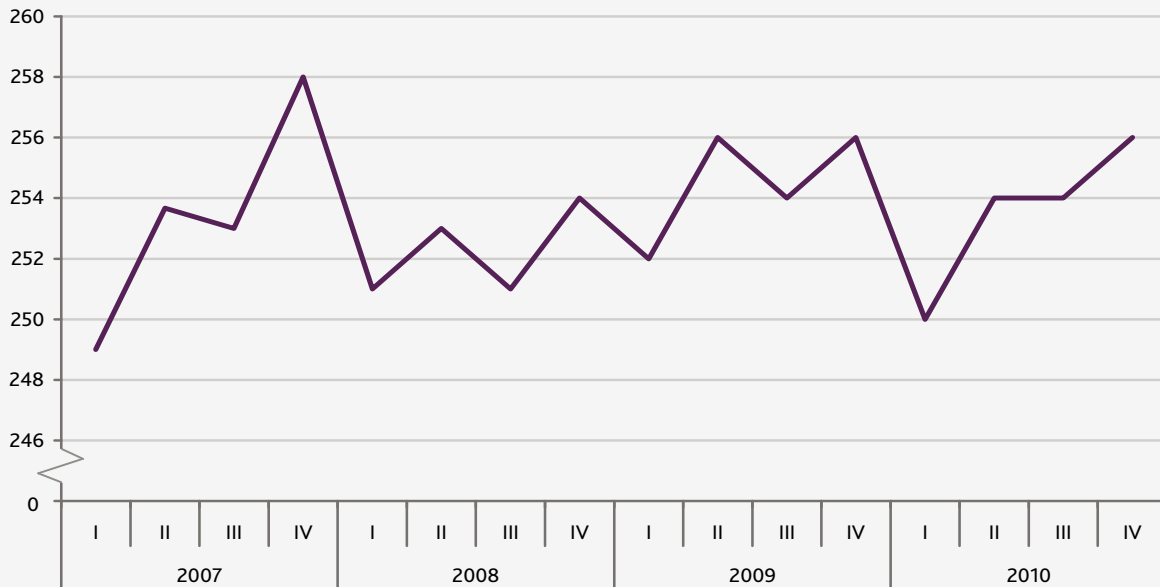
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2010. – ² Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

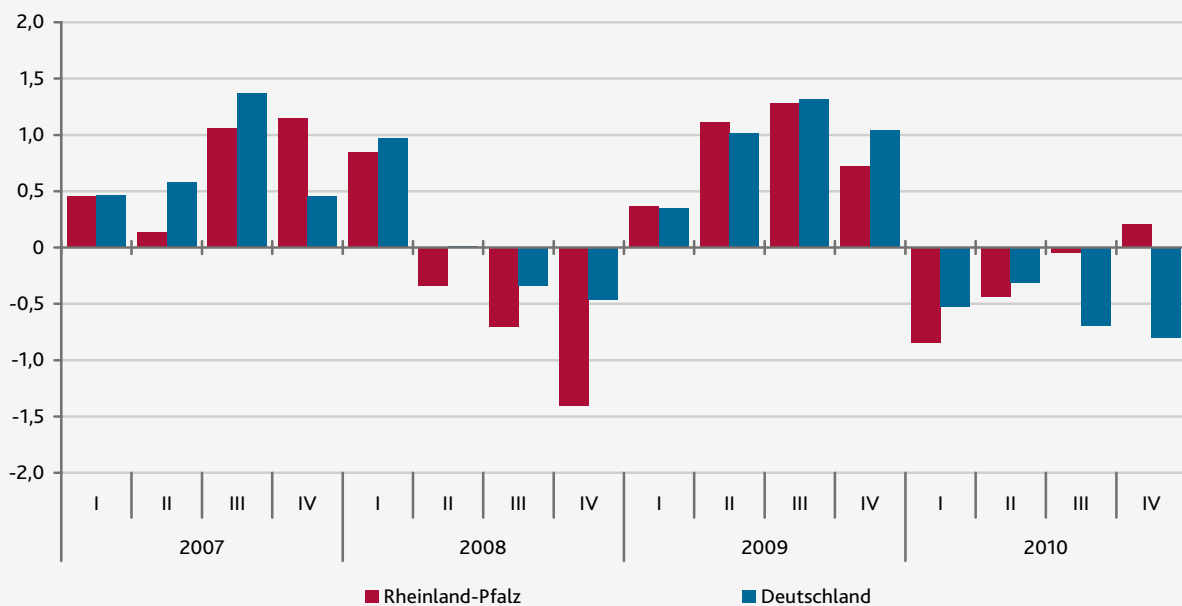
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹ am Arbeitsort
in 1 000



¹ Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

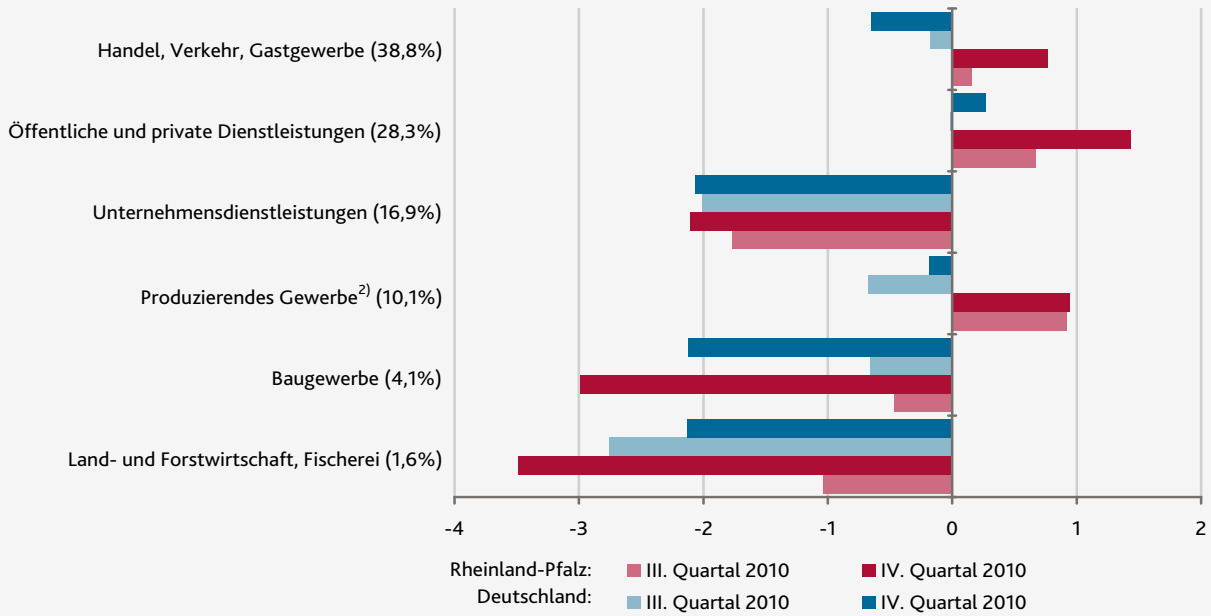
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2010. – ² Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 20. September 2011.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz ($= \text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um

Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2005 (d. h. 2005=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit

sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neueröffnung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug

in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktionsindex

Der Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe ist ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Er misst die monatliche Produktionsleistung von rund 1 000 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 50 Beschäftigten. Bei diesen Betrieben wird monatlich die Produktion industrieller Erzeugnisse wertmäßig erhoben. Die Wertangaben werden mit dem Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um Preisentwicklungen bereinigt. Aus den

preisbereinigten Wertangaben werden auf den Monatsdurchschnitt des Jahres 2005 bezogene Messzahlen gebildet. Die Messzahlen werden mit den landesspezifischen Produktionswertanteilen zu Wirtschaftszweigindizes verdichtet.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 400 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatz-

steuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

20	129 151	130 953	128 093	127 962	127 452
752	134 121	128 093	133 450	157 264	110 138
6 058	126 824	133 450	157 264	111 776	80 756
134 628	134 545	157 827	111 776	80 756	63 568
157 811	157 827	113 035	80 756	63 568	77 648
113 466	113 035	84 980	63 568	77 648	92 396
87 007	84 980	64 829	77 648	92 396	125 873
65 282	64 829	78 146	92 396	125 873	103 800
78 320	78 146	94 429	125 873	103 800	69 027
95 409	94 429	125 677	103 800	69 027	

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 013 ¹	4 004 ¹	4 008	4 008	4 007	4 000	4 000	3 999	...
darunter Ausländer ²	1 000	306 ¹	309 ¹	306	307	307	309	309	310	...

Natürliche Bevölkerungsbewegung³

* Eheschließungen ⁴	Anzahl	1 656	1 681	953	1 189	2 264	643	802	1 232	...
* Lebendgeborene ⁵	Anzahl	2 573	2 631	2 762	2 314	2 492	2 285	2 563	2 179	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	7,7	7,9	8,1	7,0	7,3	7,4	7,5	6,6	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶	Anzahl	3 659	3 622	4 134	3 558	3 495	3 720	4 001	3 478	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,9	10,8	12,1	10,8	10,3	12,1	11,8	10,6	...
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁶	Anzahl	10	8	9	6	11	9	10	5	...
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	4,0	3,1	3,3	2,6	4,4	3,9	3,9	2,3	...
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 085	- 991	-1 372	-1 244	-1 003	-1 435	-1 438	-1 299	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 3,2	- 3,0	- 4,0	- 3,8	- 2,9	- 4,7	- 4,2	- 4,0	...

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 989	8 088	8 144	7 973	7 283	6 802	8 426	7 932	...
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 656	2 746	2 946	2 746	2 487	2 412	3 248	2 945	...
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 224	7 851	7 870	6 900	6 679	6 921	7 831	7 249	...
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 608	2 273	2 472	1 861	2 039	2 175	2 277	1 789	...
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	- 234	237	274	1 073	604	- 119	595	683	...
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁷	Anzahl	12 832	12 576	13 098	12 377	11 351	11 405	13 061	11 846	...

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte ^{8,9}	Einheit	2007	2008	2009		2010				
		30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.		
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰	1 000	1 179	1 203	1 201	1 222	1 205	1 205	1 218	1 247	1 232
* Frauen	1 000	527	540	549	559	556	556	558	571	569

1 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 2 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 4 Nach dem Ereignisort. – 5 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 8 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 9 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 10 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit**Beschäftigte^{1,2}**

	Einheit	2007	2008	2009			2010			
				30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
* Ausländer/-innen	1 000	73	77	76	77	71	74	78	81	76
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	226	235	242	244	244	246	251	253	255
* darunter Frauen	1 000	195	202	208	209	209	211	214	216	218
davon nach Wirtschaftsbereichen ³										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	...	10	11	11	8	9	11	11	9
* produzierendes Gewerbe	1 000	...	411	404	409	401	398	402	410	404
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	...	263	264	269	264	262	265	272	268
* Erbringung von Unternehmens- dienstleistungen	1 000	...	185	176	181	177	181	187	192	188
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	...	333	345	352	354	354	353	361	362

Arbeitsmarkt⁴

	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Arbeitslose	Anzahl	127 214	119 933	120 787	118 030	111 346	107 430	111 787	107 849	102 624
* Frauen	Anzahl	57 737	55 198	57 537	56 948	53 597	51 640	54 439	52 709	50 029
Männer	Anzahl	69 477	64 735	63 250	61 082	57 749	55 790	57 348	55 140	52 595
SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁵	Anzahl	52 882	46 790	47 024	45 146	41 839	38 177	41 939	39 624	37 021
SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁶	Anzahl	74 332	73 143	73 763	72 884	69 507	69 253	69 848	68 225	65 603
* Arbeitslosenquote ⁷	%	6,1	5,7	5,8	5,6	5,3	5,1	5,3	5,1	4,9
* Frauen	%	6,0	5,7	5,9	5,8	5,5	5,3	5,6	5,4	5,1
* Männer	%	6,2	5,8	5,6	5,4	5,1	5,0	5,1	4,9	4,7
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	6,6	5,5	6,9	6,2	5,4	4,8	6,0	5,3	4,8
Jüngere von 15–20 Jahren	%	4,1	3,5	4,9	4,6	3,8	3,1	4,4	4,0	3,5
Ältere von 50–65 Jahren	%	6,2	6,0	5,8	5,8	5,7	5,6	5,6	5,5	5,3
Ältere von 55–65 Jahren	%	6,4	6,4	6,2	6,2	6,1	6,1	6,1	6,0	5,8
* Ausländer/-innen	%	13,6	12,6	12,4	12,3	11,8	11,2	11,4	11,3	10,9
Deutsche	%	5,6	5,2	5,2	5,1	4,8	4,7	4,9	4,7	4,5
* Kurzarbeiter/-innen ⁸	Anzahl	42 408	21 000	11 578	9 577	9 089
* Gemeldete Arbeitsstellen ⁹	Anzahl	13 243	17 048	19 557	19 208	18 612	22 355	22 365	22 626	23 518

Bautätigkeit**(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für
Wohngebäude**

	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	432	452	432	525	577	621	615	662	586
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	408	426	413	496	544	588	575	593	550

1 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 3 Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar. – 4 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit unter Arbeitsmarkt im Überblick zu finden. – 5 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 6 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 7 Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen. – 8 Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. – 9 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes.

noch: Bautätigkeit**(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für
Wohngebäude**

Einheit	2009	2010				2011				
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli		
Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	432	452	432	525	577	621	615	662	586
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	1	1	...	2	1	2	1	...
Unternehmen	Anzahl	63	50	35	75	59	45	63	15	76
private Haushalte	Anzahl	366	401	396	450	516	575	550	606	510
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	627	662	618	773	887	914	936	858	820
* Umbauter Raum	1 000 m ³	441	464	459	539	575	680	666	648	618
* Wohnfläche	1 000 m ²	80	87	84	102	109	128	126	120	112
Wohnräume	Anzahl	3 434	3 546	3 396	4 098	4 666	5 104	5 153	4 925	4 432
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	111	121	118	142	150	178	176	172	163

**Baugenehmigungen für
Nichtwohngebäude**

* Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	106	128	134	137	142	130	144	150	150
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	10	17	11	13	20	13	16	14	11
Unternehmen	Anzahl	89	107	119	120	115	117	127	125	135
private Haushalte	Anzahl	2	4	4	4	7	...	1	11	4
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	9	20	3	6	10	9	100	39	19
* Umbauter Raum	1 000 m ³	707	748	785	596	943	961	1 539	883	737
* Nutzfläche	1 000 m ²	98	104	101	86	127	143	170	125	111
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	75	80	69	62	165	100	116	80	81

**Genehmigte Wohnungen
(Wohn- und Nichtwohngebäude)**

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	714	780	673	922	1 030	1 008	1 199	1 009	1 055
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	3 977	4 145	3 838	4 784	5 455	5 747	6 072	5 812	5 349

Landwirtschaft

	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	10 468	10 541	10 245	9 727	9 480	10 321	11 093	9 948	10 384
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 406	2 291	2 008	1 952	1 890	2 236	2 368	1 954	1 919
darunter										
* Kälber ²	t	13	12	10	7	5	20	8	6	7
* Jungrinder	t	11	9	4	4	3	22	25	7	6
* Schweine	t	8 001	8 198	8 179	7 722	7 548	8 017	8 670	7 946	8 424
* Eierzeugung ³	1 000	8 738	11 908	12 415	12 737	11 259	14 252	14 088	13 668	14 601

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden⁴

* Betriebe	Anzahl	1 039	1 006	1 003	1 002	1 004	994	996	996	995
* Beschäftigte ⁵	Anzahl	242 777	238 784	237 096	237 028	238 563	242 959	243 323	244 410	245 218
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	29 376	32 016	28 927	30 616	29 603	31 096	33 328	30 340	29 283
* Entgelte ⁶	Mill. EUR	852	853	899	911	818	941	1 164	935	864
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	5 209	6 217	6 129	6 732	6 246	6 859	7 582	6 862	6 730
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁷	Mill. EUR	2 805	3 609	3 610	4 044	3 705	3 913	4 296	3 805	3 858
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 285	1 470	1 391	1 561	1 415	1 737	1 979	1 821	1 707
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	96	100	91	98	85	97	110	99	79
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 023	1 038	1 036	1 030	1 041	1 112	1 198	1 138	1 086
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	1 499	2 050	2 081	2 388	2 115	2 243	2 419	2 106	2 215
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	598	745	680	755	707	859	1 009	888	875
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 526	32 340	3 244	3 596	3 219	3 626	4 031	3 637	3 545
Exportquote ⁸	%	48,5	52,1	52,9	53,4	51,5	52,9	53,2	53,0	52,7
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2005=100	76,7	95,4	92,3	99,6	99,0	100,2	105,0	95,0	99,6
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2005=100	78,0	91,9	91,2	98,8	94,5	90,2	98,6	88,6	90,9
Investitionsgüterproduzenten	2005=100	67,5	96,7	91,2	98,2	103,6	109,8	111,5	100,6	108,7

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 4 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 5 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6 Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 7 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 8 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Einheit	2009	2010			2011					
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Gebrauchsgüterproduzenten	2005=100	78,9	103,0	102,4	113,0	103,1	117,8	111,0	114,9	90,4
Verbrauchsgüterproduzenten	2005=100	109,5	110,7	102,6	109,3	105,0	116,6	114,9	105,9	114,5
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2005=100	68,4	79,3	77,7	86,5	80,6	74,6	86,5	74,3	77,9
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2005=100	54,0	87,1	86,2	85,2	105,0	104,5	102,1	91,9	109,2

Energie- und Wasserversorgung

* Betriebe ^{2,3}	Anzahl	116	164	166	166	166	169	169	167	168
* Beschäftigte ^{2,3,4}	Anzahl	10 014	9 470	9 431	9 417	9 409	9 394	9 402	9 386	9 420
* Geleistete Arbeitsstunden ^{2,3}	1 000 h	1 272	1 205	1 143	1 214	1 135	1 119	1 301	1 064	1 057
* Bruttoentgeltsumme ^{2,3}	Mill. EUR	36	36	36	34	33	43	36	35	34
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	567	494	422	445	412	441	151	237	425
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	551	480	408	432	399	429	144	225	414

Baugewerbe⁶ Bauhauptgewerbe⁷

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	36 362	37 497	37 349	38 286	38 137	37 375	37 324	37 812	37 674
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 479	3 512	3 824	4 298	4 080	3 958	4 549	3 922	3 837
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 291	1 326	1 432	1 652	1 551	1 530	1 757	1 536	1 466
* gewerblicher Bau ⁸	1 000 h	877	873	928	972	932	937	1 078	1 019	949
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 311	1 313	1 464	1 674	1 597	1 491	1 714	1 367	1 422
darunter Straßenbau	1 000 h	653	636	712	872	774	759	878	704	745
* Entgelte ⁹	Mill. EUR	83	85	88	91	90	89	92	94	93

1 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Wegen methodischer Änderungen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW. – 6 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 7 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 8 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 9 Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme.

noch: Baugewerbe¹**Bauhauptgewerbe²**

Einheit	2009	2010			2011			
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli

* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	355	356	381	440	405	366	415	399	407
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	103	110	127	132	131	125	152	148	148
* gewerblicher Bau ³	Mill. EUR	102	94	102	118	97	110	100	107	103
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	150	151	152	189	177	131	163	145	156
darunter Straßenbau	Mill. EUR	74	70	75	86	82	63	80	74	79

**Ausbaugewerbe
(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)⁴**

Einheit	2009	2010	2009	2010				2011	
	Durchschnitt		IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.

Betriebe ⁵	Anzahl	358	362	359	364	362	362	361	355	354
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁵	Anzahl	13 063	13 268	12 990	13 076	13 228	13 443	13 326	13 199	13 367
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 210	4 335	4 392	4 101	4 316	4 449	4 474	4 257	4 446
* Entgelte ⁶	Mill. EUR	90	94	97	86	95	93	101	92	97
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	330	343	436	258	328	348	439	274	364

Handel⁷**Großhandel⁸**

Einheit	2009	2010			2011			
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli

* Beschäftigte	2005=100	118,3	117,3	116,3	116,9	117,7	120,0	120,3	121,0	121,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	116,7	118,4	116,6	118,5	119,7	123,9	123,9	125,7	126,6
* Umsatz nominal ⁹	2005=100	105,9	113,2	113,7	121,6	114,3	118,9	129,6	122,8	115,0
* Umsatz real ⁹	2005=100	100,7	102,6	102,8	110,2	103,8	102,6	112,3	106,6	100,1

Einzelhandel^{9, 10}

* Beschäftigte	2005=100	106,3	103,7	102,8	103,0	103,2	105,1	105,3	105,5	105,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	107,9	104,7	103,5	104,2	105,2	106,5	107,0	107,9	107,9
* Umsatz nominal ⁹	2005=100	109,3	107,1	106,1	105,8	109,9	114,8	112,7	106,4	109,2
* Umsatz real ⁹	2005=100	106,5	103,6	101,9	102,1	106,3	108,9	106,9	101,2	104,6

1 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 5 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 6 Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 7 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 8 Einschließlich Handelsvermittlung. – 9 Ohne Umsatzsteuer. – 10 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹**Kfz-Handel^{P, 2}**

	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Beschäftigte	2005=100	105,7	105,9	106,0	105,0	105,1	107,9	107,9	107,6	107,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	124,3	127,7	130,3	125,9	124,2	132,2	133,4	131,8	132,0
* Umsatz nominal ³	2005=100	94,0	92,8	93,0	100,9	96,1	105,0	108,6	94,4	94,8
* Umsatz real ³	2005=100	89,7	88,2	88,5	96,0	91,6	98,6	102,1	88,5	88,7

Gastgewerbe^P

* Beschäftigte	2005=100	103,8	105,5	109,4	109,7	110,4	108,8	112,3	113,7	114,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	113,1	114,8	120,1	119,2	119,9	118,9	122,1	124,9	124,2
* Umsatz nominal ³	2005=100	98,8	101,0	113,6	111,3	115,3	109,1	119,2	121,1	123,0
* Umsatz real ³	2005=100	92,7	92,0	103,6	101,5	104,8	99,1	107,4	109,0	110,0

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	620	640	832	790	821	687	814	924	915
* darunter von Auslandsgästen	1 000	150	156	205	185	270	155	187	212	272
* Gästeübernachtungen	1 000	1 678	1 714	2 189	2 037	2 428	1 763	2 020	2 439	2 601
* darunter von Auslandsgästen	1 000	437	449	593	508	893	391	509	584	876

Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 950	1 886	1 918	1 829	2 082	1 671	1 992	2 224	2 058
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 293	1 229	1 403	1 202	1 513	1 146	1 454	1 646	1 440
* Getötete Personen	Anzahl	19	17	32	9	12	19	18	15	17
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	11	8	9	5	2	5	5	7	7
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	5	15	3	4	6	9	5	4
Radfahrer	Anzahl	1	1	2	1	4	4	1	2	3
Fußgänger	Anzahl	2	1	4	-	-	3	2	1	1
* Verletzte Personen	Anzahl	1 682	1 599	1 825	1 536	1 906	1 513	1 911	2 076	1 839

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab neun Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschließlich Dezember 2007 nur unter Alkoholeinwirkung).

noch: Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

Einheit	2009	2010				2011				
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
schwer verletzte Personen	Anzahl	313	290	387	272	384	290	394	426	411
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	140	130	130	100	125	148	164	169	156
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	79	73	138	88	125	55	116	110	130
Radfahrer	Anzahl	48	43	64	41	89	39	72	97	74
Fußgänger	Anzahl	32	31	37	28	23	32	31	31	38

Kraftfahrzeuge¹

Einheit	2009	2010				2011				
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli		
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	16 398	11 933	12 604	14 749	12 298	13 612	14 728	13 807	12 734
darunter										
Krafträder	Anzahl	693	609	865	956	877	1 141	1 032	787	759
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	14 675	10 154	10 686	12 466	10 215	10 982	12 003	11 558	10 547
* Lastkraftwagen	Anzahl	716	833	730	920	819	945	1 116	1 004	926
Zugmaschinen	Anzahl	248	274	271	347	322	451	490	396	455

Personenbeförderung

Einheit	2009	2010	2009	2010			2011			
	Durchschnitt		IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	61 778	53 245	63 669	57 395	54 306	46 268	55 011	58 167	55 244
Personenkilometer ³	Mill.	574	530	629	539	535	455	589	543	534

Binnenschifffahrt

Einheit	2009	2010				2011				
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
* Gütereingang	1 000 t	985	1 153	1 055	1 169	1 140	1 134	1 007	1 055	1 148
* Güterversand	1 000 t	834	930	958	898	978	929	802	753	813

Außenhandel⁴**Ausfuhr (Spezialhandel)⁵**

* Insgesamt	Mill. EUR	2 885	...	3 379	3 251	3 670	4 120	3 639	4 093	3 941
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	265	...	265	290	293	304	277	320	286
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 584	...	3 017	2 859	3 264	3 735	3 270	3 636	3 519

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹**Ausfuhr (Spezialhandel)²**

Einheit	2009	2010				2011				
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Rohstoffe	Mill. EUR	18	...	17	22	25	30	24	20	25
* Halbwaren	Mill. EUR	111	...	135	134	178	200	163	169	163
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 455	...	2 864	2 702	3 060	3 505	3 083	3 447	3 331
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	787	...	1 064	867	966	1 055	899	1 035	1 007
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 667	...	1 800	1 835	2 094	2 450	2 183	2 412	2 323
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 002	...	2 248	2 297	2 537	2 902	2 590	2 881	2 739
* darunter in EU-Länder ³	Mill. EUR	1 766	...	1 956	1 981	2 209	2 476	2 230	2 426	2 353
Belgien	Mill. EUR	145	...	160	164	203	219	174	205	174
Luxemburg	Mill. EUR	44	...	57	47	69	57	61	62	66
Dänemark	Mill. EUR	33	...	35	33	33	37	36	34	37
Finnland	Mill. EUR	22	...	27	27	26	31	31	33	30
Frankreich	Mill. EUR	321	...	361	369	403	510	440	466	446
Griechenland	Mill. EUR	32	...	27	29	32	37	30	26	39
Großbritannien	Mill. EUR	184	...	182	185	210	224	202	220	209
Irland	Mill. EUR	8	...	8	9	10	12	9	9	10
Italien	Mill. EUR	211	...	246	256	278	281	271	289	281
Niederlande	Mill. EUR	185	...	187	193	220	241	222	250	236
Österreich	Mill. EUR	126	...	137	142	149	167	157	164	162
Schweden	Mill. EUR	41	...	61	63	70	77	67	72	76
Spanien	Mill. EUR	157	...	176	176	171	200	174	200	175
Portugal	Mill. EUR	18	...	18	18	19	24	21	24	23
* Afrika	Mill. EUR	76	...	80	74	84	91	79	101	94
* Amerika	Mill. EUR	406	...	590	392	503	465	407	474	557
darunter nach USA	Mill. EUR	296	...	460	230	254	285	241	264	360
* Asien	Mill. EUR	373	...	433	452	508	624	526	597	512
darunter nach China	Mill. EUR	85	...	114	112	112	203	170	176	158
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	28	...	28	35	38	39	37	40	39

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	1 809	...	2 159	2 395	2 486	2 730	2 381	2 942	2 548
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	206	...	212	220	224	248	233	234	216
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	1 507	...	1 800	2 014	2 091	2 328	1 999	2 300	2 113
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	76	...	74	98	89	105	49	209	53
* Halbwaren	Mill. EUR	184	...	299	299	300	370	297	296	301
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 248	...	1 427	1 617	1 702	1 853	1 654	1 795	1 759

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27).

noch: Außenhandel¹Einfuhr (Generalhandel)²

Einheit	2009	2010				2011				
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	332	...	439	487	523	521	473	519	548
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	916	...	989	1 130	1 179	1 332	1 181	1 277	1 211
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 317	...	1 620	1 726	1 834	1 960	1 774	2 007	1 922
* darunter aus EU-Ländern ³	Mill. EUR	1 118	...	1 342	1 480	1 570	1 688	1 590	1 645	1 686
Belgien	Mill. EUR	180	...	226	247	278	295	267	297	289
Luxemburg	Mill. EUR	34	...	34	39	36	46	48	43	48
Dänemark	Mill. EUR	25	...	19	28	40	13	13	16	12
Finnland	Mill. EUR	9	...	10	13	14	19	10	21	17
Frankreich	Mill. EUR	192	...	248	248	261	283	264	253	259
Griechenland	Mill. EUR	7	...	10	6	5	6	9	8	7
Großbritannien	Mill. EUR	63	...	73	77	76	86	99	75	95
Irland	Mill. EUR	7	...	11	12	13	14	13	13	16
Italien	Mill. EUR	110	...	124	143	147	168	163	161	173
Niederlande	Mill. EUR	162	...	212	223	256	271	266	269	283
Österreich	Mill. EUR	59	...	72	69	101	95	82	97	96
Schweden	Mill. EUR	27	...	31	43	30	25	24	26	27
Spanien	Mill. EUR	67	...	74	106	83	108	91	101	97
Portugal	Mill. EUR	12	...	14	14	17	17	15	19	16
* Afrika	Mill. EUR	29	...	40	56	48	79	45	57	31
* Amerika	Mill. EUR	219	...	217	283	252	284	222	472	226
darunter aus USA	Mill. EUR	145	...	134	199	172	176	141	370	148
* Asien	Mill. EUR	239	...	277	326	346	402	334	399	365
darunter aus China	Mill. EUR	110	...	132	148	167	159	135	168	147
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	...	4	4	6	4	6	6	4

Gewerbeanzeigen⁴

Einheit	2009	2010			2011					
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli		
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 517	3 434	3 297	3 464	3 338	3 060	3 522	3 064	3 171
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	517	496	468	455	463	554	627	497	500
sonstige Neugründungen	Anzahl	2 425	2 415	2 482	2 529	2 350	2 027	2 364	1 994	1 097
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	3 015	2 934	2 561	2 616	2 554	2 611	3 066	2 932	3 175
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	490	455	402	410	399	433	409	356	451
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 996	1 969	1 760	1 754	1 675	1 679	2 201	2 056	2 236

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27). – 4 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Insgesamt	Anzahl	627	670	612	655	684	579	655	631	538
davon										
* Unternehmen	Anzahl	115	113	100	102	109	117	112	123	102
* Verbraucher	Anzahl	374	420	377	409	434	329	412	387	338
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	115	116	107	125	113	116	106	101	79
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	23	21	28	19	28	17	25	20	19
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	149	151	92	101	281	85	75	148	76

Handwerk²

	Einheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.
* Beschäftigte ³	2007=100 ⁴	96,0	98,3	96,0	96,9	97,7	100,1	98,4	97,8	98,4
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2007=100 ⁶	101,1	97,2	111,2	76,3	98,3	101,6	112,7	84,5	104,4

Preise

	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005=100	106,2	107,4	107,6	107,8	107,5	109,7	110,2	110,2	110,2
* Nettokalmieten (Teilindex)	2005=100	103,7	104,6	104,6	104,7	104,7	105,6	105,8	105,9	106,0

Verdienste⁷

	Einheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.
* Bruttonomatsverdienste ⁸ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 431	3 506	3 190	3 185	3 231	3 238	3 256	3 241	...
* Frauen	EUR	2 961	3 016	2 780	2 780	2 804	2 811	2 819	2 816	...
* Männer	EUR	3 613	3 699	3 350	3 345	3 399	3 405	3 428	3 411	...
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	5 898	6 079	5 401	5 403	5 484	5 486	5 546	5 452	...
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	3 874	3 971	3 627	3 638	3 678	3 691	3 714	3 700	...
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	2 993	3 057	2 781	2 772	2 818	2 835	2 845	2 832	...
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 441	2 502	2 285	2 266	2 331	2 361	2 360	2 358	...
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	1 857	1 867	1 764	1 735	1 783	1 779	1 813	1 809	...

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung (ab 01.01.2004); die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernete Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

	Einheit	2009	2010	2009	2010				2011	
		Durchschnitt		IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	3 575	3 689	3 253	3 224	3 315	3 343	3 359	3 353	...
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 308	3 425	3 092	3 130	3 097	3 122	3 214	3 220	...
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	3 642	3 777	3 298	3 284	3 372	3 400	3 421	3 424	...
* Energieversorgung	EUR	5 013	5 134	4 326	4 297	4 389	4 372	4 404	4 372	...
* Wasserversorgung ²	EUR	2 877	2 912	2 758	2 743	2 754	2 753	2 689	2 751	...
* Baugewerbe	EUR	3 017	3 001	2 884	2 718	2 858	2 920	2 881	2 815	...
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 326	3 377	3 144	3 157	3 171	3 163	3 183	3 160	...
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 284	3 386	3 098	3 071	3 095	3 092	3 122	2 945	...
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 793	2 835	2 625	2 596	2 627	2 620	2 646	2 643	...
* Gastgewerbe	EUR	1 992	2 044	1 944	2 005	1 977	1 974	1 987	2 004	...
* Information und Kommunikation	EUR	4 245	4 686	(3 943)	4 168	4 169	4 253	4 289	4 197	...
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	4 398	(4 528)	3 797	3 865	3 905	3 897	3 913	3 936	...
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	(3 256)	3 768	(3 088)	3 372	3 411	3 535	3 585	3 474	...
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	3 748	3 903	3 461	3 519	3 575	3 555	3 596	3 603	...
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	1 952	(1 902)	(1 846)	(1 851)	1 836	1 801	1 856	1 866	...
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 233	3 260	3 136	3 142	3 158	3 171	3 174	3 188	...
* Erziehung und Unterricht	EUR	3 946	3 991	3 881	3 896	3 926	3 925	3 926	3 887	...
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 440	3 480	3 244	3 236	3 259	3 268	3 285	3 287	...
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	(3 378)	(3 371)	(3 201)	(3 108)	(3 257)	3 118	3 155	3 173	...
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	2 775	2 802	2 646	2 642	2 662	2 647	2 650	2 668	...

Geld und Kredit³

	Einheit	2008	2009		2010				2011	
		Durchschnitt	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	116 529	112 943	116 428	116 512	116 351	117 189	117 256	116 241	117 085
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	13 120	11 791	11 908	11 877	12 355	12 814	12 690	12 507	12 777

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2008	2009		2010			2011	
	Durchschnitt	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	11 062	11 679	13 052	13 298	13 673	13 792	14 007	14 092	14 368
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	92 347	89 473	91 468	91 337	90 323	90 583	90 559	89 642	89 940
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	107 081	103 636	105 575	105 490	106 220	107 461	107 548	106 664	107 629
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	97 036	95 570	96 893	96 928	97 402	97 717	97 495	96 721	97 134
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 044	8 066	8 682	8 562	8 818	9 744	10 053	9 943	10 495
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	9 448	9 307	10 853	11 022	10 131	9 728	9 708	9 577	9 456

Einlagen und aufgenommene

Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	101 309	103 669	106 742	106 999	108 110	110 517	110 845	110 049	111 255
Sichteinlagen	Mill. EUR	29 449	34 674	37 983	38 890	40 771	43 811	43 584	43 233	43 891
Termineinlagen	Mill. EUR	38 076	34 510	33 252	31 999	31 191	30 462	30 389	29 690	30 015
Sparbriefe	Mill. EUR	8 972	8 091	7 333	7 152	6 999	6 909	7 098	7 252	7 628
Spareinlagen	Mill. EUR	24 813	26 394	28 174	28 958	29 149	29 335	29 774	29 874	29 721
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	98 361	101 502	104 561	104 441	105 579	108 007	108 404	107 672	108 995
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	95 971	99 326	102 415	102 597	103 462	105 680	105 624	105 248	106 430
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 390	2 176	2 146	1 844	2 117	2 327	2 780	2 424	2 565
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 948	2 167	2 181	2 558	2 531	2 510	2 441	2 377	2 260

Steuern

Einheit	2009	2010			2011			
	Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 755	3 103	3 577	2 860	3 162	3 984	3 837	2 964	3 318
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	913	923	1 403	518	859	1 575	1 359	577	943
Lohnsteuer	Mill. EUR	667	647	554	534	882	957	637	568	941
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	139	133	-	-	400	388	-	-	432
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	96	119	572	- 53	- 31	- 18	396	- 52	- 28
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	61	63	60	41	17	543	54	40	20

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2009	2010				2011			
	Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge

Mill. EUR	43	34	7	16	39	68	4	15	44
-----------	----	----	---	----	----	----	---	----	----

Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge

Mill. EUR	17	15	-	6	25	58	-	6	28
-----------	----	----	---	---	----	----	---	---	----

Körperschaftsteuer

Mill. EUR	46	60	211	- 19	- 48	25	268	7	- 33
-----------	----	----	-----	------	------	----	-----	---	------

Körperschaftsteuer-Zerlegung

Mill. EUR	- 3	- 2	-	-	- 39	14	-	-	- 39
-----------	-----	-----	---	---	------	----	---	---	------

Steuern vom Umsatz

Mill. EUR	1 841	2 180	2 173	2 342	2 303	2 409	2 478	2 387	2 374
-----------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Umsatzsteuer

Mill. EUR	456	443	455	421	460	496	371	496	461
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Einfuhrumsatzsteuer

Mill. EUR	1 385	1 737	1 718	1 922	1 844	1 913	2 108	1 891	1 913
-----------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Zölle

Mill. EUR	145	181	167	191	203	173	206	204	215
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern¹

Mill. EUR	96	114	140	90	90	120	133	90	89
-----------	----	-----	-----	----	----	-----	-----	----	----

darunter

Verbrauchssteuern

(ohne Biersteuer)

Mill. EUR	27	28	24	27	31	23	22	26	26
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Kraftfahrzeugsteuer²

Mill. EUR	17	38	33	38	37	42	39	36	38
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Solidaritätszuschlag

Mill. EUR	40	40	73	25	23	55	72	28	25
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Landessteuern

Mill. EUR	70	45	45	42	46	45	52	60	54
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Vermögensteuer

Mill. EUR	0	1	0	- 0	0	0	- 1	0	0
-----------	---	---	---	-----	---	---	-----	---	---

Erbschaftsteuer

Mill. EUR	16	12	10	15	16	14	16	26	15
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Grunderwerbsteuer

Mill. EUR	16	17	16	12	17	17	19	18	23
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer

Mill. EUR	12	12	11	11	10	11	11	11	12
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Feuerschutzsteuer¹

Mill. EUR	1	1	4	-	-	1	3	1	1
-----------	---	---	---	---	---	---	---	---	---

Biersteuer

Mill. EUR	3	3	3	4	3	3	4	3	3
-----------	---	---	---	---	---	---	---	---	---

Einheit	2009	2010	2009	2010				2011	
	Durchschnitt		IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.

Gemeindesteuern

Mill. EUR	429	490	385	414	543	449	556	501	541
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Grundsteuer A

Mill. EUR	5	5	3	4	5	6	4	4	5
-----------	---	---	---	---	---	---	---	---	---

Grundsteuer B

Mill. EUR	107	111	99	100	116	129	101	105	115
-----------	-----	-----	----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Gewerbesteuer (brutto)

Mill. EUR	309	366	275	302	412	304	444	383	411
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

sonstige Gemeindesteuern³

Mill. EUR	9	9	8	7	10	10	7	8	9
-----------	---	---	---	---	----	----	---	---	---

¹ Die Versicherungsteuer und die Feuerschutzsteuer werden ab dem 1. Juli 2010 nicht mehr von den Finanzämtern der Länder, sondern vom Bundeszentralamt für Steuern in Bonn verwaltet. Daher wird die Versicherungsteuer nicht mehr und von der Feuerschutzsteuer nur noch der Zerlegungsanteil nachgewiesen. – ² Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu; als Ausgleich erhalten die Länder entsprechende Zuweisungen vom Bund. – ³ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern**Steuerverteilung****Steuereinnahmen der
Gemeinden und Gemeinde-
verbände**

Einheit	2009	2010	2009	2010				2011	
	Durchschnitt		IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.
Mill. EUR	690	762	874	500	826	686	1 035	557	798
Gewerbesteuer (netto) ¹	255	299	196	286	357	222	332	352	336
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	283	298	513	87	297	284	525	77	300
Anteil an der Umsatzsteuer	32	39	55	15	41	35	66	12	33

Einheit	2009	2010				2011			
	Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
Steuereinnahmen des Landes	695	698	974	530	662	1 009	994	636	702
Landessteuern	70	45	45	42	46	45	52	60	54
Anteil an den Steuern vom Einkommen	333	335	550	147	295	609	537	178	337
Lohnsteuer	225	213	178	169	311	307	214	184	340
veranlagte Einkommensteuer	41	50	243	- 23	- 13	- 8	168	- 22	- 12
Kapitalertragsteuer	25	26	21	4	4	267	19	6	6
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	19	15	3	7	17	30	2	7	20
Körperschaftsteuer	23	30	106	- 10	- 24	12	134	3	- 17
Anteil an den Steuern vom Umsatz	278	301	379	281	318	351	405	340	308
Umsatzsteuer	216	221	307	204	223	242	320	242	225
Einfuhrumsatzsteuer	62	80	72	77	95	109	85	98	83
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	4	4	-	15	1	1	0	15	1
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	1	2	-	7	0	0	0	6	0
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	8	9	-	30	2	2	0	31	2
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	2	2	-	6	0	0	0	6	0
Steuereinnahmen des Bundes	1 448	1 643	1 869	1 532	1 635	2 084	2 034	1 592	1 725
Bundessteuern	96	114	140	90	90	120	133	90	89
Anteil an den Steuern vom Einkommen	396	401	616	221	362	712	601	248	400
Anteil an den Steuern vom Umsatz	952	1 124	1 113	1 206	1 182	1 251	1 300	1 238	1 235
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	4	4	-	15	1	1	0	15	1

¹ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im September 2011

Statistische Berichte**Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit**

Einbürgerungen 2010
Kennziffer: A1093 201000

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten und Grünland im Juli 2011
Kennziffer: C2013 201101

Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland – Getreide- und Winterrapsenernte 2011
Kennziffer: C2023 201100

Ernteberichterstattung über Gemüse und/oder Obst im Juli 2011
Kennziffer: C2033 201102

Wachstumstand der Reben im Juni/Juli 2011
Kennziffer: C2063 201101

Größenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe und Forstbetriebe 2010
Kennziffer: C4033 201001

Schlachtungen, Legehennenhaltung und Eiererzeugung im 2. Vierteljahr 2011
Kennziffer: C3053 201142

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Juli 2011 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201107

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im August 2011
Kennziffer: E1033 201108

Bauhauptgewerbe im Juli 2011 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 201107

Ausbaugewerbe im 2. Vierteljahr 2011 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe (Ergebnisse der vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)
Kennziffer: E3023 201142

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Juli 2011
Kennziffer: F2033 201107

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Aus und Einfuhr im Juni 2011
Kennziffer: G3023 201106

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im Juni 2011
Kennziffer: G4023 201106

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe im Juni 2011
Kennziffer: G1023 201106

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Juni 2011
Kennziffer: H1023 201106

Binnenschifffahrt im Mai 2011
Kennziffer: H2023 201105

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Staatsfinanzen – Jahresrechnungsergebnisse 2009
Kennziffer: L1023 200900

Das lohn- und einkommensteuerpflichtige Einkommen und seine Besteuerung 2004
Kennziffer: L4043 200401

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im August 2011
Kennziffer: M1013 201108

Verdienste, Arbeitskosten und –zeiten

Verdienste und Arbeitszeiten im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich im 1. Vierteljahr 2011
Kennziffer: N1013 201141

Gesamtrechnungen

Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten, Landkreisen und Regionen 1992 bis 2009
Kennziffer: P1053 200900

Umwelt

Daten zur Abfallwirtschaft 2009
Kennziffer: Q2023 200900

Investitionen für den Umweltschutz im produzierenden Gewerbe 2009 (ohne Baugewerbe)
Kennziffer: Q3013 200900

Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz 2009
Kennziffer: Q3023 200900

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Juni 2011
Kennziffer: Z1013 201106

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe September 2011
Kennziffer: Z2201 201109

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

DVD: Statistik lokal – Daten für die Gemeinden, kreisfreien Städte und Kreise Deutschlands (Ausgabe 2011)
Kennziffer: Z1065D 201100

Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich – Ausgabe 2011
Kennziffer: B1015 201100

Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands 1995 bis 2009 – VGR der Länder: Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 3
Kennziffer: P1335 200900

Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder – Inanspruchnahme der Umwelt durch Produktion und Konsum – Ausgewählte Indikatoren und Kennzahlen (Ausgaben 2011)

Faltblatt:
Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Fotos: Stadtverwaltung Pirmasens, Jan Erik Nord und Manfred Riege

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:
Printausgabe: 60,00 EUR

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

Kostenfreier Download im Internet: www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2011

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.